



Demokratie unter Druck
 Schwerpunktausgabe



3. Wiener Ball der Wissenschaften
 28.01.2017 RATHAUS WIEN

Jetzt Karten sichern
 wissenschaftsball.at/shop
 +43 661 104 40 100

Bezahlte Anzeige

SA./SO., 21./22. JÄNNER 2017 | ÖSTERREICHS UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG | HERAUSGEGEBEN VON OSCAR BRONNER | € 2,50

Trump verordnet USA nationalistischen Kurs

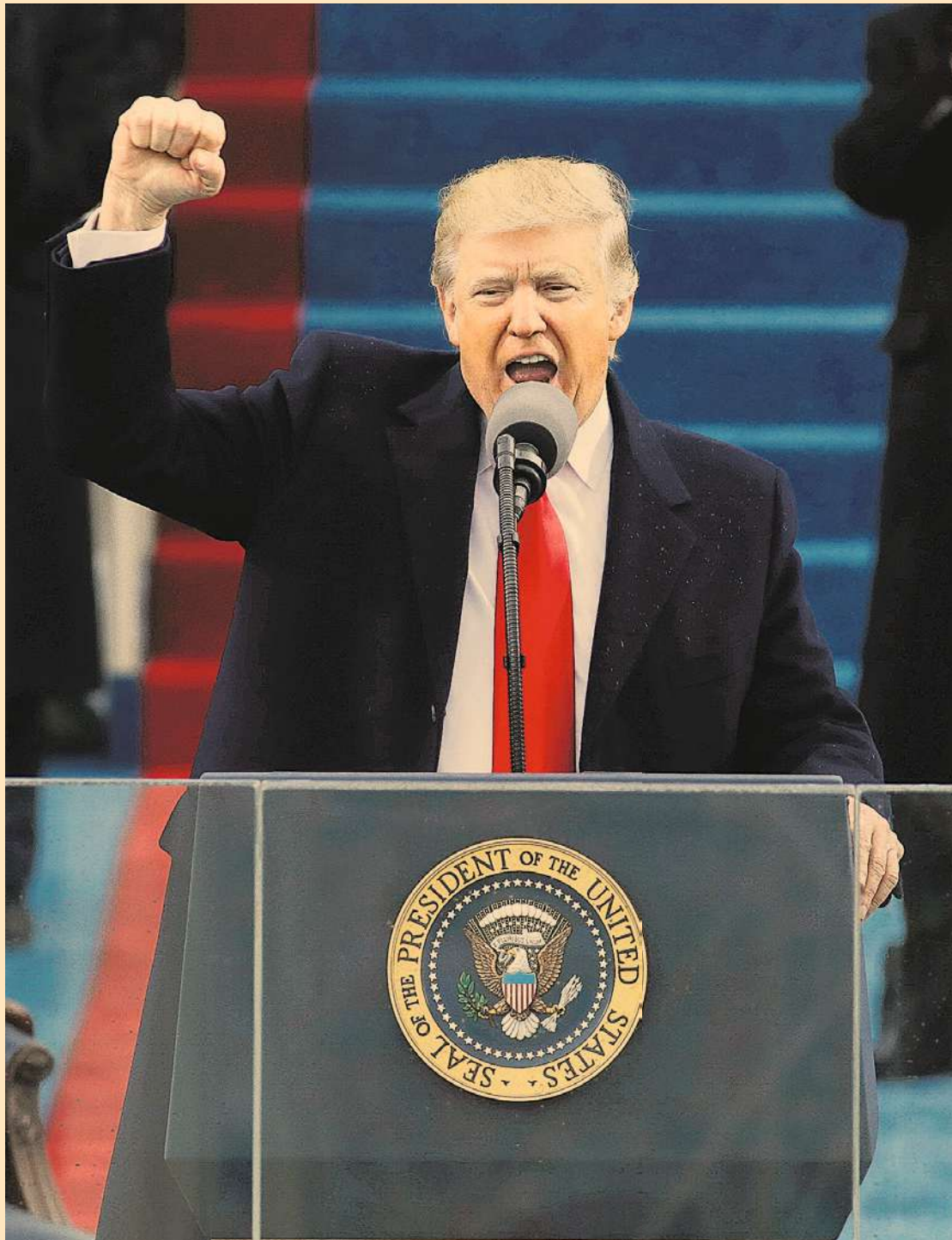


Foto: AP/Patrick Semansky

„Von diesem Tag an wird es ‚America first‘ heißen, America first“, sagte Donald Trump in seiner ersten Rede nach der Angelobung als US-Präsident. Der Republikaner schlug ungewöhnlich harte Töne an.

Präsident geißelt Washingtoner Eliten Moskau: „Nicht schlecht für den Anfang“

Washington – Der neue US-Präsident Donald Trump hat in seiner Angelobungsrede am Freitag ungewöhnlich aggressive Töne angeschlagen. Das Establishment in den USA und in Washington habe „viel zu lange“ nur in die eigene Tasche gearbeitet, während die Bürger des Landes verarmt seien, sagte er vor der versammelten Politik-Prominenz der USA in einer Ansprache, die in Passagen seinen Wahlkampfreden ähnelte. Jede Entscheidung, die seine Regierung treffe, werde „zum Wohl der amerikanischen Arbeiter und amerikanischen Familien“ ausfallen, seine Maxime werde

dabei stets „America first“ lauten. Ans Ausland gerichtet fügte er an, seine Regierung werde „die Grenzen vor Verwüstung schützen, die andere Länder anrichten“. Diese würden „Unternehmen stehlen und Arbeitsplätze vernichten“.

Auf Vorwürfe des Rassismus, die seine Wahlkampagne begleitet hatten, ging Trump nur indirekt ein: „Wenn ihr euer Herz dem Patriotismus öffnet, dann gibt es keinen Platz für Vorurteile.“

Erste Reaktionen auf die Rede aus dem Ausland waren geteilt: Deutschlands Vizekanzler Sigmar Gabriel sagte, man müsse in Europa eine Radikalisierung wie in den USA verhindern. „Der meint es bitterernst“, fügte er an. Aus Moskau hieß es, die Rede sei „nicht schlecht für den Anfang“ und eine gute Grundlage für künftige Gespräche. (red) **Seite 10,**

Kommentare der anderen Seite 46, 47, Kommentar Seite 48

Sobotka: „Potenzieller Terroranschlag in Wien verhindert“

Wien – Nach der Festnahme eines Terrorverdächtigen in Wien gab Innenminister Wolfgang Sobotka (ÖVP) am Freitagabend bekannt, dass „ein potenzieller Anschlag verhindert werden konnte“. Bei dem Verdächtigen handle es sich um einen 18-jährigen Österreicher mit Migrationshintergrund.

Laut *Kronen Zeitung* soll der Festgenommene zu einer „Gruppe albanisch-stämmiger radikaler Islamisten“ gehören, die mit dem Terrorregime IS sympathisieren. Ausländische Geheimdienste hatten vor dem Mann gewarnt, nur wenige Stunden nach seiner Rückkehr nach Österreich wurde er vom Spezialkommando Cobra festgenommen. Die Polizei warnt die Bevölkerung vor herrenlosen Gegenständen an frequentierten Orten. (red) **Seite 21**

HEUTE

Rechtes Treffen in Koblenz

Beim Treffen von Marine Le Pen, Geert Wilders, Frauke Petry und Co sind kritische Medien nicht zugelassen. **Seite 10, Kommentar Seite 48**

Rochade in Wiener SPÖ

In der Wiener SPÖ folgt Stadträtin Sandra Frauenberger auf Sonja Wehsely. Die ganz große Rochade blieb aus. **Seite 17, Kommentar Seite 48**

Siemens: Anklage steht

Die Anklage gegen zwei Ex-Siemens-Manager, die 17 Millionen aus dem Konzern herausgeschleust haben sollen, steht. **S. 27**

ZITAT DES TAGES

„Niemand muss mehr zu Kreuze kriechen, keiner ist mehr bedrohbar oder erpressbar.“

Götz Werner, Gründer der Drogeriehandelskette dm, erklärt, warum er ein bedingungsloses Grundeinkommen fordert **Seite 25**

STANDARDS

- Sport 22, 23
- Rätsel, Sudoku, Schach 24
- Kommunikation, Blattsalat 41
- Veranstaltungen, Kino 42, 43
- TV, Switchlist 44, 45
- Wetter 42

Westen: ☁️ -10 bis -3°
 Süden: ☁️ -12 bis -3°
 Norden: ☁️ -9 bis -3°
 Osten: ☁️ -10 bis -3°

Der Ungeeignete

Noch nie ist ein amerikanischer Präsident bei seinem Amtsantritt so empfangen worden:

„Das ist ein bemerkenswerter Tag in der Geschichte unseres Landes. Wir haben in den Jahrhunderten niemals einen Mann wie Präsident Donald Trump als Präsidenten der Vereinigten Staaten inauguriert. (...) Wir haben niemals eine wichtige nationale Führungspersonlichkeit gehabt, die so professionell unvorbereitet, intellektuell schlecht informiert, moralisch kompromittiert und verhaltensmäßig ungeeignet war wie dieser Mann, der am Freitag den Amtseid leistet“ (David Brooks, konservativer Kolumnist bei der *New York Times*).

„Mr. Trump hat sich nicht gewandelt, er ist nicht gereift, welchen Begriff auch immer man

vorzieht. Er ist nach wie vor der verunsicherte Egomane mit kurzer Aufmerksamkeitsspanne, der er immer war. Schlimmer, er umgibt sich mit Leuten, die viele seiner Defekte teilen – vielleicht weil sie die Sorte Leute sind, mit denen er sich wohlfühlt“ (Paul Krugman, Nobelpreisträger und liberaler Kolumnist der *NYT*).

Politiker müssen vorsichtig sein. Unser Außenminister Sebastian Kurz meint, man müsse Trump „nach seinen Taten beurteilen“.

Gott steh uns bei. Nach dieser Antrittsrede von Trump kann auch ein Kurz sich keinen Illusionen mehr hingeben. Trump wird nicht „im Amt wachsen“. Die einzige Hoffnung ist, dass die demokratischen Institutionen der USA stabiler sind als Donald Trump.

RAU

Umfrage: Ein Drittel glaubt, dass Wahlen nichts verändern

Linz – 24 Prozent der Wahlberechtigten meinen, dass ihre Stimme bei Wahlen „eher nichts“ bewirke, neun Prozent sind sogar sicher, dass Wählen sinnlos sei.

Das geht aus einer Umfrage des Linzer Market-Instituts für den STANDARD hervor. Gefragt wurde dabei auch, wo die Österreicherinnen und Österreicher vermuten, dass es demokratisch zugehe. An der Spitze der Liste steht dabei der Gemeinderat der eigenen Heimatgemeinde, von dem 62 Prozent annehmen, dass dort demokratisch vorgegangen wird.

In kleineren Gemeinden ist diese Annahme stärker verbreitet als in Städten, bei älteren Befragten stärker als bei jüngeren. Jeder Elfte würde auch eine Diktatur okay finden. (red) **Seite 14**

DenizBank AG

Attraktive Zinsen

Die sichere Adresse für Sparer

Besuchen Sie uns in einer unserer 27 Filialen in Österreich. Eröffnen Sie Ihr Sparkonto und profitieren Sie von den attraktiven Zinsen der DenizBank!

www.denizbank.at

Contact Center 0800 88 66 00

SBERBANK DenizBank ist ein Unternehmen der Sberbank Gruppe.



EDITORIAL

Demokratie unter Druck

Die Demokratie ist hart erkämpft, das gerät in Zeiten wie diesen häufig in Vergessenheit. Die Wahl Donald Trumps in den USA und die Wiederholung der Bundespräsidentenwahl in Österreich haben nicht nur in diesen beiden Ländern das Thema in den Fokus gerückt. In dieser Schwerpunktausgabe setzen wir uns grundsätzlich damit auseinander. Nicht nur in Ungarn und Polen gerät der Rechtsstaat unter Druck, sondern auch in Regionen, aus denen wir seltener berichten. Die Rolle der Medien als „vierte Macht“ wird ebenfalls diskutiert. Illustriert wird diese von **Simon Klausner** gestaltete und von **Lisa Nimmervoll** redaktionell konzeptionierte Ausgabe mit Straßenkunst – ein sichtbares Zeichen für die Auseinandersetzung mit Gesellschaft und Politik im öffentlichen Raum.

Alexandra Föderl-Schmid,
Chefredakteurin



Foto: Sebastian Pohl

Der britische Künstler Banksy gilt als Superstar der Street-Art. Bekannt wurde er mit politisatirischen Schablonenbildern (Stencils) und Aktionen, u. a. hängte er ironische Gemälde ungefragt in öffentlichen Museen auf. Hier: „Flower Riot“ aus Wien mit Graffiti-Tag.

Sie wollen eine andere, eine „illiberale“ Demokratie

Das Modell der liberalen Demokratie ist unter Druck, meist durch Rechtspopulisten. Die wollen eine andere, eine „illiberale“ Demokratie. Auch in deren Modell wird es Wahlen geben, aber sie werden nichts bedeuten.

Es wird ernst, die Liberalen müssen kämpfen. Aber eine „Mobilisierung der Mitte“ ist möglich.

ESSAY: Hans Rauscher

Am 4. Dezember 2016 gaben 46 Prozent der Wählerinnen und Wähler ihre Stimme einem Mann, der eine andere Art von Demokratie für Österreich im Sinn hat (und hatte) und einige Male durchblicken ließ, was er sich darunter vorstellt. Am kenntlichsten in jener TV-Diskussion, in der es um eine mögliche autoritäre Neudefinition der Rolle des Bundespräsidenten ging und er sich zu der Drohung „Sie werden sich noch wundern, was alles möglich ist“ hinreißen ließ.

Der Punkt ist aber: Recht viele Bürgerinnen und Bürger können sich sehr wohl eine andere Art von Demokratie vorstellen. Sozusagen autoritäre Verhältnisse innerhalb einer formalen Demokratie. So ähnlich wie Norbert Hofer.

Im Oktober 2015 stellte das renommierte Sora-Institut rund 1000 Personen die Frage, ob sie folgender Aussage zustimmen: „Man sollte einen starken Führer haben, der sich nicht um Parlament und Wahlen kümmern muss.“ Ergebnis: 39 Prozent (13 Prozent stimmen „sehr“ und 26 Prozent „ziemlich“ zu).

Der Wahlforscher Christian Hofinger von Sora stellte daher eine „massive Zunahme des antidemokratischen Autoritarismus“ fest. Dieser Schluss ist aus der Zeitreihe von Sora zu ziehen: Im August 2007 waren nur zehn Prozent für einen starken Führer, im November 2009 20 Prozent, im September 2014 29 Prozent und im Oktober 2015 (Höhepunkt der Flüchtlingswelle) eben 39 Prozent.

Der Politologe Peter Filzmaier fasste das in die Schlagzeile „Starker Mann knapp vor der Mehrheit“ zusammen (eine STANDARD-Umfrage des Market-Instituts in etwas anderem Kontext kommt zu weit weniger alarmierenden Ergebnissen – siehe Seite 14).

Vor allem aber muss man die „starker Mann“-Ergebnisse in Beziehung setzen zur Aussage in derselben Sora-Umfrage, wonach volle 85 Prozent der Meinung waren, die Demokratie sei die „beste Regierungsform“. Einerseits eine riesige Mehrheit für die Demokratie als beste Regierungsform und andererseits ein starker Wunsch nach einem „starken Mann“? Wie geht das zusammen?

Das passt, wenn man, wie Christoph Hofinger, vermutet, dass sich diese Einstellung wieder beruhigen wird, wenn die Regierung wirklich regiert.

Das passt aber auch, wenn man sich eingesteht, dass sich ziemlich viele Menschen eine Gleichzeitigkeit von „Demokratie mit einem starken Mann“ sehr gut vorstellen können.

Das passt, wenn man sich vergegenwärtigt, dass es das Gegensatzpaar „liberale Demokratie gegen illiberale Demokratie“ gibt. Und darum geht es derzeit in der westlichen Welt und ihrer Peripherie. Die liberale Demokratie ist unter Druck von illiberalen Tendenzen und Bewegungen. Im Wesentlichen ist es der extreme

Rechtspopulismus, der eine andere Demokratie haben will.

Unter „liberaler Demokratie“ versteht man in Europa das angelsächsisch geprägte Modell, das auf Mäßigung, Öffnung, Rationalität, Toleranz und Interessenausgleich aufgebaut ist. Und auf Weltoffenheit plus Glaube

an die Nützlichkeit übernationaler Lösungen wie der Europäischen Union.

Die „illiberale“ Demokratie hingegen ist völkisch, nationalistisch, autoritär – und populistisch – geprägt. Sie sieht als Träger der „wahren Demokratie“ nur das „wahre Volk“, und sie definiert, wer dazugehört: nur die „eigenen Leut“ im umfassenden Sinn. Alle anderen sind draußen (die FPÖ will ausländische Arbeitnehmer von der Sozialversicherung ausschließen). Populisten, so der deutsche Politologe Jan-Werner Müller, regieren, wenn sie an die Macht kommen, nach ihrer inneren Logik: „Sie und nur sie repräsentieren das wahre Volk; so etwas wie eine legitime Opposition kann es gar nicht geben.“

Unnachahmlich zeichnete der polnische Außenminister von der katholisch-autoritären Regierungspartei dieses Feindbild: „Ein Mix von Kulturen und Rassen, eine Welt aus Radfahrern und Vegetariern, die nur noch auf erneuerbare Energien setzen und gegen jede Form der Religion kämpfen.“

Der ungarische Premierminister Viktor Orbán bezeichnete in einer programmatischen



und was die politische Mitte gegen diese verhängnisvolle Dynamik machen kann und muss

schen Rede die „illiberale Demokratie“ ausdrücklich als sein Modell eines „neuen Ungarn“. Dieses Modell schwebt allen Rechtspopulisten vor. Gewiss, es wird weiterhin Wahlen geben, aber sind die Rechtspopulisten einmal an der Macht, wird die Verfassung auf die neuen Herren zugeschnitten, die Stellen in Staat und Wirtschaft werden besetzt, und jede Kritik wird abgewürgt. In Ungarn sind jetzt die letzten Widerstandsnester dran, die ausländischen NGOs wie die des Milliardärs und Mäzens George Soros. Der hat einst noch unter dem Kommunismus demokratische Bewegungen unterstützt. Jetzt stört er.

Orbán in Ungarn, Kaczyński in Polen, Le Pen in Frankreich, Geert Wilders in den Niederlanden, Beppe Grillo in Italien, Nigel Farage in Großbritannien, Frauke Petry von der AfD in Deutschland und Strache/Hofer in Österreich bilden inzwischen eine (rechts)populistische Internationale (Grillos Cinque Stelle treten eher linkspopulis-

”

In etlichen etablierten westlichen Demokratien halten gerade die Jüngeren die Demokratie nur noch beschränkt für ‚essenziell‘.

“

tisch auf, sind aber ebenfalls autoritär). Mit Donald Trump wurde ein mutwilliger Zerstörer der bisherigen Weltordnung ins Weiße Haus gespült.

Europa ist zwischen den autoritären Typen Trump und Putin (auch Erdogan) eingeklemmt und gleichzeitig von innen durch die Rechtspopulisten bedroht. Es geht in Richtung Führerstaat: Die FPÖ will Bundespräsident und Kanzler zu einem „starken Führer“ zusammenlegen, das Parlament verkleinern und mit Plebisziten den „Volkswillen“ steuern. Der AfD-Politiker Björn Höcke will die Holocaust-Erinnerungskultur in Deutschland tilgen und „Deutschland Stück für Stück zurückholen“. Wohin?

Das ist der Punkt, an dem es gefährlich wird. „Wenn sich die Rechtspopulisten jetzt festsetzen, bleiben die auch“, sagt der deutsche Soziologe Heinz Bude: „Das ist dann europäische Normalität.“

Erosion in kleinen Schritten

Eine entscheidende Frage ist daher zunächst, ob sich sozusagen im angestammten Territorium der liberalen Demokratie, im dem, was „der Westen“ heißt, etwas Grundlegendes verändert hat. Gibt es die sozusagen automatische Hochschätzung der liberalen Demokratie dort noch?

Manchmal findet man doch etwas auf Twitter. Vor zwei Monaten verschickte der britische Politologe Brian Klaas (Oxford) einen Tweet mit der „erschreckendsten Statistik, von der niemand etwas weiß“: Eine Studie im *Journal of Democracy* zeigt, wie in sechs klassischen westlichen liberalen Demokratien, nämlich den USA, Großbritannien, Australien, Neuseeland, Schweden und den Niederlanden, nur noch eine Minderheit von Menschen im besten Alter es für „essenziell“ hält, in einer Demokratie zu leben.

Die Generation, die in den USA im Jahr 1950 geboren wurde, glaubt immerhin noch zu 55 Prozent, dass es essenziell sei, in einer Demokratie zu leben. Von denen aber, die 1980 geboren wurden, also Mitteldreißiger, glauben das nur noch 27 Prozent (wer nach 1980 geboren ist, wurde nicht befragt). In Großbritannien hält die 1950er-Generation bei rund 70 Prozent Glaube an die Demokratie, die 1980er bei 27 Prozent. In Schweden ist die Zustimmung bei den 1950ern bei rund 80 Prozent, bei den 1980ern immerhin noch bei 57 Prozent. Die 1950 geborenen Niederländer hingegen glauben nicht mehr mehrheitlich an die absolute Notwendigkeit einer Demokratie (47 Prozent), die 1980er nur noch zu rund 30 Prozent.

Es hat also in den „alten, etablierten Demokratien“ eine Erosion der demokratischen Überzeugungen stattgefunden. Global haben zwar Demokratien seit den 70er-Jahren zugenommen, aber seit etwa zehn Jahren haben Stagnation und Rückgang eingesetzt. Die Washingtoner NGO Freedom

House sagt in ihrem Report für 2016, dass in den letzten zehn Jahren 105 Länder eine Nettoverschlechterung an Freiheit aufweisen und nur 61 eine Verbesserung. Der US-Politologe Larry Diamond schreibt im *Journal of Democracy* von einer „demokratischen Rezession“ – nicht nur „durch glatte militärische oder politische Coups, sondern auch durch subtile und scheinbar weise Verringerung von demokratischen Rechten und Regeln“. Hier fallen einem sofort Wladimir Putins Russland und Recep Tayyip Erdogans Türkei ein. Sie haben das Modell „illiberale Demokratie“ – durchaus mit Mehrheitszustimmung – perfektioniert.

Die Ursachenforschung ist sich einig, dass die liberale Demokratie ihre alten, in Jahrzehnten eingehaltenen Versprechen nicht mehr erfüllen kann. „Demokratie und Wohlstand fallen auseinander“, konstatiert die *Zeit*. Seit 1945 ist es aufwärtsgegangen, seit etwa zehn Jahren nicht mehr. Die „Eliten“ sind nur noch elitär.

Herumschrauben am Wahlrecht?

Dazu kommt kulturelle Verunsicherung. Auf die Gefahr hin, falsch verstanden zu werden: Die ständige Zunahme von Kopftuchfrauen in den Straßen oder die Gruppen von unbeschäftigten, frauenlosen, latent aggressiven jungen Männern in manchen Vierteln verunsichern. Solche Rückständigkeit und so viele perspektivlose junge Leute sind wir nicht mehr gewohnt.

Was tun? „Wir haben noch nie besser und freier gelebt als jetzt, aber die Menschen sind nicht zuversichtlicher“, sagt der Politologe Ivan Krastev. Die Politik müsse eine „positive Zukunftserzählung“ leisten. Eine bessere Wirtschafts- und Sozialpolitik ist möglich, wenn auch eher in kleinen Schritten. Autobahnen und Kraftwerke bauen bringt's nicht mehr. Eher die Förderung von selbstständigem Unternehmertum. Und vor allem die Beseitigung der skandalösen Bildungsverlotterung.

Was noch? Herumschrauben am Wahlrecht? Kanzler Christian Kern und die ÖVP wollen jetzt ein mehrheitsförderndes Wahlrecht. Die Rechtspopulisten, aber nicht nur sie, fordern den „Ausbau der direkten Demokratie“. Soll heißen viel mehr Referenden und Volksbefragungen. Gegen beides gibt es gewichtige Einwände, die debattiert werden müssen. Christoph Hofinger von Sora meint: „Politische Bildung muss ein Fach werden, nicht nur ein Unterrichtsprinzip.“

Eine echte, unmittelbar notwendige und mögliche Maßnahme lautet aber: Kämpfen. Die liberalen Demokraten müssen sich organisieren, über Parteigrenzen hinweg und auch ohne Parteien. Die Lügen und Verschwörungstheorien und falschen Lösungen der Illiberalen nicht hinnehmen oder gar deren „Framings“ (in Begriffe gegesse-

”

Der österreichische Präsidentschaftwahlkampf hat gezeigt: Die Mobilisierung der Mitte gegen den Rechtspopulismus ist möglich.

“

nes Weltbild) übernehmen. Der Desinformation, den Fake-News und Hate-News, deren Power die Illiberalen früher als andere erkannt haben, muss professionell begegnet werden (übrigens auch von den „Mainstream“-Medien). „Wohl zum ersten Mal seit langem müssen die Liberalen kämpfen“, schrieb der *Zeit*-Autor und Aktivist für eine „Charta der digitalen Grundrechte in der EU“, Heinrich Wefing. „Es geht wieder um die Freiheit selbst.“

Der Präsidentschaftwahlkampf hat gezeigt: Die „Mobilisierung der Mitte“ gegen den Rechtspopulismus ist möglich. Großen Anteil daran hatten viele private, kleinere Initiativen. Bei Nationalratswahlen mit verschiedenen Parteien ist eine solche Koalition aus linken, bürgerlichen und liberalen Wählern schwerer zu bilden. Aber eine permanente Mobilisierung der halbwegs liberaldemokratisch Denkenden – über viele informelle Kanäle – ist trotzdem möglich und notwendig. Wenn die Politik zu feig und zu lahm ist, muss die Zivilgesellschaft einspringen.

GLOSSAR

Formen der Demokratie

■ **Der Anfang, die attische Demokratie** Im fünften Jahrhundert vor Christus setzte sich in griechischen Stadtstaaten, vor allem in Athen, die Volksherrschaft (*demos*: Staatsvolk, *kratos*: Herrschaft) durch. Entscheidungsinstrument war die Volksversammlung unter freiem Himmel. Stimmberechtigt waren alle Vollbürger über 30, aber keine Frauen, Sklaven oder Fremde mit Wohnsitz. Stimmbürger mussten auch Wehrdienst leisten, selbst ein Sokrates zog in die Schlacht. Politisch uninteressierte Menschen hießen „Idioten“.

Die Blütezeit der athenischen Demokratie war relativ kurz, aber das neue, „abendländische“ Prinzip des freien Denkens und Handelns zeigte seine Stärke beim Sieg über die asiatische Despotie des Perserreiches und in der Entwicklung einer einmaligen kulturellen Blüte.

In den folgenden Jahrhunderten blieben nur Reste demokratischer Bräuche (römische Republik, „Thing“ in Nordeuropa). Erst mit der Aufklärung begann sich das demokratische Prinzip allmählich durchzusetzen. Der erste Staat mit demokratischer Verfassung waren die USA (auch ohne Frauenwahlrecht). Heute ist eine knappe Mehrheit der Staaten der Erde demokratisch, allerdings sehr oft scheidendemokratisch.

■ **Demokratie nach heutigem Verständnis** Grundprinzip sind allgemeine, freie, geheime und gleiche Wahlen. Außerdem das Mehrheitsprinzip, Minderheitenschutz, die Möglichkeit einer politischen Opposition, Gewaltenteilung, Verfassungsmäßigkeit, Schutz der Grundrechte, Schutz der Bürgerrechte und Achtung der Menschenrechte. Meinungs- und Medienfreiheit sind unerlässlich.

■ **Repräsentative Demokratie** Hier delegiert das Stimmvolk die Entscheidungen weitgehend durch Wahl auf begrenzte Zeit an Repräsentanten, Abgeordnete, auch Regierungsmitglieder.

■ **Direkte oder plebiszitäre Demokratie** Hier entscheidet der Stimmbürger durch häufige Referenden oder auch de facto bindende Volksbefragungen. Das ausgeprägteste (und fast einzige) Beispiel dafür ist die Schweiz. Viele repräsentative Demokratien, auch Österreich, haben plebiszitäre Elemente wie Volksbegehren und Volksabstimmungen.

■ **Verhältnis- oder Mehrheitswahlrecht** Beim Verhältniswahlrecht werden die Mandate im Verhältnis der auf die Parteien entfallenden Stimmen aufgeteilt. Beim Mehrheitswahlrecht fällt das Mandat an die stimmenstärkste Partei im Wahlkreis, die anderen Stimmen verfallen. Das kann dazu führen, dass eine Partei mit nur relativer Mehrheit der Stimmen mit absoluter Mehrheit der Mandate regiert. Es gibt auch Mischformen dieser Wahlrechtsmodelle.

■ **Parlamentarische oder präsidiale Demokratie** In Ersterer ist die Regierung auf eine Mehrheit im Parlament angewiesen und kann daher auch leichter gestürzt werden; in Letzterer hat ein Präsident mehr Macht und kann auch gegen eine parlamentarische Mehrheit regieren (wie zuletzt Obama in den USA). Der US-Präsident kann aber durch ein Verfahren abgesetzt werden.

■ **Scheidendemokratien oder gelenkte Demokratien** Hier gibt es zwar Wahlen, aber sie sind meist nicht fair und erlauben keine Machtwechsel. Autoritäre Regime wie Russland oder die Türkei fallen unter diese Kategorie (rau)

DISCOVERY SPORT BUSINESS

GEBAUT FÜR JEDES TERRAIN: BERUF UND FREIZEIT.



DIE PERFEKTE KOMBINATION AUS KONTROLLE UND KOMFORT. BEREITS AB 34.800,- €.*

Wer sagt, dass sich Beruf und Privatleben nicht vereinen lassen? Gerade darin liegt die Stärke des Discovery Sport Business. Die exklusive Zusatzausstattung mit dem Business- und Winterpaket vereint Vielseitigkeit, Technologie und Komfort für höchste Ansprüche. Und das mit einem einmaligen Preisvorteil von bis zu 2.996,- €.** So werden selbst berufliche Verpflichtungen zum privaten Vergnügen – wo auch immer Sie gerade unterwegs sind.

Ab sofort bei Ihrem Land Rover Partner.

landrover.at

3 JAHRE GARANTIE
MAX. 100.000 KM GEMÄSS GARANTIEBEDINGUNGEN

INKLUSIVE ZUSATZAUSSTATTUNG:

- SD-Karten-Navigationssystem
- Einparkhilfe hinten
- 2-Zonen-Klimaatomatik
- 2 USB-Anschlüsse mit Ladefunktion
- Sensorgesteuertes Fahrlichtsystem mit Regensensor
- Beheizbare Vordersitze, Frontscheibe und Waschdüsen

Kraftstoffverbrauch in l/100 km: 6,3–5,5 (innerorts); 4,7–4,2 (außerorts); 5,3–4,7 (komb.); CO₂-Emissionen in g/km: 139–123; Symbolfoto, zeigt Sonderausstattung oder Zubehör.

* Unverbindlich empfohlener, nicht kartellierter Richtpreis inkl. 20% USt., NoVA und modellspezifischem Preisvorteil. Angebot gültig für lagernde Neu- und Vorführfahrzeuge MY17 bei Kaufvertragsabschlüssen und Fahrzeugauslieferung zwischen dem 01.01.2017 und dem 31.03.2017 für die Ausstattungslinie PURE und folgende Motorisierungen: 2.0 eD4 2WD man., 110 kW (150 PS), 2.0 TD4 4WD man., 110 kW (150 PS), 2.0 TD4 4WD Aut., 110 kW (150 PS). Bei teilnehmenden Land Rover Partnern, solange der Vorrat reicht. Nicht kombinierbar mit weiteren Angeboten.

** Max. Preisvorteil für Discovery Sport TD4 (150 PS) 4WD Aut. PURE MY17 inkl. USt. und NoVA. Weitere Informationen zur 3-Jahres-Garantie finden Sie unter: landrover.at/garantie

Über misslungenen Demokratieexport und Nebenwirkungen des Mehrheitswahlrechts

Im Nahen Osten mit der Weisheit am Ende

Nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion schien der Beweis erbracht, dass es ein einziges valides Modell gibt, das sich weltweit durchsetzen wird: die Demokratie. Aber die westlichen Rezepte funktionieren nicht.

Gudrun Harrer

Es ist eine vielzitierte Binsenwahrheit, dass die USA, als sie 2003 in den Irak einmarschierten, kein Konzept für das Land hatten: Sie wussten, wie man einen Krieg gewinnt (etwas später auch das nicht mehr), aber nicht, wie man den Frieden gewinnt, heißt es immer. Ganz korrekt ist das jedoch nicht, denn die Regierung von George W. Bush hatte sehr wohl eine Vorstellung davon, wie sich der Irak entwickeln sollte.

Was der Irak werden sollte, war so selbstverständlich, dass dafür keine besonderen Pläne vonnöten waren: Vom Diktator Saddam Hussein befreit, würde sich der Irak zur Demokratie wandeln. Das Instrumentarium für diesen Weg schien ganz einfach: Wahlen, mit denen man die – bereits vorhandenen, denn der Irak war ja doch auch unter Saddam eine Republik – staatlichen Institutionen befüllen würde, sowie eine freie Marktwirtschaft, mit der der Irak in die Weltwirtschaft integriert werden würde. Letzteres war der Bush-Regierung besonders wichtig, denn der Irak sollte seine Befreiung ja selbst finanzieren, und für die USA würde dabei auch noch etwas abfallen.

Die heilige Marktwirtschaft

Mit der Marktwirtschaft ging es ein bisschen schneller – die Grenzen wurden geöffnet, viel billiger Trash strömte ins Land, und die Reste der staatlichen Industrien wurden zerschlagen (und die, die davon lebten hatten, in die Wüste geschickt). Die Demokratie dauerte etwas länger, den Fahrplan dorthin entwarf die Uno – und er entsprach ziemlich genau jenem, den sich ab 2011 drei der vier ara-

bischen Länder verordneten, die im Zuge des damals sogenannten Arabischen Frühlings ihre Diktatoren losgeworden waren: Tunesien, Ägypten, Libyen.

Der Weg geht so: Eine (naturgemäß nicht gewählte) Regierung bereitet Wahlen für ein Übergangsparlament vor; die Wahlsieger bilden eine Regierung, und das neue Parlament bestimmt eine verfassungsgebende Versammlung, die eine neue Verfassung schreibt; diese wird dem Volk in einem Referendum vorgelegt; danach finden Parlamentswahlen unter der neuen Verfassung statt. Und damit hat das Land ein demokratisches Parlament und eine demokratische Regierung, und alles ist gut.

Krieg und neuer Umsturz

Aber gar nichts war gut. Auch nicht im Jemen, der eine Variante wählte: Zuerst sollte eine nationale Konferenz einen Konsens finden, wie der neue Jemen auszusehen habe – eine neue Verfassung entwerfen –, erst nach Abschluss dieses Prozesses würde gewählt. Das Ergebnis war in Libyen und im Jemen Krieg, in Ägypten ein neuer Umsturz, nur in Tunesien konnte der – stets prekäre – politische Prozess gerettet werden.

Was ist da los? Die klassische Antwort verweist auf die Inkompatibilität zwischen Demokratie und der arabischen Welt, wobei als der eine große Stolperstein der Islam ausgemacht wird. Der Schönheitsfehler bei dieser Argumentation hat einen Namen, einen Ländernamen: Südsudan. Der Südsudan ist nicht nur ein mehrheitlich christliches Land mit einer winzigen muslimischen Minderheit, er wurde von der internationalen Gemeinschaft sogar quasi als Gegenprojekt zum bösen isla-

mistischen Sudan unter Aufwand von riesigen Mitteln entworfen und gebaut. Und dennoch folgte auf die Unabhängigkeit der brutalste Bürgerkrieg, den man sich nur vorstellen kann.

Sieger ohne Legitimation

Mittlerweile ist ja der Westen/Norden auch nicht mehr so sicher zu wissen, was Demokratie ist – und welche Ergebnisse sie zu zeitigen hat. Ironisch könnte man sagen, dass anstelle des Demokratieexports, wie wir ihn uns vorgestellt hatten, ein Export der Legitimitätskrise der Demokratie in die andere Richtung stattfindet.

Denn daran scheiterte es bei den genannten Länderbeispielen: Die Wahlen produzierten Sieger, aber Sieger ohne Legitimation in den Augen der Verlierer. Anstatt Legitimation zu schaffen, vertieften Wahlen und neue Verfassung die Spaltung. Der Denkfehler war, dass ein „politischer Prozess“ mit dem Allheilmittel Wahlen allein schon als Vehikel zur Legitimationsbeschaffung gilt.

Man kann in jedem einzelnen Fall besondere Umstände identifizieren oder aber Gemeinsamkeiten suchen, die das Scheitern auslösen, tribale Strukturen, autoritäre Vergangenheit, Kolonialismus, „künstliche“ Grenzen, zu heterogene Gesellschaften. Man wird nicht weit damit kommen: Es wird immer ein Gegenbeispiel geben.

Sicher ist nur: Es war westliche Hybris. Mit dem Zusammenbruch der Sowjetunion schien der historische Beweis geliefert zu sein, dass das westliche Modell das einzig valide – und immer und überall funktionierende – ist. Und knapp dreißig Jahre später erweist sich, dass die Sache mit der Legitimität auch bei uns nicht so einfach ist, wie uns das stets schien.



Foto: Mark Jenkins

✘ Der US-Amerikaner Mark Jenkins installiert aus Klebeband hergestellte Figuren auf verstörende Weise im öffentlichen Raum und will Reaktionen von Passanten provozieren: „trash“ in Barcelona.

Mehrheitswahlrecht als vermeintliches Bollwerk gegen Populisten

In Frankreich profitiert der Front National von seiner Märtyrerrolle einer „vom Establishment ausgeschlossenen Partei“

Stefan Brändle aus Paris

Frankreich war noch nie eine perfekte Demokratie. Zu sprunghaft, zu leidenschaftlich ist seine Politik: Die Citoyens huldigten zuerst dem König, dann probten sie die Revolution (und schickten den König unter die Guillotine), um wenige Jahre danach wieder Napoleon zuzubeln; es folgte ein Bürgerkönig (Louis-Philippe), ein weiterer Kaiser (Napoleon III.), ein Halbfaschist (Pétain) und ein General (de Gaulle), der 1958 die mittlerweile Fünfte Republik bescherte.

Und weil besagter General noch klare Vorstellungen von Politik (links die Linke, rechts die Rechte) hatte, wählte er das Mehrheitswahlrecht. Es begünstigt die jeweils siegreiche Partei so stark, dass sie ungehemmt regieren kann – bis sie so unpopulär geworden ist, dass sie vom Wahlvolk abserviert wird, frei nach dem Politologen Alain Duhamel, laut dem die Franzosen jede Wahl in eine Sanktion ummünzen. Dann kommt die

Opposition – ebenso ungehemmt – an die Reihe.

Über all dem steht der Staatsoberhaupt, dieser verkappte Wahlmonarch, der bis Ende des 20. Jahrhunderts sieben Jahre lang regierte; dann wurde die Amtsdauer auf fünf Jahre verkürzt. Das reduzierte nicht den präsidentiellen Einfluss, sondern führte dazu, dass die Parlamentswahlen nun direkt auf die Präsidentenwahlen folgen, was dem Herrscher im Élysée fast automatisch eine so stabile wie servile Parlamentsmehrheit beschert.

Was der General nicht vorhergesehen, war das Aufkommen kleinerer Formationen wie der Grünen oder der Rechtsextremisten. Der Front National (FN) erhielt bei den Regionalwahlen 2015 fast 28 Prozent der Stimmen; damit ist er heute die stärkste Partei Frankreichs. Trotzdem regiert der FN in keiner der 13 Landesregionen, in keinem der hundert Departements und nur in einer Handvoll der 36.000 französischen Gemeinden.

Heute gilt das Mehrheitswahlrecht in Frankreich als Bollwerk

gegen den Vormarsch der Populisten. Von einem demokratischen Gesichtspunkt aus ist das allerdings diskutabel: Die größte Partei im Land ist faktisch von der Macht ausgeschlossen.

Wohlgermerkt hat sich der FN das auch selbst zuzuschreiben: Die Extremistenpartei ist unfähig oder unwillens zu Wahlallianzen, die ihr eine Parlamentsmehrheit verschaffen könnten. Das ändert nichts daran, dass der Majorz à la française kein Muster demokratischer Gerechtigkeit darstellt.

Politiker, die über den Tellerrand ihrer Partei hinausdenken, prangern die Absurdität dieses Wahlrechts seit langem an. Das gilt naturgemäß etwas mehr für die Sozialisten als für die Gaullisten. François Hollande versprach vor seiner Wahl 2012 sogar schriftlich, er werde im Fall seiner Wahl „eine Dosis Proporz einführen“. Einmal an der Macht, vergaß Hollande

sein Versprechen. Vor ihm hatte François Mitterrand den Proporz 1986 kurz eingeführt – nicht aus demokratischer Einsicht: Der Sozialist wollte vor allem die Konservativen schwächen, indem er den FN stärkte (der erhielt prompt 35 Abgeordnete). 1988 wurde das Experiment wieder abrupt beendet und durch das Mehrheitswahlrecht ersetzt.

Langsam hat dieses aber perverse Folgen: Der Front National wird nicht mehr im Zaum gehalten, wie viele meinen, sondern er profitiert von seiner Märtyrerrolle als „vom Establishment ausgeschlossener Partei“, wie er sagt. Das verschafft ihm reihenweise Zulauf durch Frust- und Protestwähler, die sich ihrerseits am Rand der Gesellschaft wähen.

Zudem kann der FN über die „Eliten“ schimpfen, die sich am Futtertrog der Republik labten; nie aber muss die Populistenpartei den Tatbeweis antreten, dass sie

es besser machen würde. Die Le Pens können auch deshalb so großmäutig auftreten, weil sie nie in Gefahr geraten, politische Verantwortung ausüben zu müssen.

Mehrheitswahlanhänger argumentieren gerne, die Nazis seien dank Verhältniswahlrecht großgeworden und an die Macht gelangt. Im Frankreich des Jahres 1986 entlarvten sich die 35 FN-Abgeordneten aber selbst als blutige Politamateure; Traktanden wie die Wiedereinführung der Todesstrafe brachten sie nicht einmal auf die Tagesordnung, geschweige denn zur Abstimmung. Auch lokale Erfahrungen in Südfrankreich zeigen, dass sich die Extremistenpartei rasch als unfähig erweist und schneller als andere abnützt.

So ist das eher paradoxe Fazit zu ziehen, dass das französische Mehrheitswahlrecht den Front National nicht etwa in Schach hält, sondern ihm gerade in schlechten Zeiten wie den heutigen eher Schub verleiht. Eine Wahlrechtsreform wäre dringlicher denn je.



Über die Verfasstheit der Demokratie in Ungarn und in der Türkei

Demokratieabbau im Inneren der EU

In Ungarn schreitet der rechtspopulistische Umbau der demokratischen Institutionen unter Viktor Orbán stetig voran. Die Europäische Union hat dem kaum etwas entgegenzusetzen.

Gregor Mayer aus Budapest

Wenn es ein bestimmendes Kriterium für Demokratie ist, dass die Regierung auf friedlichem Wege abgewählt werden kann, dann sieht es in Ungarn schlecht für die Demokratie aus. Der rechtspopulistische Ministerpräsident Viktor Orbán hat seine Macht durch eine neue Verfassung und diverse Gesetze, durch die massive Einengung der demokratischen Öffentlichkeit und durch den Ausbau einer die Wirtschaft durchdringenden Oligarchie dermaßen einzementiert, dass seine Abwahl in absehbarer Zeit undenkbar erscheint.

Dabei ist Ungarn keine Diktatur. Es gibt keine politischen Gefangenen, keine Polizeigewalt gegen oppositionelle Demonstranten, keine offene Zensur. Trotzdem

lastet der Hauch von all dem über dem Land. Als die wichtigste Oppositionszeitung *Népszabadság* im Oktober 2016 über Nacht geschlossen wurde, stürmte nicht – wie in der Türkei – die Polizei die Redaktionsräume, sondern die nichtsahnenden Redakteure fanden sich vom Sicherheitsdienst einfach ausgesperrt.

Vor drei Jahren gab es eine große Razzia gegen Nichtregierungsorganisationen (NGOs), die vom norwegian Fund unterstützt werden. Nach jahrelangen Ermittlungen stellte sich heraus, dass ihnen nichts Ungesetzliches vorzuwerfen war. Aber die behördlichen Schikanen behinderten sie in ihrer Arbeit. Erst Ende letzten Jahres, nachdem eine andere NGO, die Bürgerrechtsvereini-

gung TASZ, vor Gericht geklagt hatte, musste das Ministerpräsidentenamt offenlegen, dass Orbán persönlich die Weisung für die brutale Razzia erteilt hatte.

Jetzt will Orbán jenen NGOs (unter ihnen TASZ) den Garaus machen, die von den Stiftungen des US-Philanthropen George Soros gefördert werden. Die „internationale Lage“ werde es ermöglichen, sie „wegzuputzen“, frohlockte der Vizefraktionschef der Orbán-Partei Fidesz, Szilárd Németh. Damit meinte er die Übernahme der US-Präsidentschaft durch Donald Trump. Autokraten wie Orbán erhoffen sich von ihm, dass die USA nun ihre Politik des beharrlichen Annehmens von Menschen- und Bürgerrechten aufgeben werden.

Die EU, der Ungarn seit 2004 angehört, ist jedenfalls kein wesentliches Hindernis für Orbáns Demokratieabbau, den er seit 2010 systematisch und strategisch betreibt. Vertragsverletzungsverfahren zu ohnehin minimalen, oft technisch-legistischen Details prallten an Orbáns Fachjuristen wirkungslos ab. Da wurde ein repressives Gesetz den EU-Forderungen verbal angepasst, aber in der Substanz so belassen, dass die repressive Wirkung blieb.

Zugleich haben die EU-Organe kaum juristische Mittel, um die Gesetzgebung eines autokratischen werdenden Mitglieds in ihren systemischen Zusammenhängen zu sanktionieren. Im EU-Parlament wiederum hält die EVP ihrer Mitgliedspartei Fidesz loyal die Stange. Den Demokratieabbau in der Mitte Europas begleitet die Hilflosigkeit der europäischen Politik.

DEMOKRATIE
UNTER DRUCK



Ministerpräsident Viktor Orbán will eine „illiberale Demokratie“.

Foto: APA / AFP / John Thys

Der Traum von der absoluten Macht über die Türkei

Erdogan will eine auf ihn zugeschnittene Verfassung

Markus Bernath

Wann genau Recep Tayyip Erdogan beschlossen hat, nicht nur Präsident seines Landes zu werden, sondern auch ganz allein zu regieren, darüber wird in der Türkei nur gemutmaßt. Ganz zu Beginn jedenfalls, nach dem Erdrutschsieg der damals neuen konservativ-islamischen Partei für Gerechtigkeit und Entwicklung (AKP) bei Wahlen im Jahr 2002, sagen langjährige Beobachter und ehemalige Parteifreunde, hatte Erdogan wohl keinen solchen Plan.

Der Verfall der Demokratie

Doch mit den Jahren im Amt des Premiers und den Wahlsiegen in Serie wuchs die Hybris des Mannes aus kleinen Verhältnissen – und verfiel die Demokratie in der Türkei.

An diesem Wochenende sollte Erdogan seinem Traum von der absoluten Macht einen großen Schritt näher gekommen sein: Das Parlament in Ankara stand in der Nacht auf Samstag vor der Gesamtstimmung der Verfassungsänderungen. Dass die erforderliche Dreifünftelmehrheit von AKP und den Ultranationalisten der MHP hält, daran gab es keinen Zweifel mehr.

Sagt auch das Volk in einem Referendum im Frühjahr Ja zur Erdogan-Verfassung, dann wechselt die Türkei von einer parlamentarischen Demokratie zu einem Präsidialsystem, in dem der Präsident – anders als in den Vereinigten Staaten oder in Frankreich – kaum kontrolliert wird.

Zehntausende verhaftet

Dabei hat die Gesellschaft in der Türkei jetzt schon einen Vorgegeschmack dieser Ein-Mann-Herrschaft. Seit Juli des vergangenen Jahres regiert Erdogan per Dekret mit den Vollmachten des Ausnahmezustands: Zehntausende Türkinnen und Türken sind seither in Haft, darunter ein Dutzend Parlamentarier der Opposition und mehr als 140 Journalisten.



Wir gratulieren!

93 Prozent der SPAR-Kunden verzichten bereits auf eine Einweg-Tragetasche.

Unsere Umweltschutz-Maßnahmen zeigen Wirkung: Rund 93 Prozent unserer Kundinnen und Kunden verzichten bereits bei ihrem SPAR- und INTERSPAR-Einkauf auf den Erwerb von Einweg-Tragetaschen. Damit es bald 100 Prozent werden, bieten wir unserer Kundschaft die **robusten Mehrweg-Tragetaschen** - die immer wieder verwendet werden können - zum halben Preis (€ 0.49)* an. Denn: **Wiederverwenden ist der nachhaltigste Weg, die Flut an Einweg-Tragetaschen einzudämmen.** Machen Sie mit! Der Umwelt zuliebe.

*Angebot gültig bis Mi., 1.2.2017 solange der Vorrat reicht.



www.spar.at/zeichensetzen

Über den aktuellen Zustand der Demokratie in den USA und in Russland, die linkspopulistische Variante in Venezuela sowie die Frage, warum in Afrika Demokratie so oft defizient ist

Ein Mann mit illiberalen Neigungen im Weißen Haus

Trump wird für US-Demokratie eine Herausforderung

Frank Herrmann aus Washington

Es war kurz nach der Wahl im November des Vorjahres, als der Politikwissenschaftler Jeff Colgan mit einem Katalog von Warnsignalen für Aufsehen sorgte. Colgan lehrt an der Brown University, einer der Hochschulen der prestigeträchtigen Ivy League.

In einer Studie listete er zehn Faktoren auf, die nach seinen Worten erkennen lassen, wenn eine Demokratie zu erodieren beginne. „Angesichts der illiberalen Neigungen Donald Trumps müssen wir die (unwahrscheinliche) Möglichkeit ernst nehmen, dass die Demokratie und der Rechtsstaat in den Vereinigten Staaten geschwächt werden können“, schrieb er. Er wolle keine Panik verbreiten, wohl aber ein paar Warnzeichen aufstellen.

Zu ihnen gehören, bei Colgan an erster Stelle, die Einschüchterung der Medien sowie Restriktionen für Journalisten. Zweitens würden Krisen und eine Lähmung des Politikbetriebs angeführt, um Notmaßnahmen zu rechtfertigen. Drittens Minderheiten attackiert und Fremde zu Sündenböcken erklärt. Viertens der Raum der Zivilgesellschaft beschnitten, etwa durch finanzielle Hürden für Nichtregierungsorganisationen. Fünftens das bestehende politische System rhetorisch abgelehnt. Sechstens Gesicht mit parteiischen Richtern besetzt usw.

„Angesichts Trumps illiberaler Neigungen müssen wir die (unwahrscheinliche) Möglichkeit ernst nehmen, dass in den USA Demokratie und Rechtsstaat geschwächt werden können.“

Ein bekanntes Muster

Es sei schwer, sich das alles für die USA vorzustellen, aber nach diesem Muster funktionieren es, fasste es der Akademiker aus Providence (Rhode Island) zusammen. So habe es in Russland und Polen, Venezuela und Ungarn funktioniert. Allein schon die Tatsache, dass der Wahlsieg Donald Trumps eine solche Studie hervorgebracht hat, verfasst an einer Eliteuniversität, sagt einiges aus über die Demokratieidee in den Vereinigten Staaten.

Dass Trump im Weißen Haus gegen demokratische Normen verstoßen werde, indem er krasse Lügen verbreite und Widersacher nie-

dermache, davon müsse man ausgehen, analysiert der Journalist John Cassidy im *New Yorker*. Womöglich werde der Druck des Amtes, verbunden mit der Isolation in der Machtblase, die diktatorischen Tendenzen des Milliardärs noch verstärken.

Was, wenn etwas schief läuft

Besonders dann, wenn etwas schief laufe, was irgendwann unvermeidlich der Fall sein werde während einer Präsidentschaft. Trumps Verhaltensmuster kenne man, meint Cassidy. Die Unbekannte sei, ob das politische System damit fertigwerde, ob es die präzedenzlose Herausforderung einzuhegen und den Mann einzudämmen verstehe.

„Welche Reformen die amerikanische Demokratie in Angriff nehmen müsste, liegt auf der Hand. Ein im Jahr 2010 gefälltes Urteil des Obersten Gerichts, in dessen Folge private Spendengelder praktisch unbegrenzt an Kandidatinnen und Kandidaten für Wahlämter fließen können, wenn auch getarnt durch die Bildung „politischer Aktionskomitees“, müsste dringend kassiert werden.“

den. Was allerdings unwahrscheinlich ist, weil die Kräftebalance am Supreme Court mit den Personalentscheidungen des Präsidenten Trump zugunsten der Konservativen kippen dürfte.

Weniger Stimmen, aber vorn

Die zweite Reform, notwendig, aber kurzfristig nicht zu machen, setzt das Bohren überaus dicker Bretter voraus. Dass Hillary Clinton das Duell im Präsidentschaftswahlkampf gegen ihren Kontrahenten verlor, obwohl sie fast drei Millionen Stimmen mehr erhielt, lässt einmal mehr den Ruf nach einer Korrektur des Wahlsystems laut werden. Der Filmemacher Michael Moore nennt es eine „obskure, schwachsinnige Idee aus dem 18. Jahrhundert“; es sollte garantieren, dass kleinere Bundesstaaten ihr Mitspracherecht gegenüber den größeren wahren. Daran wird sich auf absehbare Zeit wohl nichts ändern: Bevölkerungszweige wie Montana, North Dakota oder Wyoming denken nicht daran, etwas von ihrem politischen Gewicht abzugeben.

STANDARD: Etwa 60 Jahre sind vergangen seit der großen Unabhängigkeitswelle in Afrika. Der Westen behauptet gerne, man habe die Länder mit demokratischen Strukturen in die Unabhängigkeit entlassen. War das so?

Zimmerer: Wir reden hier über viele Staaten mit sehr unterschiedlichen Kolonialisierungsgeschichten. Ganz generell kann man sagen, dass die Vorbereitung auf die Unabhängigkeit, wenn überhaupt, sehr spät und zögerlich erfolgte. Das Ziel des Kolonialismus war Ausbeutung und nicht Demokratisierung. Es ist eine Legende des europäischen Kolonialismus, dass man von Beginn des 20. Jahrhunderts an die Staaten auf die Unabhängigkeit vorbereitet habe. Im Grunde haben viele Kolonialländer auch nach dem Zweiten Weltkrieg noch gehofft, ihre Gebiete zu behalten. Dass man erst in letzter Minute demokratische Apparate aufgefropft hat, hat sich als große Hypothek erwiesen. Eine aktive Zivilgesellschaft war weder erwünscht, noch wurde sie gefördert. Zwar wechselte man die Macht, aber es fehlten Kontrollmechanismen und Unterbau.

STANDARD: Auf welchen vorhandenen Herrschaftssystemen bauten die Kolonialherrscher auf, als sie die Länder unterwarfen?

Zimmerer: Man hatte meist Monarchien oder Oligarchien. Das waren sehr wohl auch Partizipationsstrukturen. Die kolonialen Autoritäten haben diese Strukturen zer-

STANDARD: Die koloniale Grenzziehung ist eine weitere Hypothek?



„Der Beobachter“ heißt das riesenhafte Gemälde des in Wien lebenden Tirolers Golif. Entstanden ist es 2016 – mit Erlaubnis der Stadt – im Entwicklungsgebiet St. Marx auf rund 30.000 Quadratmeter Fläche.

„Westen feiert sich als Demokratiehüter“

Dass Afrikas Staaten oft nur oberflächlich demokratische Strukturen aufweisen, sei nicht zuletzt eine koloniale Hypothek, sagt Historiker Jürgen Zimmerer. Demokratie sei vor allem eine Frage der Verteilungsgerechtigkeit.

INTERVIEW: Manuela Honsig-Erlenburg

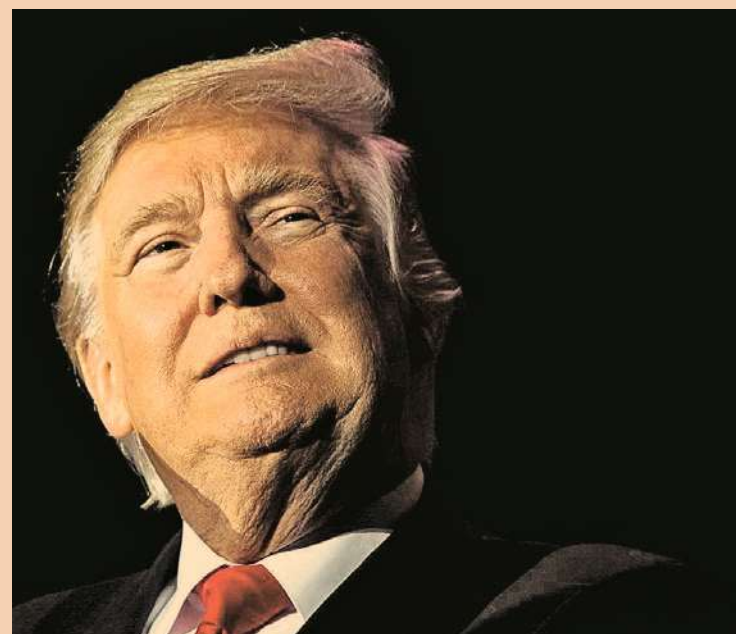
Zimmerer: Über die kolonialen Grenzziehungen wurden Gruppen, die sich eigentlich in Rivalität befanden, zusammengepfert, und solche, die traditionell miteinander Handel trieben, fanden sich plötzlich in verschiedenen Staaten wieder. Das führte zu einer ethnischen Klientelpolitik. Wenn man sich auf das Gemeinwesen nicht verlassen kann, dann nimmt man die eigene Familie oder Gruppe als Bezugssystem.

STANDARD: Sind also auch die nach wie vor ausbeuterischen Interessen der Ex-Kolonialstaaten daran schuld, dass die Menschen in den

schlagen oder neue geschaffen. Was wir heute oft als „Stämme“ bezeichnen, ist ja eine Erfindung der Kolonialmächte. Um die vorgefundenen Strukturen zu strukturieren, setzte man vielerorts indigene Kollaborateure ein und schuf Strukturen, die in der Gesellschaft gar keine Basis hatten.

STANDARD: Der Kolonialherr war der einund-einzigste gemeinsame Gegner, der dann wegfiel?

Zimmerer: Ja! In vielen Staaten wurde die Unabhängigkeit sehr euphorisch aufgenommen. Nationalistische Bewegungen, die sich am europäischen Modell ein Vorbild nahmen, entstanden. Sehr unterschiedliche Gesellschaften wurden über den – zum Beispiel kenianischen oder tansanischen – Nationalismus zusammengehal-



Der neue US-Präsident Donald Trump bringt illiberale Neigungen ins Amt mit, die die Demokratie schwächen könnten, aber nicht müssen.

Russlands Demokratie und ihr allmächtiger Lenker

Personenkult um Putin und Zentralisierung der Macht

André Ballin aus Moskau

„Mein bester Freund ist Präsident Putin“, rappen Sascha Tschest und Timati, zwei angesagte russische Popstars, auf dem Roten Platz. Vom „weißen Herrscher“ und „coolen Superhelden, bei dem die Mädchen den Verstand verlieren“, ist die Rede. Ironie? Fehlanzeige. Das Lied war vor einem Jahr ein Geburtstagsgeschenk für Wladimir Putin. Daneben bekam der Präsident ein Gemälde seiner selbst in Eishockey-Uniform und einen Kristall-Putin. Der Personenkult in Russland hat trotz der Beteuerungen Putins, kein Interesse daran zu haben, in den letzten Jahren zugenommen. Seine Porträts hängen in jeder Amtsstube und sind in jedem Schreibwarengeschäft zu haben, im Staatsfernsehen kommt keine Nachrichtensendung ohne ihn aus. Der Personenkult ist nur die sichtbarste Ausprägung der scharfen Zentralisierung der Macht.

Rein äußerlich verfügt Russland dabei über alle Attribute einer Demokratie. Die Verfassung schreibt Pressefreiheit, Gewaltenteilung und freie Wahlen für Parlament und Präsidenten vor. Die Realität sieht anders aus: Würden die Fernsehsender in den 90er-Jahren von den Oligarchen als Lautsprecher für deren Geschäftsinteressen missbraucht, so agitierten sie nun im Auftrag des Kreml. Auch die großen Tageszeitungen wurden von kremlnahen Strukturen übernommen und zuletzt ausländische Verlage weitgehend vom Markt gedrängt. Mit der Androhung des Lizenzentzugs bei zwei Verwarnungen hat die Aufsichtsbehörde Selbstzensur bei den Medien normiert.

Auch bei der Gewaltenteilung hapert es: Unabhängige Rechtsprechung gibt es nicht. So kritisierte der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte (EGMR) 2016 das Urteil gegen den Oppositionellen Alexej Nawalny und den Unternehmer Pjotr Offizierow im „Kirowles“-Betriebsprozess als will-

kürlich. Die vom russischen Gericht als Straftat ausgelegten Handlungen seien von unternehmerischer Tätigkeit nicht zu unterscheiden, so der EGMR.

Das Parlament hat in Russland nur eine untergeordnete Funktion. Die meisten Gesetze werden in der Präsidentschaftsverwaltung gemacht und in der Duma nur abgenickt. Zwar sitzen vier Parteien im Parlament, doch mit Parteien westlichen Formats haben sie wenig gemein: Nur die Kommunisten verfügen über ein echtes Programm, freilich kein demokratisches. Die LDPR wird vom Populistenführer Wladimir Schirinowski geleitet, Einiges Russland und Gerechtes Russland sind Kremlprojekte, deren Programm sich auf die Unterstützung Putins reduziert.

Den Rückhalt der Bevölkerung hat er sicher: Einerseits verbinden die Russen mit ihm den Aufschwung nach der sozialen Katastrophe in den 90er-Jahren. Andererseits sammelt er populistisch gekonnt und medial aufbereitet mit der Stigmatisierung sexueller Minderheiten und Andersdenkender Pluspunkte bei der konservativen Mehrheit. „Souveräne Demokratie“ nannte Wladislaw Surkow, einer der Architekten des Regimes, das russische System.



Der russische Präsident Wladimir Putin herrscht in seinem Land mit starker Hand.

Foto: APA / AFP / Natalia Kolesnikova

Auf und Ab einer linken Utopie

Populistischer Scherbenhaufen in Venezuela

Sandra Weiss aus Puebla

„Ich bin das Volk“ – diesen Satz, der die Essenz des Populismus destilliert, hörte man oft in Venezuela, meist aus dem Mund des verstorbenen Präsidenten Hugo Chávez. Seine „bolivarische Revolution“ begann 1999 als ehrgeiziges Projekt einer neuen linken Utopie. Getragen von breiter Zustimmung und der Hoffnung auf eine gerechtere Verteilung des Erdölreichtums, befügte vom Höhenflug der Erdölpreise, bald ferngesteuert vom sozialistischen Kuba.

Heerscharen von Sympathisanten pilgerten nach Venezuela, um Sozialprojekte zu begutachten, lobhudele Schriften zu verfassen und dem Anti-US-Imperialismus zu huldigen. Lange sah es so aus, als könnte Venezuela mit seinem demokratischen Sozialismus der Region seinen Stempel aufdrücken. Von Honduras über Brasilien und Ecuador bis nach Argentinien reichte die „progressive“ Allianz.

müsste man darangehen, die ungleiche Wohlstandsverteilung zwischen dem globalen Süden und dem globalen Norden aufzuheben. Stichwort: globale soziale Gerechtigkeit. Teilen ist da alternativlos.

STANDARD: Immer öfter werden Langzeitherrscher abgewählt. Neues demokratisches Bewusstsein?

Zimmerer: Die neuen Medien führen natürlich auch in Afrika zu einer verstärkten Politisierung. Aktuelles Beispiel ist Gambia, wo Langzeitherrscher Jammeh nach verlорerener Wahl nicht Platz machen wollte. Vertreter der Nachbarstaaten versuchten, ihn zu überzeugen. Den „Westen“, der sich als Demokratiehüter feiert, interessierte das lange nicht. Leider geht so etwas oft zugunsten derjenigen aus, die bereits an der Macht sind und die Gewehre haben. In Gambia scheinen aber nun die Nachbarstaaten entschlossen, sich zugunsten des neu gewählten Kandidaten einzumischen.

JÜRGEN ZIMMERER (51) ist Professor für Globalgeschichte an der Uni Hamburg. Er leitet die Forschungsstelle Hamburgs (post-)kolonialen Erbe. F.: privat

Die Medienbranche kämpft mit dem Wegfall von Geschäftsmodellen und einem Vertrauensverlust –

„Seien Sie still!“, Die „vierte Gewalt“

Lügenpresse, Fake-News, Hautevolee: Die Medien sehen sich einem Vertrauensverlust ausgesetzt, der mit bezweifeln, dass den Medien weiterhin eine „gemeinsame Erzählung“ gelingt – doch sehen sie dazu auch keine

BESTANDSAUFNAHME: *Olivera Stajić, Fabian Schmid*

Er solle „still“ sein, denn er sei „Fake-News“: So brachte US-Präsident Donald Trump einen CNN-Reporter zum Schweigen, der bei einer Pressekonferenz kritische Fragen stellen wollte: „Seien Sie still!“ In dieser denkwürdigen Szene kulminieren mehrere Krisen und ein grundlegender Kulturwandel. Sie zeigt: Der klassische Journalismus steht massiv unter Druck.

In demokratischen Gesellschaften erfüllten Massenmedien bisher grundlegende Funktionen, die ihnen den Ruf der „vierten Gewalt“ einbrachten. Information, Meinungsbildung und vor allem die Kontrolle der drei anderen Gewalten im Staate gehörten zu ihren klassischen Aufgaben.

Mit der Digitalisierung, dem größten Medienwandel seit dem Buchdruck, sind die traditionellen Medien in eine Ressourcenkrise geschlittert: Die Werbeeinnahmen brechen ein, die Konkurrenz wächst. PR-Abteilungen von Konzernen werden aufgestockt, während Redaktionen sparen.

In der Vertrauenskrise

Dazu kommt eine Vertrauenskrise: Die Deutungshoheit der Journalisten wird infrage gestellt. Darüber, wie tief die Vertrauenskrise ist und wo ihre Ursachen liegen, gibt es weder in der Medienbranche selbst noch unter Wissenschaftlern einen Konsens. Uwe Hasebrink vom Hans-Bredow-Institut für Medienforschung, hat eine Erklärung: „Verschiedene Teile der Gesellschaft sind sich bewusst geworden, wie groß die Klüfte innerhalb der Gesellschaft sind und wie groß die Chancenungleichheit ist.“ Damit geraten jene Medien, die eine Beschreibung der Realität für möglichst viele unterschiedliche Leser bieten wollen, unter Druck. Hasebrink zweifelt daran, dass den Medien diese „gemeinsame Erzählung“ weiter gelingt. Doch der Medienwissenschaftler sieht dazu „keine Alternative“.

Es sei immer öfter die Rede davon, dass das Establishment nicht mehr wahrnehme, welche Lebensbedingungen diejenigen, die sich nicht zur Elite rechnen, haben, sagt Hasebrink. Diese Erzählung von den abgehobenen Eliten ist keine neue. Sie erinnert an wenig ruhmreiche Zeiten der europäischen Geschichte, genauso wie die mit ihr einhergehenden „Lügenpresse“-Rufe. Zuletzt hörte man dieses Schlagwort in der NS-Zeit als Teil der antisemitischen Verschwörungstheorie zur Herabsetzung der kritischen Presse, die angeblich im Dienst des „Weltjudentums“ stand.

Wie kommt es aber nun zu einem Wiedererstehen des großen Misstrauens und dessen Missbrauchs durch die neuen Rechten und Rechtsextreme, wie etwa die Pegida-Bewegung, die AfD oder die sogenannten Identitären, und wie kommt es zu dem Eindruck „der geteilten Gesellschaft“? „Bestimmte Routinen in der Gesellschaft werden infrage gestellt, weil es große Herausforderungen gibt. Es kommt nicht von ungefähr, dass die Flüchtlingskrise als Motor dieser Entwicklungen gedient hat“, erklärt Hasebrink.

Längst ist der mündige Wähler und Leser nicht mehr ausschließlich auf die massenmediale Wirklichkeit angewiesen. Ihm stehen im digitalen Zeitalter unzählige

Quellen zur Verfügung. Er kann aktiv an der Informationsproduktion und deren Verbreitung im Internet teilnehmen. Haben wir also die Demokratisierung der Informationsgesellschaft erreicht, die in der Gründerzeit des Internets beschworen wurde? Nein, sagt Josef Trappel, Universitätsprofessor für Medienpolitik und Medienökonomie der Universität Salzburg: „In den sozialen Medien entscheiden globale Konzerne wie Facebook darüber, was möglich ist und was nicht. Die User haben nur die Wahl, mitzumachen oder eben nicht.“

Etwas wohlwollender sieht Helge Fahrnberger, Gründer des Medien-Watchblogs *Kobuk*, die Digitalisierung der Medien und ihre Funk-

„Du brauchst nicht mehr Zugang zu den großen Produktionsmitteln, um Unsinn zu verbreiten.“

Helge Fahrnberger

tion in der Demokratie: „Die Digitalisierung hat die Medienproduktion demokratisiert. Dieser mediale Wandel ist sowohl Gewinn als auch Verlust für die Demokratie.“ Mit den sozialen Medien werde

die Kommunikation demokratischer, sowohl in ihrer guten als auch in der schlechten Ausprägung. Fahrnberger: „Lügen und absurde Gerüchte haben nicht erst mit den sozialen Medien Einzug gehalten, aber: Du brauchst jetzt nicht mehr den Zugang zu großen Produktionsmitteln, um Unsinn zu verbreiten.“

Trappel warnt auch vor der sogenannten Filterblase, in der Menschen lediglich die Bestätigung ihrer Weltsicht erfahren: „Je mehr Menschen sich vorzugsweise mit ihresgleichen austauschen, desto schlechter ist die Informationslage der Bevölkerung. Und Informiertheit ist wiederum eine Voraussetzung für Demokratie. Der Zugewinn an Meinungsplatt-

formen ist also teuer erkaufte.“ Doch die sogenannte „confirmation bias“ (deutsch: Bestätigungsfehler), also die Neigung, jene Informationen zu wählen und zu interpretieren, die das eigene Weltbild bestätigen, gibt es nicht erst seit dem Siegeszug der sozialen Medien. Die Funktion des Stammtischs wird hier lediglich redefiniert und verstärkt.

Gerüchteküche Social Media

Auch außerhalb von sozialen Medien finden interessierte Menschen, die den Medien nicht mehr vertrauen, im Netz unzählige Alternativen. Darunter etwa gut recherchierte Blogs von Experten ebenso wie Seiten, die rein auf politische Stimmungsmache mit



Foto: APA / EP / Neil Munns

✘ Das Thema Überwachung spielt in Banksys Werken eine große Rolle. Sein Bild in Cheltenham, das Agenten beim Abhören einer Telefonzelle zeigt, wurde 2014, kurz nachdem ein Geschäftsmann erklärt hatte, es kaufen zu wollen, mit Graffiti übersprayed.

doch auf die „vierte Macht“ kann eine demokratische Gesellschaft nicht verzichten

steht unter massivem Druck

ökonomischem Druck durch wegbrechende Werbeeinnahmen einhergeht. Medienforscher Alternative. Dem demokratischen Entscheidungsprozess setzt die Krise der Medien jedenfalls zu.

überspitzten oder gar falschen Nachrichten ausgelegt sind. Dazu kommt eine neue Form der Gerücherverbreitung durch soziale Medien. „Im Internet und den sozialen Netzwerken hat sich eine große Gegenöffentlichkeit etabliert. Viele geteilte Berichte und Posts erlangen schnell Wahrheitsstatus, auch wenn sie sich später als unhaltbare Gerüchte herausstellen“, sagt Trappel.

Der Medienforscher Fritz Hausjell schlägt vor, dass klassische Medien diesen Gerüchten nachgehen sollten. Diese gelangten „ohnehin an die Endnutzer“, sagt Hausjell. Medien agierten nicht mehr im abgeschlossenen Raum. Trappel will den klassischen Journalismus nicht mehr als defensiven und exklusiven Gatekeeper verstehen, er sei vielmehr „offensiver Agent der Suche nach den relevanten Informationen und Interpretationen“. Medien können dies auch nutzen, um etwa mit einer breiten Masse an Nutzern zu kooperieren oder Hinweise zu erhalten.

Infos aus sozialen Medien

Um Nachrichten zu konsumieren, greifen laut Reuters Digital News Report 2016 rund 48 Prozent aller Österreicher auf soziale Medien zurück. Erstgereiht ist Facebook, dahinter folgen Youtube und Whatsapp. Auf Facebook kann jeder Nutzer sein Profil öffentlich machen oder eine eigene Seite gründen, um Nachrichten zu verbreiten. Für User kann es



Auf der Welle der Medienskopsis, die derzeit in der Bevölkerung beobachtbar ist, surfen einige Politiker.

Uwe Hasebrink



dadurch oft schwierig sein, die Quelle der Meldung zu überprüfen. Oft wird Freunden vertraut, die bestimmte Nachrichten teilen; ohne dass diese selbst recherchieren, ob es sich bei dem Urheber um einen professionellen Journalisten, einen Aktivist oder einen Verschwörungstheoretiker handelt.

Facebook leugnete den Einfluss von Fake-News anfangs, mittlerweile will die Plattform mit Medien zusammenarbeiten, um Falschmeldungen zu markieren.

Doch dass die Medien derzeit mit Vertrauensverlust kämpfen müssen, hat nicht nur etwas mit gezielt gestreuten Falschmeldungen oder böswilligen Angriffen zu tun, erklärt Helge Fahrnberger: „Es sind nicht nur die AfD-Mitglieder, die Lügenpresse rufen, die zur Erosion des Vertrauens in etablierten Journalismus beitragen, sondern auch seriöse und fundierte Medienkritik.“ Denn die Missstände in der Branche sind und waren immer da, und es sei um den klassischen Journalismus heute nicht schlimmer bestellt als in der Vergangenheit, denkt Fahrnberger.

Neu ist allerdings, dass Medienorganisationen selbst im Rampen-

licht stehen wie nie zuvor. Macht ein Journalist in seinem Artikel Fehler, verbreitet sich die Kunde davon in sozialen Medien in Windeseile. Diese neue Möglichkeit des direkten Feedbacks und der konstruktiven Kritik ist ein willkommenes Korrektiv einerseits, andererseits kann es vertrauensserodierend wirken.

Was in Österreich fehlt, so Fahrnberger, ist die Selbstkontrolle der Medien untereinander: „Der Medienmarkt ist bei uns zu klein, man möchte nicht den potenziellen zukünftigen Arbeitgeber anpatzen.“

Tatsächlich sucht man in der österreichischen Medienlandschaft

vergeblich eine umfassende Berichterstattung über journalistische Themen. In Deutschland blickt das Magazin *Zapp* des NDR regelmäßig hinter die Kulissen der Medienwelt. In Österreich gibt es neben Fahrnbergers Projekt *Kobuk.at* noch die Online-Plattform *dossier.at* die unregelmäßig, aber doch immer wieder Relevantes aus der Medienbranche berichtet.

Zu diesen Komplexen kommt, dass die Politik Medien zusehends anders behandelt. Die Politik war bislang auf Massenmedien angewiesen und befand sich mit ihr in einem nicht immer unproblematischen symbiotischen Verhältnis. Dieses Verhältnis scheint in westlichen Demokratien nun ein wenig aus dem Gleichgewicht zu geraten. Man hat den Eindruck,

dass einige politische Akteure, vor allem aus dem rechtspopulistischen Eck, den alten „Vertrag“ aufkündigen und offen signalisieren, dass sie die klassischen, nicht genehmten Medien daran hindern wollen, ihrer Kontrollaufgabe nachzukommen. Unbeliebte Journalisten werden nicht zu Pressekonferenzen zugelassen, bekommen keine Akkreditierungen für Veranstaltungen oder werden öffentlich angegriffen, wie Trump es gerne tut.

Welle der Medienskopsis

„Auf der Welle der Medienskopsis, die derzeit in der Bevölkerung beobachtbar ist, surfen einige Politiker, die Errungenschaften, die ich für nicht hinterfragbar gehalten habe, nun hinterfragen“,

sagt Hasebrink. „In einem Land wie den USA einen derartigen Umgang mit Medien zu erleben, hält man nicht für möglich. Da gerät eine Wertvorstellung ins Rutschen“, sagt der Medienforscher.

Medienbeobachter und Experten betonen, dass derzeit in Europa noch kein Grund für Alarmismus besteht, jedoch seien Vorsicht und Aufmerksamkeit nötig. „Das Diskreditieren von journalistischer Arbeit ist historisch ein Kennzeichen autoritärer Regime. Daher sind alle demokratischen Kräfte aufgefordert, die Medien vor unqualifizierter Kritik zu schützen“, sagt Josef Trappel von der Uni Salzburg. Das Ausmaß, in dem Medien in Österreich kritisiert werden, hält er jedoch noch nicht für demokratiegefährdend.

DEMOKRATIE
UNTER DRUCK



GESUNDHEIT!
weniger ist nicht mehr

wenigeristnichtmehr.at

#wenigeristnichtmehr
fb.com/wenigeristnichtmehr

WIR FORDERN:



Keine weiteren Einsparungen!
Bei der Gesundheit gilt: **Weniger ist nicht mehr.**



**Breites wohnortnahes Angebot und individuelle Wahlmöglichkeiten
statt einheitlicher Staatsmedizin!**



Das, was im **Gesundheitssystem** gut funktioniert,
endlich **ausbauen und weiterentwickeln!**

Wie ein rechter Populist Indien regiert und was die schottischen Nationalisten umtreibt



Foto: Cyrle

✘ Die US-Amerikaner David Leavitt und David Torres bilden das Street-Art-Duo Cyrle. Ihr Bild in Los Feliz, einem Stadtteil von Los Angeles, ist zweideutig zu verstehen: Der Ausdruck „overthrown“ steht im urbanen Slang für „beim WC-Gang ausgestochen werden“.

Indien auf dem Weg in den Modi-Staat

Das Land, das sich gern die größte Demokratie der Welt nennt, wird gegenwärtig von einem Premierminister regiert, der sich Nazideutschland zum Vorbild nimmt. Narendra Modi ist ein Populist, der mit Hetze gegen Minderheiten erfolgreich ist.

Agnes Tandler

„Unser Land ist sehr in Misskredit gebracht worden“, klagte der Redner auf der Bühne im Madison Square Garden in New York. Er werde hart arbeiten, um die Wirtschaft wieder in Schwung zu bringen, versprach er 20.000 euphorisch jubelnden Zuhörern. Doch nicht US-Präsident Donald Trump begeisterte hier mit seiner brandgefährlichen Rhetorik die Massen, nein, der Redner war Indiens Premierminister Narendra Modi, der 2014 in New York zu seinen Anhängern sprach, fast ein Jahr bevor Trump seine erste Wahlkampfrede hielt.

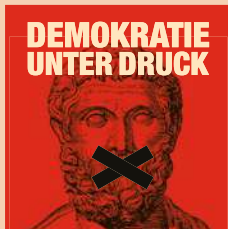
Modi, Mitglied einer ultrarechten Hindu-Organisation, deren Gründer sich Nazi-Deutschland zum Vorbild nahmen, hat viele Elemente des Aufstiegs von Trump vorweggenommen: Der Populist gewann Mitte 2014 die Wahl mit der Verteufelung religiöser Minderheiten, Hetze gegen die Medien und korrupte Eliten und mit einer guten Portion Machismus.

Früher als Trump hat Modi mit seinem feinen Gespür für Trends das politische Potenzial einer unbestimmten Unzufriedenheit mit der wirtschaftlichen Entwicklung des Subkontinents und der herrschenden Klasse wahrgenommen. Früher als Trump hat Modi auch die neue Macht der sozialen Medien erkannt. Der Premierminister unterhält zwei Twitter-Accounts, um direkt mit seinen 24 Millionen „Followern“ zu kommunizieren. Er gibt nur selten Pressekonzerte. Innerhalb von zweieinhalb Jahren hat Modi Indien, das sich gern als

die größte Demokratie der Welt bezeichnet, grundlegend verändert. Der Politiker, der sich bei den Massen als der Sohn eines armen Teeverkäufers verkauft, sitzt so fest im Sattel der Macht, dass sich Beobachter die Augen reiben. Selbst politische Fehlgänge, die andere Politiker die Karriere kosten würden, können Modi nichts anhaben. Die Opposition ist kraft- und führungslos, die Medien wagen kaum Widerspruch.

Ein Klima der Angst hat sich breitgemacht. Menschenrechtsorganisationen, Schriftsteller und Künstler, die sich kritisch äußern, werden als antinationalistisch beschimpft und vom rechten Mob bedroht. Selbst Legenden wie Bollywood-Schauspieler Aamir Khan bekamen dies zu spüren: Als der Filmstar 2015 die zunehmende Intoleranz im Land beklagte, wurde dem indischen Muslim geraten, nach Pakistan auszuwandern. Inzwischen hat Khan nur gute Worte für Modi.

Die Menschenrechtsorganisation Human Rights Watch zeigte sich in ihrem jüngsten Bericht besorgt über die Entwicklung. Gleichzeitig schwächelt Indiens Wirtschaft, die von Modi versprochenen Arbeitsplätze und das „Wachstum für alle“ bleiben aus. Und der Premier ist ein Meister der Manipulation, der die Unzufriedenheit der Massen auf die Schwachen richten kann: auf Muslime, auf Christen, auf Studenten, auf Kastenlose. Wann immer sektiererische Gewalt ihre hässliche Fratze zeigt, hat Modi stets weggeschaut.



Das politische Dilemma von Edinburgh

Mit dem Mittel der Volksabstimmung haben die schottischen Nationalisten jahrelang zugunsten der ersehnten Unabhängigkeit von London Politik gemacht. Jetzt setzt sie der Brexit unter Zugzwang.

Sebastian Borger aus London

Großbritanniens geplanter EU-Austritt stellt die schottischen Nationalisten vor ein besonderes Problem. Zwar kann die populäre Ministerpräsidentin Nicola Sturgeon von der regierenden Nationalpartei SNP zu Recht darauf verweisen, die Umwälzung geschehe gegen den klaren Willen der Schotten. Doch hat sie als Druckmittel wenig mehr als die Nuklearoption: ein zweites Referendum über die Unabhängigkeit der stolzen Nation vom übermächtigen England, wenige Jahre nachdem eine erste Abstimmung im September 2014 deutlich verlorenging.

Ironischerweise zählte damals die Mitgliedschaft im Brüsseler Club zu den Hauptargumenten der Unionisten: Unabhängigkeit bringe Unsicherheit. Am Ende entschieden sich 55 Prozent für den Verbleib in der Union mit England, Wales und Nordirland.

Vergangenes Jahr fiel das Verdikt noch deutlicher aus. Während England und Wales für den Brexit stimmten, votierten sämtliche Stimmbezirke Schottlands mit insgesamt 62 Prozent für den EU-Verbleib. Kurz vor Weihnachten präsentierte Sturgeon deshalb ein 50-seitiges Dokument. Es sah den Verbleib im Binnenmarkt samt anhaltenden Milliardenzahlungen ins Brüsseler Budget vor. Wenn Premierministerin Theresa Mays Regierung diese Lösung für das Vereinigte Königreich als Ganzes nicht wolle, müsse Edinburgh eine Sonderlösung

bekommen, findet die dortige Regierungschefin. Andernfalls sei die Unabhängigkeit wieder auf der Tagesordnung.

„Das hat Begehrlichkeiten geweckt“, glaubt der Soziologe Jan Eichhorn von der Uni Edinburgh in Anspielung auf jene Nationalisten, die ihre vorsichtig agierende Chef-in zum Handeln bewegen wollen. „Der Druck steigt.“ Dass Sturgeon ein zweites Referendum für 2017 ausgeschlossen hat, nahm die SNP-Basis noch ohne Murren hin. Wenn aber Londons Verhandlungen mit der EU schlecht verlaufen, womöglich die britische Wirtschaft abschmiert, könnte die Nuklearoption attraktiv werden. Frühestens im Sommer 2018, spätestens im Frühjahr 2019 würden die Nationalisten die Schotten erneut an die Urne rufen.

Das wäre ein hohes Risiko: Zum einen deuten die Umfragen bisher nicht auf einen Meinungsumschwung zugunsten der Unabhängigkeit hin. Zum anderen genießt die EU keineswegs uneingeschränkte Popularität. Immerhin entschieden sich auch hier 38 Prozent für den Brexit, darunter 30 Prozent SNP-Anhänger. Zu Recht könnten die Unionisten darauf verweisen, dass „unser Handel mit dem Rest des Landes viel größer ist als der Handel mit anderen EU-Staaten“, wie die konservative Oppositionsführerin Ruth Davidson sagt.

Geht das zweite Referendum noch in diesem Jahrzehnt über die Bühne und erneut verloren – dann, sagt Soziologe Eichhorn, „ist das Thema auf längere Frist beerdigt“. Sturgeon wäre dann nicht Schottlands Befreierin, sondern die Totengräberin der Unabhängigkeit. Keine frohe Aussicht.

Viele bezweifeln, dass ihre Stimme bei Wahlen Gewicht hat



Foto: Cyrle

✘ Cyrles Wandgemälde „Slave“ entstand 2014 im Rahmen eines Street-Art-Festivals in Montreal. Der auf den Kopf gestellte antike Tempel – oft Sinnbild für Demokratie – lässt Raum für Interpretation. Der durchgehende Strich findet sich in vielen Werken Cyrles.

Jeder Elfte findet eine Diktatur okay

Wie halten es die Österreicher mit der Demokratie? Zwei Drittel liebäugeln mit einer Expertenregierung, fünf Prozent sogar mit einer Militärdiktatur. Aber im Zweifel obsiegt die parlamentarische Demokratie.

Conrad Seidl

Haben Sie das Gefühl, mit Ihrer Stimme bei Wahlen etwas bewegen zu können? Diese Frage stellte das Linzer Market-Institut diese Woche mehr als 400 Wahlberechtigten. Knapp zwei Drittel stimmten zu – allerdings in unterschiedlicher Intensität: 22 Prozent sagten „auf jeden Fall“, 43 Prozent „eher schon“.

Ein Viertel der Befragten aber sagt „eher nicht“, und jeder elfte Befragte sagt sogar „sicher nicht“. Es sind besonders jüngere Wähler und erklärte Anhänger der Freiheitlichen, die an der Wirkmacht der eigenen Stimme zweifeln – und jene, die politisch unentschlossen sind oder angeben, ohnehin nicht wählen zu gehen.

Market-Wahlforscher David Pfarrhofer verweist noch auf einen anderen Zusammenhang: „Wir haben auch gefragt, ob die Leute mit dem Ausgang der Bundespräsidentenwahl zufrieden sind. Jene, die sagen, dass die Wahl in ihrem Sinne ausgegangen ist, sagen zu 90 Prozent, dass man durch Wählen etwas bewirken kann. Die, die vom Wahlergebnis enttäuscht sind, meinen auch, dass sie mit ihrer Stimme eh nichts erreichen können.“

Stichwort Bundespräsidentenwahl: Weiterhin sind nur 54 Prozent mit dem Wahlausgang zufrieden – das ist auch der Stimmenanteil, den Alexander Van der Bellen am 4. Dezember des Vorjahres er-

reicht hat. 19 Prozent äußern sich als wenig, 21 Prozent als gar nicht zufrieden mit dem Wahlergebnis der Stichwahl.

Und wie ist das mit der Demokratie so ganz allgemein? Market fragte: „Was halten Sie von der Demokratie, so wie sie in der österreichischen Verfassung festgelegt ist?“ 24 Prozent finden sie sehr gut, 55 Prozent gut – 13 Prozent weniger gut und nur vier Prozent gar nicht gut. Diese Einschätzung ist seit einer Vergleichsumfrage 2013 (im Vorfeld der Nationalratswahl) ziemlich unverändert.

DER STANDARD ließ die Befragten auch einen persönlichen Zeitvergleich anstellen: „Wie hat sich Ihrer Meinung nach das demokratische System in den vergangenen Jahren in Österreich entwickelt?“ Elf Prozent meinen, unser Land sei heute demokratischer als vor zehn Jahren, 37 Prozent sagen aber im Gegenteil, es sei weniger demokratisch als damals.

Die Vorgabe, einen Vergleich mit der Zeit von vor zehn Jahren anzustellen, markiert einen wichtigen Punkt in der Entwicklung der politischen Landschaft: Vor zehn Jahren ist mit der Regierung Gusenbauer wieder eine „große“ SPÖ-ÖVP-Koalition ans Ruder gekommen.

Die Anhänger der Koalitionsparteien haben aber keine signifikant bessere Einschätzung der demokratischen Entwicklung Österreichs als andere Befragte.

Und welches politische System würden die Österreicher vorzie-

hen? Market fragte – gesondert – unterschiedliche Modelle ab:

■ **Einen starken Führer zu haben, der sich nicht mit Parlament und Wahlen beschäftigen muss** – das erscheint einer Mehrheit denn doch zu heftig. 65 Prozent halten eine Diktatur für eine sehr schlechte Art, ein Land zu führen, 17 für eine ziemlich schlechte. Nur sechs Prozent halten eine Diktatur für ziemlich gut, drei Prozent für sehr gut.

■ **Eine Militärregierung** schneidet noch schlechter ab – diese findet nur ein Prozent sehr gut, vier Prozent sehr gut.

■ **Experten statt einer gewählten Regierung zu haben, die entscheiden, was am besten für das Land ist** – hier bröckelt das demokratische Bewusstsein schon deutlich: Zwölf Prozent fänden das sehr gut, 42 Prozent ziemlich gut. Nur elf Prozent sagen klar, dass das eine sehr schlechte Regierungsform wäre.

■ **Also dann doch das Bewährte, ein demokratisches politisches System.** Das finden 50 Prozent sehr gut, 38 Prozent ziemlich gut. Nur vier Prozent finden Demokratie ziemlich schlecht, zwei Prozent sehr schlecht.

Schließlich wurde erhoben, wo die Österreicher vermuten, dass es demokratisch zugehe – Pfarrhofer erläutert die Grafik: „Man würde annehmen, dass es einen engen statistischen Zusammenhang zwischen Unkenntnis eines Systems und der Vermutung, dass dieses undemokratisch sei, gibt, das trifft aber allenfalls auf EU-Institutionen zu. Die Sozialversicherung meint jeder zu kennen – dass deren Organe aber demokratisch besetzt sind, wissen und schätzen allenfalls 36 Prozent.“

Wo die Demokratie daheim ist

Frage 1: Es gibt ja verschiedene Einrichtungen, die für das Leben bei uns in Österreich wichtig sind – bei einigen weiß man besser, was sie tun, bei anderen weiß man es nicht so genau. Ich lese Ihnen nun einige Institutionen vor und bitte Sie, mir jeweils zu sagen, ob Sie im Wesentlichen wissen, was sie tun, oder ob Sie das eher nicht wissen. Beginnen wir mit:

Frage 2: Und in welchen dieser Einrichtungen, die für das Leben bei uns in Österreich wichtig sind, geht es Ihrer Meinung nach demokratisch zu, und in welchen geht es überwiegend nicht demokratisch zu? Beginnen wir mit:



CATI-Umfrage für den Standard, 18. u. 19. Jänner 2017, n = 431, maximale Schwankungsbreite +/- 5 Prozent

DER STANDARD

Wie Kinder die Prinzipien der Demokratie spielerisch lernen sollen

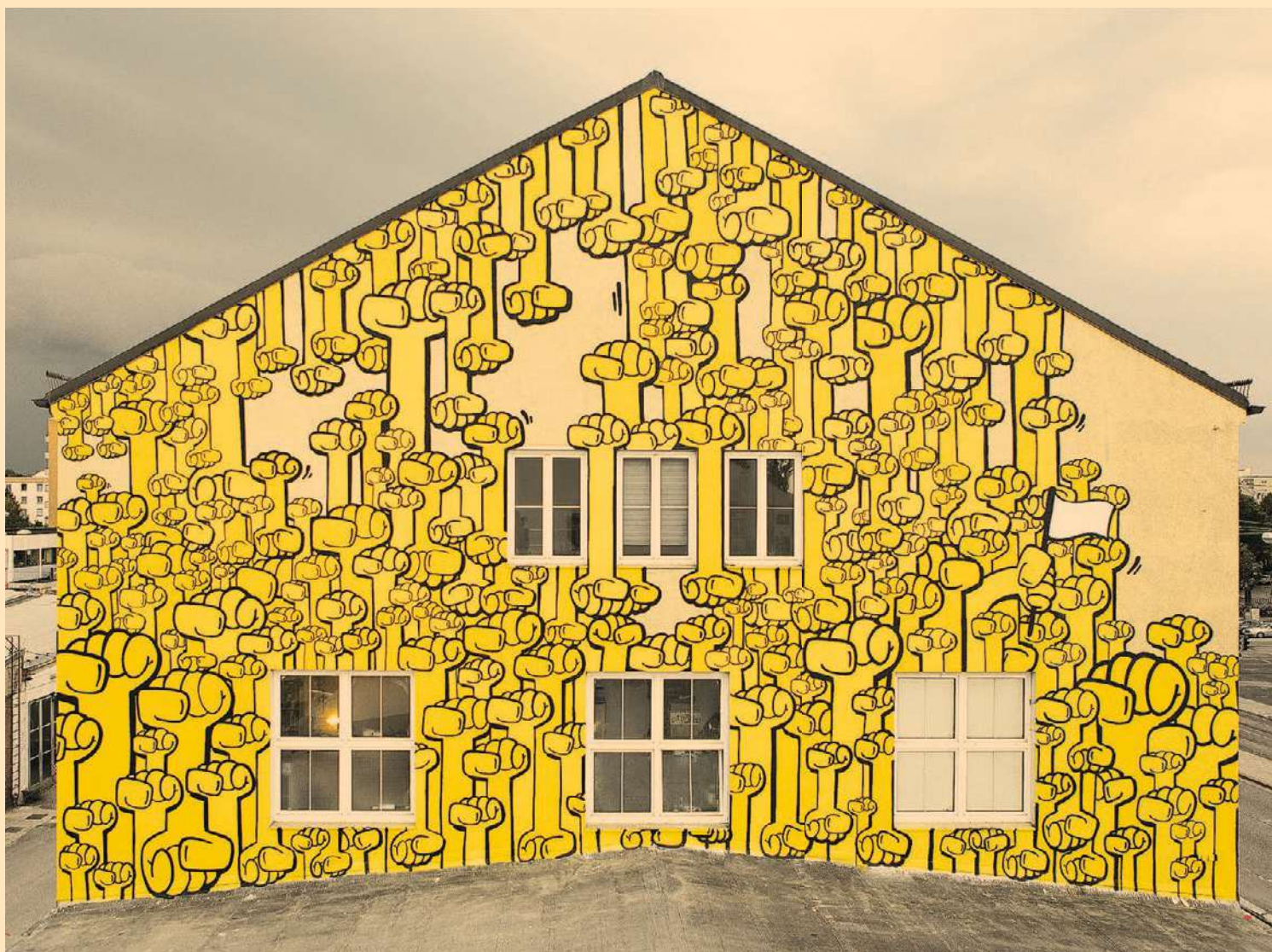


Foto: Hannah Sturm, Positive-Propaganda e. V.

✘ Die geballte gelbe Faust im Comicstil, oft ergänzt um die weiße Fahne, ist das Hauptmotiv des Berliner Künstlers Kripoe. Die Arbeit „Hands up“ in München entstand in Kooperation mit Amnesty International und auf Einladung des Vereins Positive-Propaganda e. V.

Wählen lernen kann schmerzen

In der Demokratiewerkstatt des Parlaments wird Kindern spielerisch der Staat erklärt und nähergebracht – die schönen genauso wie die weniger schönen Seiten der Volksherrschaft.

Katharina Mittelstaedt

Gesenkte Köpfe, ein Mädchen zuckt mit den Schultern. „Passt schon“, murmelt ein Bursche und kratzt sich am Kopf. Ein anderer stampft einmal wütend auf. „Mist“, schimpft er, hält sich danach aber gleich schuld bewusst die Hand vor den Mund. Wie so oft nach Stichwahlen – fast die Hälfte der Wählerschaft ist enttäuscht. Aber gut, hilft nichts. Nach vorn schauen. Gespalten ist die 3C deshalb nicht. Wird heute eben eine Zeitung produziert und kein Radiobeitrag gestaltet. „Ist das jetzt in Ordnung für alle, die anders abgestimmt haben?“, fragt eine der Betreuerinnen. „Ja“, rufen einige. So schlimm ist es doch nicht. So läuft das halt in einer Demokratie.

Ganz neu ist das Konzept den Achtjährigen nicht. Die Schüler einer Volksschule im 17. Bezirk Wiens haben auch bereits bei der Schulsprecherwahl abgestimmt. In der Demokratiewerkstatt des österreichischen Parlaments nehmen sie heute am Kurs zum Thema Partizipation teil. „Meine Meinung zählt!“ ist das Motto – aber gemacht wird eben, was die Mehrheit will.

Auch bei der nächsten Aufgabe: Es geht darum, aus einzelnen Feldern ein großes Spielbrett zu bilden. Doch in welcher Form? „Steeern“, ruft ein Mädchen. „Dreieck“, kreischt ein Bursche.

„Wäre es fair, jetzt einfach einen Stern oder ein Dreieck zu machen, weil die beiden am lautesten geschrien haben?“, fragt eine der Betreuerinnen des Kurses.

Dann spielt sie mit ihrer Kollegin eine Szene vor. Eine setzt sich einen Hut auf und sagt: „Ich fände ein Spielbrett in Form einer Blume schön.“ „Eine Blume? Leute mit Hut nehme ich nicht ernst“, sagt die andere. Die Kinder schauen gebannt zu. Ein Mädchen schreitet vorsichtig ein: „Ich finde eine Blume auch schön“, sagt es leise. Die beiden ignorieren den Zwischenruf. „Eine Blume ist eine komische Idee, das kann nur jemandem mit Hut einfallen“, triert die eine die andere weiter.

Schließlich wird aufgelöst, dass das nur ein Spiel war. Dass die beiden zeigen wollten, was ein Vorurteil ist. Dann wird demokratisch zwischen den verschiedenen Formen abgestimmt: Die Mehrheit will ein dreieckiges Spielbrett bauen.

Die Parlamentsdirektion bietet Werkstätten zu sechs verschiedenen Themen an. Zielgruppe sind Schüler im Alter zwischen acht und 14 Jahren. Fast an jedem Wochentag kommen zwei Klassen ins Palais Epstein am Ring – gleich neben dem Parlament. Die Schwerpunkte sind die Gesetzgebung, Medien, Partizipation, die Geschichte der Republik und Europa. Darüber hinaus werden wöchentlich Treffen mit Nationalratsabgeordneten organisiert.

Am Ende der vierstündigen Workshops soll jede Schulklasse eine Zeitung, eine Radiosendung oder einen Kurzfilm gestaltet haben. Eine Gruppe der Volksschulklasse aus dem 17. Bezirk hat sich in einem Artikel und einem Comic mit dem Thema Gleichberechtigung auseinandergesetzt. Edi malt deshalb Mädchen, die Fußball spielen und dafür einen Preis gewonnen haben.

Das Vorurteil „Frauen können nicht Fußball spielen“ sei nämlich Quatsch, sind er und seine Mitschülerinnen überzeugt. Eine der

Sportlerinnen bekommt rosa Haare, eine andere eine blau eingefärbte Frisur verpasst. „Das sind die komischsten Mädchen, die ich überhaupt je gesehen habe“, sagt Edis Sitznachbarin empört. „Nein, die sind nur besonders kess“, erklärt die Lehrerin.

Das Mädchen malt derweil einen Buben mit rosa Shirt, lila Hose, einer „Schweinsnase“, wie sie sagt, und einem bunten Puppenwagen. Der sei auch gar kein Klischee, sagt die Volksschülerin. Solche Buben seien ihr nämlich schon oft begegnet.

DEMOKRATIE
UNTER DRUCK



Foto: Christian Fischer

In der Partizipationswerkstatt dürfen Schüler über alles abstimmen – wie bei jeder demokratischen Wahl gilt das, was die Mehrheit will.

MELANGE

Werkstatt für Demokratie

Für Demokratie könne man eigentlich nie genug tun, meinte der frühere Bundesratspräsident Gottfried Kneifel: „Ich meine: Wir kämpfen und catchen auf einer Bühne, aber wir bewerben die Bühne an sich nicht.“

Der langjährige ÖVP-Politiker fand daher Gefallen an dem, was das Parlament in Wien unter dem Titel Demokratiewerkstatt veranstaltet und propagierte das auch in seinem Heimatland Oberösterreich.

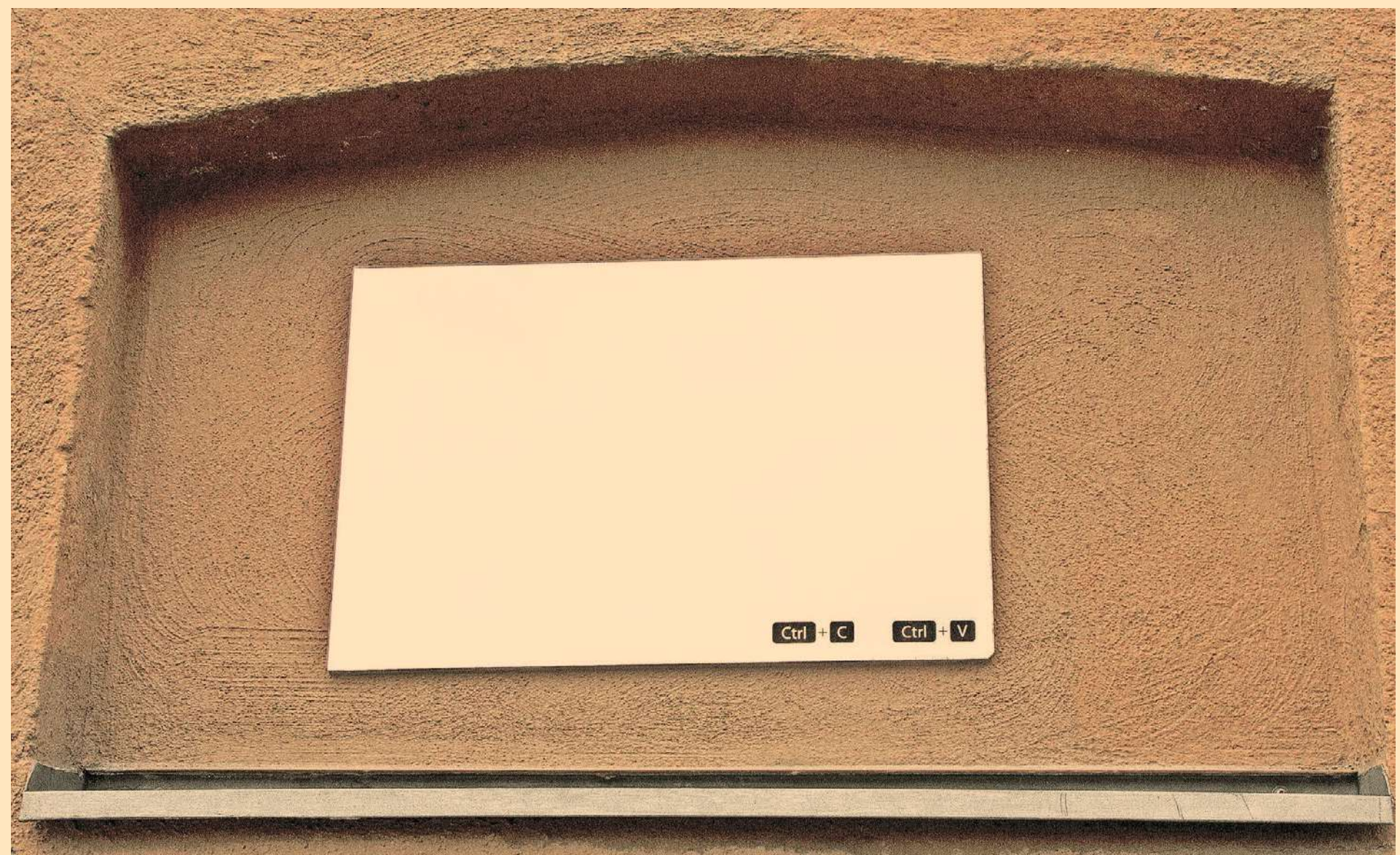
Dies fiel auf fruchtbaren Boden: Landtagspräsident Viktor Sigl plante, im oberösterreichischen Landtag ebenfalls eine Demokratiewerkstatt nach dem Vorbild des Parlaments in Wien einzurichten. Vorsichtshalber fragte er in Wien nach, ob so etwas denn auch gehen sei – und erfuhr, dass das eben nicht erwünscht wäre.

„Die Demokratiewerkstatt darf es in Österreich nur für Bundesdemokratie geben“, wundert sich Kneifel, „dabei sollte man glauben, dass die Republik doch so etwas wie ein Konzern ist, innerhalb dessen die Markenrechte gemeinsam genutzt werden können.“

Die Oberösterreicher ließen es sich allerdings nicht verdrießen. Die oberösterreichische Demokratiewerkstatt heißt nun eben Werkstatt für Demokratie und findet jährlich statt. (cs)



✗ Eine ungewöhnliche Variante der Street-Art: Der Künstler mit dem Pseudonym NoNAME installiert im öffentlichen Raum ungefragt Spiegel. Vorbegehende Menschen werden dadurch selbst zum temporären Werk. Den Spiegel auf ironische Weise beigefügt sind die Computertastaturbefehle „Ctrl + C“ und „Ctrl + V“ für Kopieren und Einfügen.



Wo geht es hin mit uns? Wenn wir so weiter-tun, landen wir in einer Katastrophe.“

Wir, das ist Österreich, für das So-weiter-Machen ist die Politik verantwortlich. Er, der Pensionist Franz S., Karopulli, kleiner Wohlstandsbauch, sieht das Land den Bach hinuntergehen. Franz sitzt mit einem Himbeerkracherl an der Theke bei Don Peppo, einem rustikal Hacklerimbiss in Greinbach in der Oststeiermark.

Es ist Mittag, und nach und nach strömen die Arbeiter aus der Umgebung ein. „Es muss sich dringend etwas ändern“, sagt der 68-jährige Franz und verschränkt seine Arme. Die da oben würden auf Kosten derer da unten leben. „Irgendwann“, da sei er sich sicher, „werden die Leute aufstehn.“

Franz sagt, seine Meinung würden viele teilen. Er rede mit den Greinbachern, die das sehen das auch. In der Tat ist er mit seinem Urteil nicht allein. Bei Don Peppo nicht, in Österreich nicht. Der Pessimismus hat sich im Land breitgemacht. Was in der Zukunft passiert, weiß keiner, dass sie aber schlechter wird, denken immer mehr. Den Pessimisten zuzuhören lohnt sich. Denn sie, die Zukunftsängstlichen, die Verunsicherten, die Schwarzmalern, sind drauf und dran, eine Mehrheit im Land zu werden.

So viele Pessimisten wie nie

Im Dezember haben in Greinbach, einer 1800-Seelen-Gemeinde, an die 80 Prozent für Norbert Hofer gestimmt. Seine Wähler waren großteils Pessimisten, sagen Meinungsforscher. Wer verstehen will, was sie antreibt, ist, ist hier in Greinbach gut aufgehoben.

Fast jeder zweite Österreicher erwartet mittlerweile, dass sich die Lebensqualität in den nächsten fünf Jahren verschlechtert. Die Zukunftsangst hat in den vergangenen Jahren stark zugenommen,

so viele Pessimisten wie jetzt gab es noch nie, sagt der Sozialwissenschaftler Christoph Hofinger.

Wenn sich so viele Menschen vor der Zukunft fürchten, bleibt das nicht ohne Konsequenzen. Denn während gar nicht so weit von der österreichischen Grenze, in Budapest, Warschau oder Ankara, illiberale Kräfte auf dem Vormarsch sind, sagen auch hierzulande bereits 40 Prozent, es brauche einen starken Führer, der sich nicht um Wahlen und Parlament scheren muss.

Don Peppo ist mittlerweile packend voll, es riecht nach Bratfett, auf dem Menü steht Backhendl. Aus der Küche tönt der Dunstzug, im Lokal, durch das riesige braune Stützbalken ragen, breiten sich die Rauchschwaden aus.

„Die gehören nach der Reihe gekündigt“, sagt ein Tischler, der seinen Namen nicht in der Zeitung lesen will. „Die“ sind die Politiker. „Alles Trottel“, brüllt er, schaut verunsichert in die Runde und erntet Lachen und Nicken. Ein anderer regt sich über die Chauffeure auf, die Spitzenpolitiker oft durch die Gegend fahren. „Die sollen selber fahren“,



Die Greinbacher Greißlerin Karin K. bedient einen Kunden. Im Ort sind viele pessimistisch. „Keiner weiß, was kommt“, sagt Karin.

sagt er wütend, „mich fährt auch niemand.“

Dass die Menschen mit der Politik unzufrieden sind, ist alles andere als ein neues Phänomen. Laut dem Meinungsforscher Peter Hajek, der Daten für ATV erhebt, sagen seit vielen Jahren 70 bis 80 Prozent, dass sie über die Arbeit der Bundesregierung nicht gerade glücklich sind.

Die Politik als Sündenbock

Das liegt zum Teil auch daran, dass die Politik ein willkommener Sündenbock ist, sagt der Statistiker Ivo Ponocny von der Modul University Vienna. Er hat sich in einer Studie damit befasst, wie zufrieden die Österreicher mit ihrem Leben sind. Zwar geben die Menschen großteils an, glücklich zu

sein, bei genauerem Nachfragen stellte sich aber heraus, dass das nicht ganz stimmt. Er ist zum Ergebnis gekommen, dass 55 Prozent der Menschen „in ihrem Glück auffallend beeinträchtigt sind“. Von den restlichen Menschen fühlt sich die Hälfte gut, obwohl sie große Probleme hat.

„Die Leute schieben ihren Frust zum Teil auf die Politik“, sagt Ponocny. In der Psychologie nenne man das „Projektion“, man suche

sich für persönliche Schwierigkeiten einen Schuldigen, sehr oft sei das eben die Politik.

Ist es also der Frust im Hier und Jetzt, der den Blick in die Zukunft von immer mehr Menschen trübt? Wirft man einen Blick auf die Mittelschicht, die auch in Österreich seit 30 Jahren schrumpft, haben einige Leute durchaus Grund, frustrierter zu sein. Die Veränderungen sind nicht dramatisch, aber mehr Leute klettern nach oben oder fallen nach unten.

Mittelschicht unter Druck

„Sobald die Mittelschicht unter Druck ist oder sich unter Druck fühlt, werden die Herausforderungen für das demokratische System größer“, sagt der Meinungsforscher Peter Hajek. Der Lebensstandard des Großteils der Bevölkerung sei aber abgesichert, sagt er. „Den meisten Menschen geht es derzeit nicht so schlecht.“ Auch wenn sich die wirtschaftliche Lage für einige in den vergan-

genen Jahren etwas eingetrübt hat, können objektive Veränderungen nur einen kleinen Teil des wachsenden Pessimismus erklären.

Das zeigt auch eine Auswertung, die das Forschungsinstitut Sora für den STANDARD vorgenommen hat. 2014 sagten 37 Prozent der Arbeitnehmer, sie blickten pessimistisch in die Zukunft der österreichischen Wirtschaft. Damals lief es konjunkturell auch wirklich sehr

schlecht. Mittlerweile hat sich die heimische Wirtschaft aber stabilisiert, sie wächst wieder so schnell wie in anderen Ländern Europas, der Arbeitsmarkt entwickelte sich im Vorjahr stabil.

Jetzt schauen aber bereits 47 Prozent der Arbeitnehmer pessimistisch in die Zukunft. Obwohl sich die Daten gebessert haben, ist die Stimmung schlechter.

Die Greißlerin in Greinbach macht täglich um sechs Uhr auf und ist am Vormittag ein Treffpunkt für viele Pendler, Hausfrauen und Pensionisten. Den Eingang zu Karin's Nahversorger ebnet ein Stapel Bierkisten. Eine Runde Männer verlässt das Lokal mit den dottergelben Wänden, einer bleibt kurz stehen. Wie es um Österreich steht? „Nicht sehr rosig“, sagt er und huscht davon.

Karin, lange, blonde Haare, Piercing auf der Oberlippe, Schal mit Zebrastrifen um den Hals gebunden, schmeißt hier den Laden. Sie nimmt gerade Geld entgegen,



Die Stunde der Pessimisten

Immer mehr Menschen sehen Österreich den Bach hinuntergehen. So viele wie jetzt waren es noch nie, sagen Meinungsforscher. Der Fatalismus macht sich breit im Land und bringt demokratische Spielregeln ins Wanken. Der Ruf nach dem „starken Mann“ wird lauter. Eine Reise zu den Schwarzmalern der Republik.

REPORTAGE: Andreas Sator, Maria von Usslar

von „Freddie“, einem älteren Herrn, der Zwieback und Biskotten erwirbt. Ihr gehe es sehr gut, sagt sie, schlecht sei die Stimmung hier nur, wenn es um die Politik gehe. Ob sich das Land in die richtige Richtung bewege? Sie lacht laut auf, schüttelt stürmisch den Kopf. „Na sicher nicht.“

Jeder habe Angst vor der Zukunft, sagt sie, während im Hintergrund das Gelächter einer Frauenrunde zu hören ist. „Keiner weiß, was kommt. Was wird mit den Jobs sein?“ Sie selbst komme aber gut aus, die Gemeinde zahle ihr die Miete, damit sie das Geschäft betreibt. „Es wird alles komplizierter“, sagt sie und zuckt mit den Schultern. „Ich glaube, es wird alles immer ärger werden.“

Unübersichtliche Welt

Aussagen wie jene von Karin kennen Meinungsforscher gut. Viele gehen davon aus, dass es Österreich schlechtergehen wird, „wesentlich weniger meinen aber, dass sie selber betroffen sein werden, dass es ihnen schlechtergehen wird“, sagt der Meinungsforscher Christoph Hofinger. Schon 2014 hat in einer Sora-Befragung ein Drittel der Menschen gesagt, „es ist heute alles so unsicher und wechselt so schnell, dass man häufig nicht mehr weiß, wonach man sich richten soll“. Aktuellere Werte dafür gibt es nicht, man kann aber davon ausgehen, dass sie nicht besser geworden sind.

Greinbach ist nicht nur eine Hochburg der Pessimisten, sondern auch Heimat von ÖVP-Klub-

obmann Reinhold Lopatka. Seinen grauen Audi A6, den er selbst fährt und der hier irgendwie nicht herpasst, parkt er vor dem Gemeindeamt. Zu Fuß ist es nur eine Minute bis zur Greißlerin. Lopatka, nimmt neben den vielen Bierkisten Platz, legt seinen schwarzen Mantel ab und bestellt Semmerl, Butter, Marmelade.

Er hat viele Erklärungen für den Pessimismus parat, den Strukturwandel, die vielen Bauern in der Gegend, die es nicht leicht hätten, Menschen würden wegziehen. In der Stadt seien viele bereits im Ausland gewesen, hier auf dem Land würden die Ängste überwiegen. „Brexit, Trump, EU-Krise, Türkei, Putin“, zählt er auf. „Wo ist der Lichtblick auf dem Planeten?“

Auch den Ärger mit der Politik verstehe er, was etwas heißen will, denn seine Partei, die ÖVP ist seit 1987 durchgängig in der Regierung. Große Reformen passieren kaum, bei den Pensionisten tue sich auch wenig. Die Menschen seien verunsichert, die Kriminalität im Bezirk nicht gestiegen, 90 Prozent würden aber das Gegenteil glauben. „Es hilft nicht, mit der Statistik zu kommen“, sagt er. „Da muss man reagieren.“ Um die Verfasstheit der Demokratie macht er sich Sorgen. „Man muss aufpassen, dass es nicht gefährlich wird, weil Protestparteien am Rand die Mitte als stärkste Kraft ablösen.“

Flüchtlinge im Ort

Man dürfe aber nicht alles negativ sehen, im Ort habe man im Gewerbetpark hunderte Jobs geschaf-

kender Stierkadaver. Sei sehen aus, als hätte jemand eine Düse an ihre Stirn gehalten, alle Innereien herausgesaugt und hunderte von ihnen fein säuberlich übereinandergestapelt. In 2,5 Wochen können sie dann über ein Sofa, einen Autolenker oder einen Flugzeugsitz gezogen werden. Wollsdorf in Sankt Ruprecht an der Raab, hier produzieren einige Hundert Mitarbeiter 24 Stunden am Tag, sieben Tage die Woche Leder.

Die Hälfte der Leute ist nicht aus Österreich, in der lauten, nassen, schmutzigen Fabrik arbeiten fast nur Ungarn, Rumänen, Slowenen. „Babylonisches Sprachgewirr“ nennt das der Chef. 16.00 Uhr. Die zweite Schicht macht Pause.

Der Ausländeranteil in Greinbach liegt bei nur 3,9 Prozent. Trotzdem stoßen sich viele Menschen an der Zuwanderung. Es ist ein bekanntes Phänomen: Dort, wo wenige Ausländer leben, denken Menschen negativ über sie. Wer mit jenen ins Gespräch will, die täglich mit Ausländern zu tun haben, muss eine halbe Stunde mit dem Auto gegen Süden fahren. Dort steht ein Laster voller stin-

garn nicht ungerne hier. Cottfried (55) sitzt abseits und blättert in einem Kleinformat. Er trägt eine Brille, seine Zigarette hat er lässig zwischen Zeige- und Mittelfinger gewickelt. Für ihn ist Sicherheit das wichtigste Thema, es werde sicher noch ärger. „Nur noch eine Frage der Zeit, bis auch bei uns eingebrochen wird.“ Wer mit den paar Österreichern redet, trifft hier durchwegs Pessimisten.

Es ist ein bisschen so wie in einem Flieger. Dass er abstürzt, ist sehr unwahrscheinlich, trotzdem steigen viele mit Bauchweh ein. Vor dem viel gefährlicheren Auto fürchten sie sich nicht. Dort hat man den Lenker in der Hand. Derzeit wackelt der Flieger, und die Österreicher halten den Piloten für höchst inkompetent. Daher der Ruf nach einem starken Führer.

Lupenreine Demokraten waren einige nie, wie Friesls Buch zeigt. Die Zahl der Demokratieskeptiker liegt konstant bei etwa 15 Prozent, auch in der Zeit, als die Wirtschaft besser lief und die Welt noch übersichtlicher schien, gab es viele.

Das System wirklich infrage stellt aber eine nur kleine Minderheit, von radikalen Änderungen spricht auch in Greinbach niemand. Die Polizei müsse härter durchgreifen können, einer allein regieren, der einmal richtig aufräumt. Die Regeln der Demokratie werden verhandelbarer, Taburüchke akzeptabel – wie in den USA. „Die Politik darf die Menschen beim Interpretieren der Welt nicht alleinlassen“, sagt Autor Friesl. Und muss die Frage des Greinbachers von ganz am Anfang beantworten: Wo geht es hin mit uns?



Ein Mann entlädt einen Laster voller Stierhäute, aus denen bald Leder wird. Viele Arbeiter bei Wollsdorf sehen die Zukunft düster.

Über Wähler, die sich ausklinken, und solche, die nicht mitmachen dürfen

Viele Nichtwähler sind wütend

Wer nicht zur Wahl geht, ist desinteressiert, sagt das Vorurteil. Falsch, erwidern Experten und der Gründer der „Nichtwählerpartei“. Auch Verweigerer haben eine Botschaft. Um sie zurückzugewinnen, brauche es aber neue Wege.

Birgit Baumann aus Berlin

Das gab Ärger. Vor der letzten Bundestagswahl im Jahr 2013 erklärte der Philosoph Richard David Precht, dass er gar nicht wählen gehe, weil die Wahl ohnehin „belanglos“ sei. Sein Philosophenkollege Peter Sloterdijk verweigerte sich auch, wusste nicht mal, wann Wahltag ist. Schauspieler Moritz Bleibtreu bekannte, überhaupt noch nie in einer Wahlkabine gewesen zu sein.

Sie wurden scharf kritisiert, doch Zustimmung gab es auch. Nicht wählen zu gehen wird schließlich immer salonfähiger. Waren das noch Zeiten, als Bruno Kreisky (SP) 1970 Josef Klaus (VP) als Bundeskanzler ablöste. Bei der Nationalratswahl betrug die Wahlbeteiligung 90,95 Prozent. In Deutschland sah es zwei Jahre später, als Kanzler Willy Brandt (SPD) sich behaupten konnte, nicht anders aus, die Chronisten vermerkten eine Wahlbeteiligung von 91,1 Prozent.

Es sind Werte, von denen Politiker heute nur träumen können. Bei der Nationalratswahl 2013 machten nur noch 74,9 Prozent der Wahlberechtigten ihr Kreuz auf dem Wahlschein. Bei der Bundestagswahl im selben Jahr waren es nur 71,5 Prozent. Und man kennt in Deutschland noch viel mehr Schwund.

Wahllos von Ost bis West

Im ostdeutschen Sachsen-Anhalt zog es 2006 nur 44,4 Prozent zu den Urnen, selbst in Bayern, wo doch so vieles so vorbildlich ist, wollten bei der Landtagswahl 2003 lediglich 57,1 Prozent der Wahlberechtigten ihre Stimme abgeben. Die Menschen interessieren sich halt immer weniger für Politik, heißt es oft bedauernd zur Erklärung – gefolgt natürlich vom Versprechen, dass man sich jetzt echt darum kümmern müsse.

„Es stimmt aber nicht, dass sich Nichtwähler durch die Bank nicht für Politik interessieren“, sagt Oskar Niedermayer, Politologe an der Freien Universität Berlin zum STANDARD. Er forscht seit Jahren auf diesem Gebiet und hat jene, die nicht wählen gehen, in vier Gruppen eingeteilt. Die unechten Nichtwähler betreten am Wahltag kein Wahllokal, weil sie gar keine

Wahlbenachrichtigung erhalten haben oder krank sind.

Dann gibt es die politikfernen Nichtwähler, die sich tatsächlich nicht die Bohne für Politik interessieren. Am größten sind die letzten beiden Gruppen: die unzufriedenen Nichtwähler und die konjunkturellen Nichtwähler. Letztere sind im Wortsinn wählerisch.

Sie beteiligen sich etwa an der Kommunalwahl in ihrer Stadt, nicht aber bei der Landtagswahl.

Unzufrieden mit dem Angebot

Im Gegensatz zu ihnen verweigern sich die Unzufriedenen komplett und gehen gar nicht wählen. Aber eben nicht, weil sie sich nicht für Politik interessieren,

sondern weil sie mit selbiger seit langem unzufrieden sind.

Der Kölner Hotelier Werner Peters ist so einer. Früher war er einmal CDU-Mitglied, jetzt bekennt er jedoch freimütig: „Ich habe seit 30 Jahren nicht mehr gewählt.“ Das Zitat des US-Präsidenten Abraham Lincoln (1809–1865), „Wahlen sind Sache des Volkes, die Ent-

scheidung liegt in seiner Hand“ kann ihn ebenso wenig überzeugen wie der oft zitierte Spruch, wonach das Wahlrecht das vornehmste Bürgerrecht sei – hart erkämpft und daher gefälligst nicht zu vernachlässigen.

Peters hat 1998 sogar die „Partei der Nichtwähler“ gegründet. „Ich weiß: Nichtwähler ins Parlament zu bringen, das ist total paradox“, sagt er. Aber darum gehe es auch nicht wirklich. Vielmehr wollte Peters aufzeigen, dass Nichtwähler mit dem System unzufrieden und wütend über Politiker sind. Darüber beispielsweise, dass in Hinterzimmern gemauschelt wird. Dass die CSU ihre Ausländermaut in der Koalition durchsetzen konnte, obwohl weder CDU noch SPD sie wollte.

Pool der Nichtwähler

Peters Rezepte gegen die Politikverdrossenheit lauten: viel mehr Volksabstimmungen, Begrenzung von Mandaten und Regierungsämtern auf zwei Legislaturperioden, Aufhebung des Fraktionszwanges (Klubzwanges).

Um zu zeigen, „dass auch Nichtwähler etwas zu sagen haben“, schlägt er eine radikale Wahlreform vor. Die Hälfte der Bundestagsmandate soll per Los ermittelt werden, und zwar aus einem Pool von Nichtwählern, die sich bereit erklären, wenn das Los auf sie fällt, ins Parlament zu gehen. Politik würde dann anders aussehen, viel „bürgernäher“, ist Peters überzeugt.

Auch Politologe Niedermayer ist der Ansicht, dass man neue Wege gehen müsse, um die Wütenden und Frustrierten zurückzugewinnen. Er sieht auch bei den etablierten Parteien wachsende Nervosität. Früher blieb, wer mit dem Angebot nicht einverstanden war, am Wahltag zu Hause. Heute wird zunehmend AfD gewählt. Die rechtspopulistische Alternative für Deutschland bekommt die meisten Stimmen aus dem Nichtwählerlager.

Im Jahr 2000 habe man den FDP-Politiker Guido Westerwelle noch ausgelacht, als er sich in den *Big Brother*-Container setzte. Aber, so Niedermayer: „Es gibt Menschen, die man mit normalen politischen Formaten längst nicht mehr erreicht, vielleicht aber in ihren Welten abholen kann.“



Foto: Mark Jenkins

✘ Eine Installation aus der Serie „trash“ von Mark Jenkins in London. Die Passanten werden unfreiwillig Bestandteil seiner Arbeiten, die Figuren sind aus Klebeband.

Die Angst vor der realen Bürgermacht

Neuartiges Mitbestimmungsmodell der Stadt Salzburg scheiterte an den ausgelagerten Gesellschaften der Kommune

Thomas Neuhold

Es hätte ein großer Wurf werden können: das Salzburger Modell für direkte Demokratie in der Stadt. Ausgehend von der Auseinandersetzung zwischen Teilen der Stadtregierung und einflussreichen Bürgerinitiativen um den Schutz der großen Stadtlandschaften vor Verbauung – Stichwort Grünlanddeklaration – verhandelten die Vertreter der Stadt und die Bürgerinitiativen ein neues Mitbestimmungsmodell.

Startschuss der Gespräche war 2011. Und entgegen aller Unkenrufe wurde man sich im April 2013 schließlich tatsächlich einig: Mit Ausnahme der ÖVP stimmten alle im Gemeinderat vertretenen

Parteien für das „Salzburger Modell“ und richteten das Ersuchen an den Landtag, das in der Landesverfassung festgeschriebene Stadtrecht zu ändern.

Das Modell war tatsächlich eine Novität und fand auch österreichweit viel Beachtung. Kern der Vereinbarung war, dass die Rechte von Bürgerinitiativen jenen von Gemeinderäten angepasst werden sollten. Die Hürden für die Mitbestimmung – also die Anzahl notwendiger Unterstützungserklärungen – richtete sich an den für ein Gemeinderatsmandat notwendigen Stimmen bei zuletzt abgehaltenen Wahlen. Und das Modell war mehr-

stufig. Erreicht eine Initiative das Äquivalent von einem Mandat, kann sie im Gemeinderat einen Antrag stellen; schafft sie die Wahlzahl für zwei Mandate kann sie ein Bürgerbegehren einleiten.

Die Skala reichte bis zu drei beziehungsweise fünf Mandatsäquivalenten, mit denen verbindliche Volksentscheide erzwungen werden können. Das Quorum dafür wurde mit zehn Prozent festgelegt. Bis zu einer Abstimmungsbeteiligung von 25 Prozent hätte der Gemeinderat mit Dreiviertelmehrheit den Volkswillen auch überstimmen können. Es gab auch Ausnahmen für die Bürgermitbestimmung –

etwa Personalentscheidungen im Magistrat.

Die Kehrtwende kam zum Jahreswechsel 2014/2015. Im Zuge der Ausformulierung des Modells durch die Legisten wurde klar, dass die Beteiligten unterschiedliche Erwartungen in die Mitbestimmung gesetzt hatten. Während die Bürgerinitiativen und auch die grüne Bürgerliste reale Macht verlangten, wollte die Rathausmehrheit bestenfalls eine Einbindung von Anrainerinitiativen, um beispielsweise Planungskonflikte rechtzeitig abzufangen.

Deutlich wurde das an der Frage der ausgegliederten Gesellschaften: Können die Eigentümervertreter der Stadt im Aufsichtsrat der Parkgaragengesellschaft, des Flughafens oder auch des Energie-

versorgers Salzburg AG per Volksentscheid zu einem bestimmten Stimmverhalten im Aufsichtsrat gezwungen werden? Oder dürfen die Bürger nur bei der Situierung von Spielplätzen mitreden?

Eine Mitbestimmung in Gesellschaften, die ganz oder teilweise im Städteigentum stehen, sei unmöglich, sagte Bürgermeister Heinz Schaden (SPÖ). Aufgaben und Handlungsoptionen von Aufsichtsräten und Eigentümervertretern seien im Handelsrecht festgelegt. Verstöße könnten strafrechtliche Folgen haben.

Der Antrag der Stadt an das Land, die direkte Demokratie im Stadtrecht zu verankern, wurde im Februar 2015 mit der Stimmenmehrheit von SPÖ und ÖVP zurückgezogen.

DEMOKRATIE
UNTER DRUCK



Warum große Sportevents immer öfter in nichtdemokratische Länder ausweichen

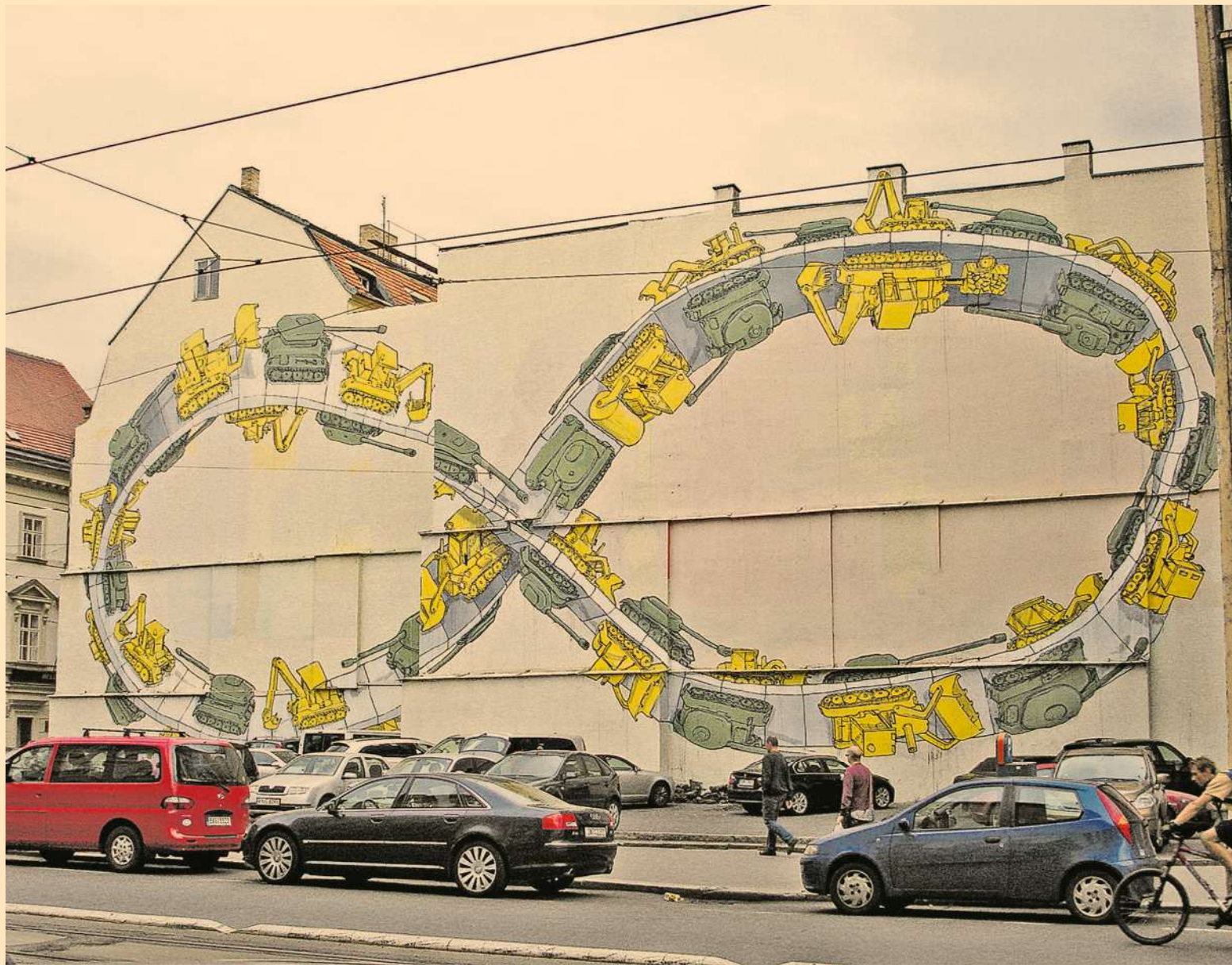


Foto: Sebastian Pohl

✘ Die Arbeit „Gaza Strip“ (Gazastreifen) des italienischen Künstlers Blu, zu sehen in Prag, ist ein kritischer Kommentar zum Nahostkonflikt – Baukran und Panzer in Endlosschleife. Banksy dient die israelischen Sperranlagen wiederholt als Maluntergrund.

Die gekaperten Ideale

Mitbestimmung und Sportgroßereignisse gehen kaum mehr zusammen. Vor allem das olympische Hochamt des Leistungssports wird zunehmend zur Sache autoritär regierter Staaten – auch zum Schaden der Demokratie.

Sigi Lützw

Es kommt nicht von ungefähr, dass die erste Aktion von Momentum die sogenannte NO-Olympia-Kampagne ist. Zwar strebt die in Ungarn im Entstehen begriffene politische Bewegung nichts weniger als die Ablösung der gesamten gegenwärtig herrschenden politischen Elite um Ministerpräsident Viktor Orbán an. Als Testballon steigt aber eine Initiative, die Olympiapläne der rechtskonservativen Regierung zu durchkreuzen. Die soll durch eine Unter-

schriftenaktion dazu gezwungen werden, ihre Bewerbung für die Sommerspiele 2024 in Budapest zurückzuziehen und sich mit den freiwerdenden Mitteln der Lösung „brennender sozialer Probleme“ zu widmen.

„Solange es in den Schulen keine Kreide, in den Spitalern kein WC-Papier gibt, solange darf es keine Olympischen Spiele geben“, sagt Andras Fekete-Györ, der Vorsitzende von Momentum. Diverse Zivilorganisationen hätten bereits ihre Hilfe zugesagt.

Mit Olympia, besser gegen Olympia, lässt sich trefflich mobi-

lisieren. Die Region Graubünden sowie die Städte München, Stockholm und Oslo, allesamt nicht nur aus Tradition und wegen ihrer vorhandenen Sportstätten-Infrastruktur nahezu ideale Olympia-Kandidaten, haben ihre Bewerbungen für die Winterspiele 2022 zurückgezogen – wegen der hohen Kosten, vor allem aber wegen mangelnden Rückhalts in der Bevölkerung. Norwegen stieg als letzter Bewerber aus. Die konservative Premierministerin Erna Solberg riskierte gar nicht erst eine Befragung der Hauptstädter, nachdem Referenden in der Schweiz und Bayern deutliche Niederlagen für die Olympia-Befürworter gezeitigt hatten.

Profitiert hat China, das sich gegen Kasachstan durchsetzte. Dass die Demokratur von Präsident Nursultan Nasarbajew im Gegensatz zur Volksrepublik mit Peking und Umgebung in Almaty eine Hostcity mit annehmbarer wintersportlicher Infrastruktur anbieten konnte, bestätigt jene, die den Olympiern nicht mehr über den Weg trauen.

Dass Olympia und Demokratie ungeachtet der nicht nur geografisch gemeinsamen Wurzeln – etwa das Bemühen um umfängliche Beteiligung – nicht mehr zusammengehen wollen, ist für beide eine eher bedauerliche Entwicklung. Schon fördert das Engagement gegen Gigantomanie, mangelnde Transparenz und die Kaperung olympischer Ideale durch multinationale Unternehmen direkt demokratische Prozesse. Umgekehrt steigt aber die Versuchung, eben jene abzuwürgen. So entschied der Deutsche Olympische Sportbund (DOSB) nicht zuletzt deshalb Hamburg ins Rennen um die Sommerspiele 2024 oder 2028 zu schicken, weil sich locker prognostizieren ließ, dass die Berliner einer Bewerbung ihrer Stadt auch angesichts kommunaler Planungsdesaster (Flughafen Berlin-Brandenburg!) eine krachende Abfuhr bescheren würden.

Dass sich dann auch die Hamburger mit knapp 52 Prozent gegen Olympia aussprachen, konnte als gerechte Strafe für die Verweigerung der Berliner Mitbestimmung empfunden werden.

Dabei sahen die hanseatischen Olympia-Adoranten just ihre Stadt als Modellprojekt der sogenannten Agenda 2020 von Thomas Bach. Das Reformpaket des Präsidenten des Internationalen

Olympischen Komitees (IOC) soll für eine Redimensionierung der Spiele, günstigere Bewerbungsprozesse und mehr Transparenz in der IOC-Gebarung sorgen. Dass sich die Hamburger statt des Gastspiels der fünf Ringe fünf weitere Philharmonien an den Elbstrand hätten stellen können, erwies sich aber als besseres Argument als die möglicherweise zu erreichenden hehren Ziele Bachs.

Entwundene Chancen

Demokratische Gesellschaften lassen sich Veranstaltungen wie Olympische Spiele auch als brauchbares Instrument für die Entwicklung einschlägiger Infrastruktur, damit einhergehender sportlicher Motivation und als erstklassige Gelegenheit für Inklusion entwenden. Zwar hinterließen die Sommerspiele 2012 in London vordergründig ebenfalls vor allem Nachnutzungskatastrophen und exorbitante Gewinne für Großkonzerne (und nicht zuletzt für das IOC), der Sport selbst gewann dafür in der britischen Gesellschaft deutlich an Stellenwert. Sportliche Leistungen von Menschen mit körperlichem Handicap wurden gar mit beispiellosem Enthusiasmus gefeiert („Meet The Superhumans“).

Zwei Jahre später, im Anschluss an die winterliche 50-Milliarden-Sause des Wladimir Putin in Sotchi, war die paralympische Herrlichkeit dann schon wieder Geschichte.

DEMOKRATIE
UNTER DRUCK



ZahlenLotto

1-90 Das andere Lotto

Ziehung vom 19. 1. 2017

Die Zahlen in gezogener Reihenfolge:

37 16 44 15 30

ToiToiToi
GLAUB ANS GLÜCK.

Ziehung vom 19. 1. 2017

3 9 3 0 6

Angaben ohne Gewähr

Politikwissenschaftliche Erklärungen für die Krisen der Demokratie



Foto: Escif

✘ Die Scheinheiligkeit des Westens in geopolitischen Fragen möchte der Spanier Escif thematisieren. Er bezieht Position gegen Waffenhandel, Neokolonialismus und korrupte Machenschaften. „Blood for oil“ (Blut für Öl) heißt sein Wandgemälde in Valencia.

„Liberale Weltordnung in Gefahr“

Harvard-Politologe **Yascha Mounk** hält das Jahr 2016 für den Beginn einer globalen Krise der Demokratie und erklärt, warum sich viele, vor allem junge Menschen für neue politische Experimente offen zeigen.

INTERVIEW: Anna Giulia Fink

STANDARD: Sie studieren Gefahren für Demokratien. Wie fortgeschritten ist die Krise der Demokratie?

Mounk: 2016 war ihr bisheriger Höhepunkt. Meine Befürchtung ist, dass noch einige bittere Jahre auf uns zukommen.

STANDARD: Sie haben Trumps Sieg als „schlimmsten Tag für die liberale Demokratie und für westliche Werte“ bezeichnet. Warum?

Mounk: Erstens sind unsere demokratischen Systeme nicht so sehr gegen Regierungschefs und Präsidenten mit autoritären Instinkten gewappnet, wie wir denken.

Trump könnte also machen, was Populisten etwa in Polen oder Ungarn schon seit Jahren machen: unabhängige Institutionen wie die Gerichte oder die Staatsbürokratie politisieren, gegen Meinungsfreiheit vorgehen, Repressalien gegen politische Gegner durchführen, am Wahlsystem drehen oder es für Minderheiten schwieriger gestalten, an Wahlen teilzunehmen.

STANDARD: Und die zweite Gefahr?

Mounk: Trump ist nicht nur ein der Demokratie gegenüber kritischer Regierungschef in einem kleinen Land, er ist der Anführer der sogenannten freien Welt. Damit befinden wir uns zum ersten Mal seit dem Zweiten Weltkrieg – vielleicht sogar seit Erfindung der Demokratie – in der Situation, dass der Präsident des mächtigsten Landes der Welt größere Sympathien für autoritäre als für demokratische Länder haben dürfte.

STANDARD: Der Westen wird sich in

Zukunft mehr an China oder Russland orientieren?

Mounk: Derzeit befindet sich die liberale Weltordnung in Existenzgefahr. Das mag Kritiker Amerikas freuen. Aber die Idee, dass eine Weltordnung unter Führerschaft Russlands, Chinas und des Iran besser oder menschlicher wäre als eine, die von den USA bestimmt wird, ist illusorisch. Sieht man, wie diese Länder mit ihrer Bevölkerung umgehen und mit welcher Gewalt sie sich international durchsetzen, dann sollte uns das eine Menge Angst machen. Sollten die USA in 20, 30 Jahren in der

Welt weniger bestimmen, als sie es in den letzten fünfzig Jahren getan haben, dann werden viele Menschen plötzlich Nostalgie für eine Ära empfinden, die sie lange kritisiert haben.

STANDARD: Warum gerät die Demokratie derzeit an so vielen Orten gleichzeitig in Gefahr?

Mounk: Die große Versuchung ist, auf jedes Land einzeln zu schauen und spezifische Gründe zu finden. Diese sind zwar zunächst einmal plausibel. Dass diese globale Krise der Demokratie entstanden ist, weil 40 verschiedene Gründe in 40 verschiedenen Ländern jeweils durch Zufall dasselbe Resultat produziert haben, halte ich hingegen nicht für plausibel.

STANDARD: Wie ist die Krise der Demokratie mit der Krise des Kapitalismus verbunden?

Mounk: Die Wirtschaft ist einer von drei Faktoren. In stabilen liberalen Demokratien hat der Durchschnittsbürger immer von einer

Generation zur nächsten eine Verbesserung der Lebensqualität erlebt: In den USA hat sich diese von 1935 bis 1960 verdoppelt und von 1960 bis 1985 noch einmal verdoppelt. Seit 1985 aber stagniert sie. Das verändert die Sicht der Menschen auf Politik. Der zweite Grund hat mit Identität zu tun: Demokratien sind monoethnisch, monokulturell gegründet worden. Es ist kein Zufall, dass die Demokratie in Österreich oder Deutschland gerade dann Fuß gefasst hat, als die Gesellschaft so homogen war wie nie zuvor – aufgrund des Zweiten Weltkriegs, des Holocausts, der Vertreibung. Diese Gesellschaften müssen ihre Identitäten neu erfinden, da sie multiethnisch und multikulturell geworden sind. Der dritte Grund ist die Geografie: Städtische und ländliche Gebiete stimmen sehr unterschiedlich ab, weil sie sich voneinander abgekoppelt haben. Zu diesen Faktoren kommt eine riesige technologische Revolution hinzu, die als eine Art Katalysator wirkt.

STANDARD: Populistische Parteien wie die AfD oder Italiens Fünf-Sterne-Bewegung bezeichnen sich als Sprachrohr der Bevölkerung und Verteidiger der Demokratie. Was wollen deren Anhänger: mehr, weniger, eine andere Demokratie?

Mounk: In Europa meinen wir mit „Demokratie“ oft viele Dinge gleichzeitig. Es ist hilfreich, sich zu erinnern, dass unser politisches System aus zwei Bestandteilen besteht: Liberalismus und Demokratie. Demokratie meint die Mechanismen, den Willen des Volkes in Politik umzusetzen. Was unser System attraktiv macht, ist, dass es gleichzeitig liberal ist, die

Rechte des Einzelnen respektiert. Derzeit sehen wir ein Zerfallen des Systems in seine Bestandteile. So entsteht ein „undemokratischer Liberalismus“: Der Rechtsstaat waltet zwar, die Eliten aber haben sich vom Volk abgekoppelt. Dagegen wird momentan rebelliert. Die AfD ist sehr illiberal eingestellt: Sie hetzt gegen Einwanderer, möchte den Rechtsstaat zum Teil aushöhlen, legt aber gleichzeitig auf Demokratie im engeren Sinne des Wortes sehr viel Wert. Sie spricht sich für mehr Volksabstimmungen aus, weil sie weiß, dass ein Großteil der Bevölkerung die Rechte seiner Mitbürger tatsächlich einschränken möchte. Es handelt sich also um eine „illiberale Demokratie“.

STANDARD: Wie holt man ihre Anhänger zurück?

Mounk: Es ist sehr schwierig, ideologische Grundfesten für etablierte Politik zu schaffen, die gleichzeitig auch visionär sind. Viele entscheiden sich lieber fürs Neue, selbst wenn sie dabei Bedenken haben. Wer Populisten bezingeln möchte, muss für die liberale Demokratie einstehen, muss erklären, dass vieles in unserem System durchaus bewahrenswert ist, und gleichzeitig einiges verändern wollen, vor allem in wirtschaftspolitischer Hinsicht.

STANDARD: Laut Ihren Studien sind vor allem Junge der Demokratie weniger verbunden. Warum?

Mounk: Junge Menschen haben heute weniger vom System, als sie

es einmal hatten, und sind diesem dementsprechend weniger verbunden. Dass gerade Jüngere, die nicht wissen, was es bedeutet, unter autoritären Gesellschaften zu leiden, vielleicht in den nächsten Jahren Erfahrung mit alternativen Demokratien machen könnten, könnte aber auch dazu führen, dass sie als Reaktion ein viel glühenderes Bekenntnis zur Demokratie ableiten werden.

STANDARD: Die Krise kann auch in etwas Positives umschlagen?

Mounk: Das ist die Hoffnung. Es ist durchaus möglich, dass negative Konsequenzen des Populismus langsam zutage treten werden – und sich Menschen schließlich darauf besinnen werden, wie gefährlich solche politischen Experimente sind. Einige von ihnen werden dann vielleicht zu dem System, dessen Vorteile sie einst für

selbstverständlich hielten, zurückkehren. Das pessimistische Szenario aber lautet, dass die ökologisch-gesellschaftlichen Grundbedingungen, unter denen liberale Demokratie bisher möglich war und stabil werden konnte, nicht mehr gegeben sind. Und dass wir jetzt – egal wie stark wir in den nächsten Jahren dagegen kämpfen werden – am Anfang des Endes der liberalen Demokratie stehen.

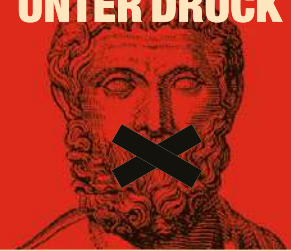
Langversion: derStandard.at

YASCHA MOUNK, 1982 in München geboren, ist Dozent für Politikwissenschaft an der US-Universität Harvard und forscht über Gefahren für die Demokratie.



Mounk schrieb das Buch „Echt, du bist Jude?“.

Foto: privat



Demokratie im Jahr 2017: Es ist kompliziert!

Demokratie ist schwierig, aufwendig und anstrengend. Das zeigte sich im Jahr 2016 allzu deutlich, und auch das Jahr 2017 droht mit Wahlen in Frankreich, den Niederlanden und Deutschland eher die Fragmentierung der Gesellschaft zu betonen. Nicht allein autokratische Strukturen führten zu politischen Eruptionen, der Brexit, die US-Wahl und das Erstarken der AfD in Deutschland passierten im Zuge von Wahlen. Im Moment leben so viele Menschen wie noch nie in Demokratien. Auf lange Sicht gesehen, war es um die Demokratie im letzten Jahrhundert nicht schlecht bestellt, doch in den letzten Jahren geriet das Modell Demokratie unter Druck. **Sebastian Pumberger** und **Michaela Köck** haben Daten und Fakten über den Status der Demokratie in der Welt zusammengetragen.

„Und die Demokratie, löst nicht auch diese sich auf durch die Unersättlichkeit in dem, was sie sich als ihr Gut vorsetzt?“
PLATON

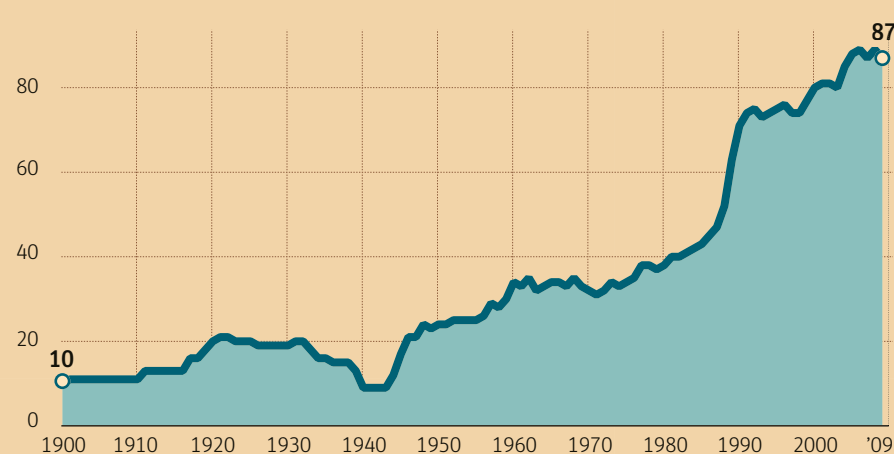
„Demokratie ist die schlechteste aller Regierungsformen – abgesehen von all den anderen Formen, die von Zeit zu Zeit ausprobiert worden sind.“
W. CHURCHILL



DEMOKRATIE IM HISTORISCHEN VERLAUF

1900–2009 | IN ABSOLUTEN ZAHLEN

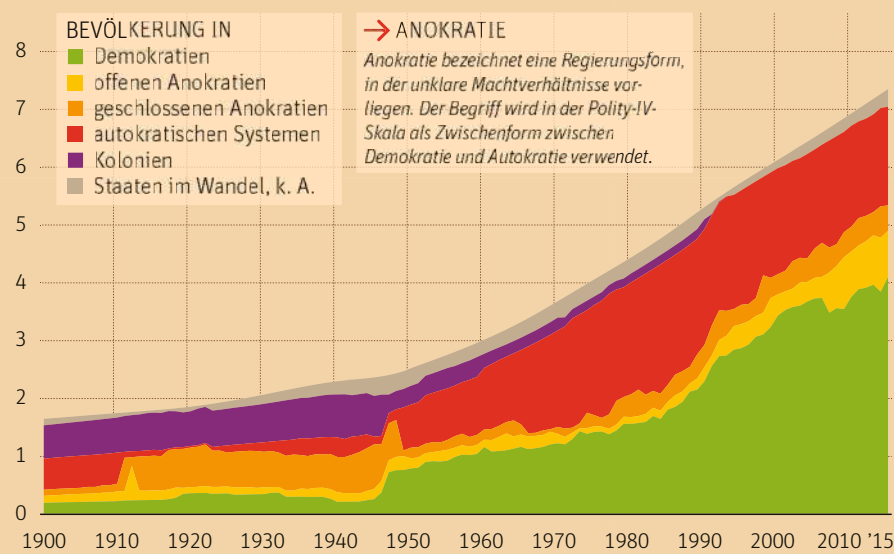
Demokratien waren Anfang des 20. Jahrhunderts noch eher die Ausnahme, erst nach dem Ende des Ersten Weltkriegs entwickelten sich vor allem in Europa vermehrt demokratische Staaten, die jedoch nur von kurzer Dauer waren. Der Zweite Weltkrieg reduzierte die Zahl der Demokratien auf ein niedriges Niveau. In der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts wuchs die Zahl der Demokratien stetig an, vor allem der Zerfall des Ostblocks führte zu einem starken Wachstum am Beginn der 1990er-Jahre.



Bis in die 1950er-Jahre war die Demokratie noch nicht die dominierende Form, 1945 lebten nur rund 10 Prozent der Weltbevölkerung in demokratischen Staaten, mehr als doppelt so viele lebten in Kolonien. **2015 lebten mehr als vier Milliarden Menschen in Demokratien**, rund **1,7 Milliarden Menschen in Autokratien**.

UNTERSCHIEDLICHE POLITISCHE SYSTEME

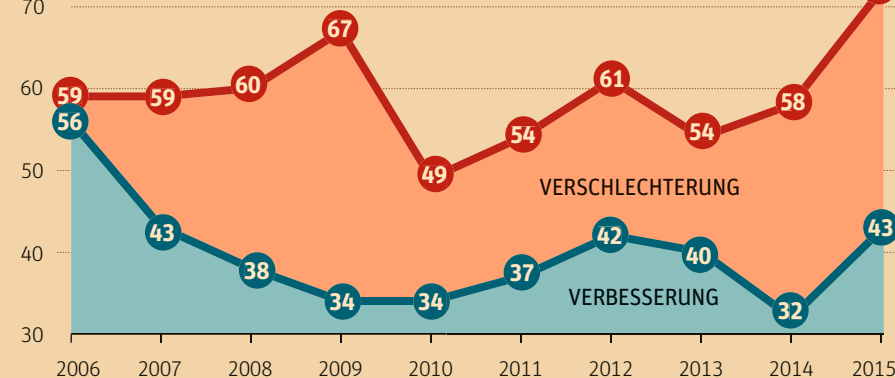
Bevölkerung weltweit 1900–2015 | in MRD.



Quelle beider Grafiken: <https://ourworldindata.org/> / Polity IV-Studie

FREIHEIT IN DER WELT

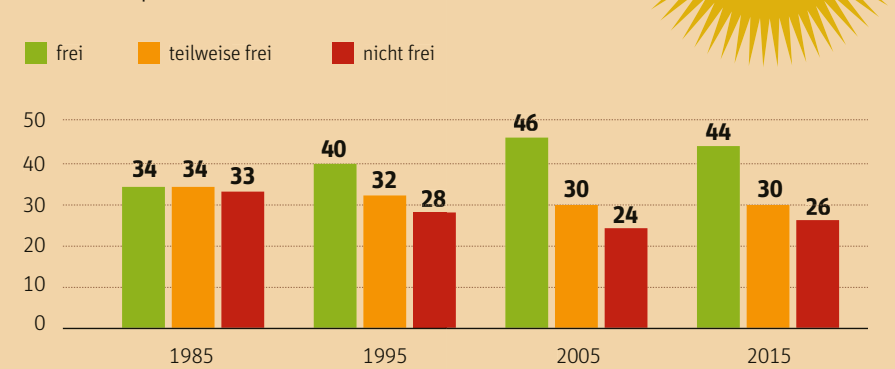
2006–2015 | ANZAHL DER LÄNDER, IN DENEN SICH DIE SITUATION VERSCHLECHTERT ODER VERBESSERT HAT



Der Bericht „Freedom in the World 2016“ der US-amerikanischen Nichtregierungsorganisation **Freedom House** zeichnet ein düsteres Bild von der Welt. Laut der Einschätzung der Experten lag in den letzten zehn Jahren die Zahl jener Staaten, in denen die Freiheit abgebaut wurde, konstant über jener der Staaten, in denen es zu mehr Freiheit kam. Die Experten führen dafür die Rolle Russlands, die Folgen und Zurückdrängung des Arabischen Frühlings und die zunehmende Stärke Chinas als Gründe dafür an, aber auch Zensur und Unterdrückung von Oppositionellen und Medien in Ländern wie Thailand, Türkei oder Äthiopien. Waren laut Freedom House im Jahr 2005 noch 46 Prozent der Staaten frei, so waren es zehn Jahre später nur 44 Prozent. Ein jahrzehntelanger Anstieg wurde so umgekehrt.

Nach Jahren des Anstiegs nun wieder Rückgang der Anzahl freier Länder

ANTEIL DER FREIEN STAATEN 1985–2015 | IN PROZENT



Quelle beider Grafiken: <https://ourworldindata.org/> / Freedomhouse.org

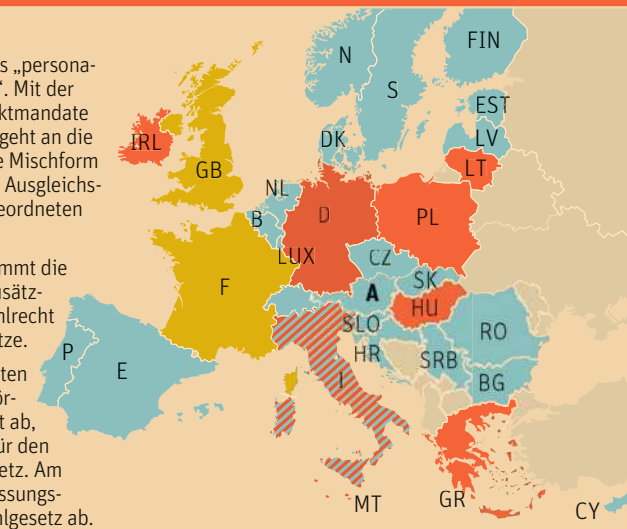
WAHLSYSTEME IN EUROPA

DEUTSCHLAND: Hier gilt das „personalisierte Verhältniswahlrecht“. Mit der Erststimme werden die Direktmandate bestimmt, die Zweitstimme geht an die jeweilige Partei. Durch diese Mischung kommt es zu Überhang- und Ausgleichsmandaten, die Zahl der Abgeordneten ist also variabel.

GRIECHENLAND: Hier bekommt die stimmenstärkste Fraktion zusätzlich zu den im Verhältniswahlrecht vergeben Mandate fünfzig Sitze.

ITALIEN: Im Dezember lehnten die Italiener ein mehrheitsförderndes Verhältniswahlrecht ab, deswegen existiert derzeit für den Senat kein gültiges Wahlgesetz. Am 24. Jänner stimmt das Verfassungsgericht über ein neues Wahlgesetz ab.

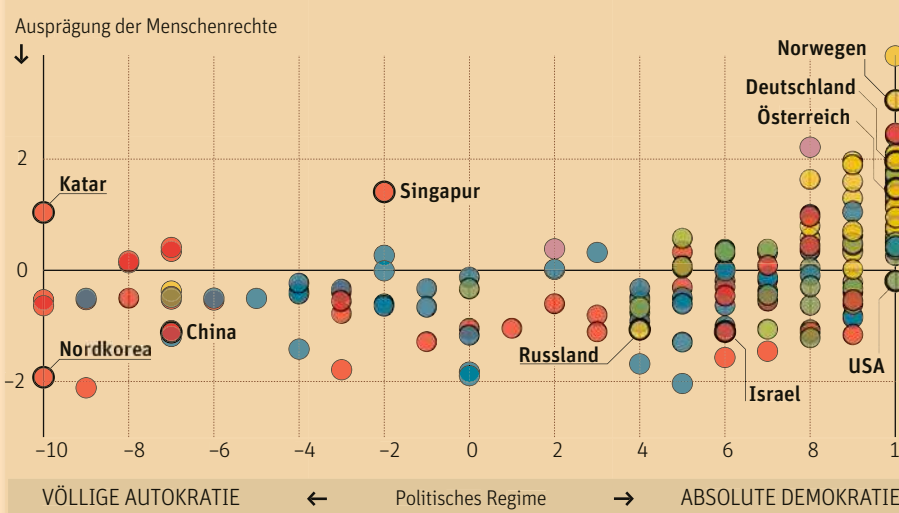
■ Verhältniswahlrecht ■ Mehrheitswahlrecht ■ Mischform
Quelle: eigene Recherche



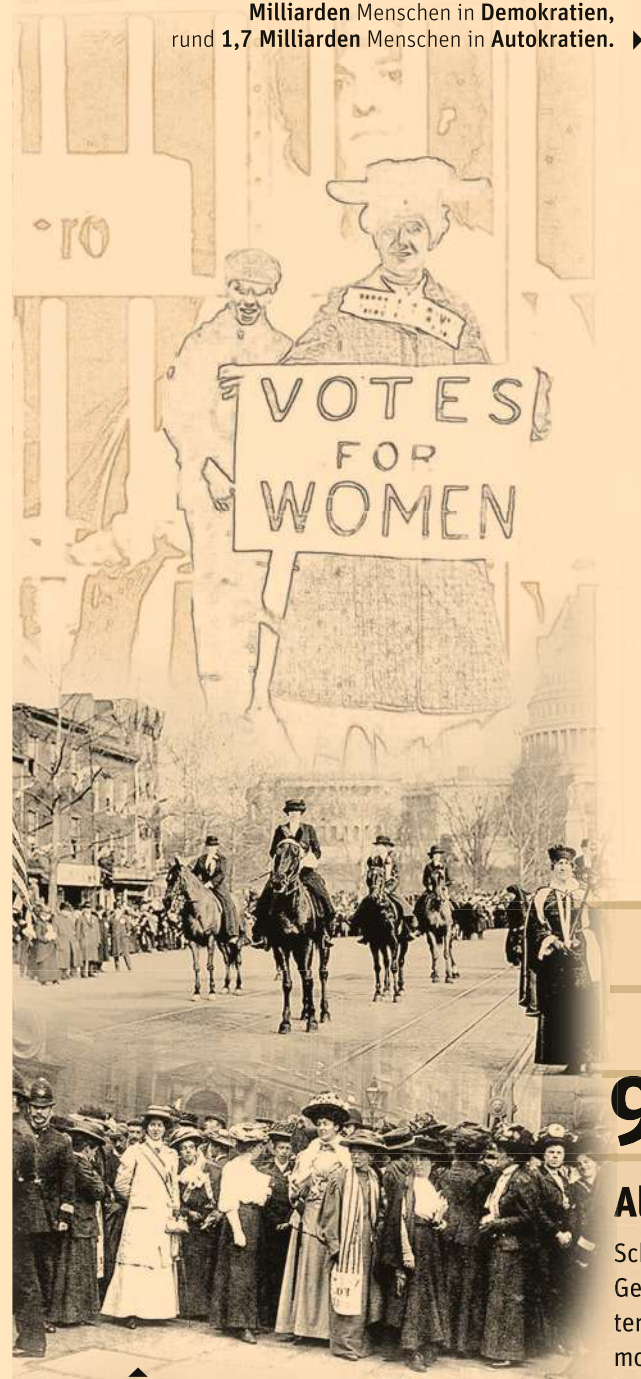
SPÖ-Chef Christian Kern schlägt eine Wahlrechtsreform vor und fordert einen Bonus für die Kanzlerpartei. Quasi ein Kunststück: ein mehrheitsförderndes **Verhältniswahlrecht**. Auch die ÖVP hat in der Vergangenheit mit Elementen des Mehrheitswahlrechts geliebäugelt. Doch wie sieht es sonst in Europa aus? Die meisten Staaten haben bei ihren Parlamentswahlen für die erste Kammer ein Verhältnisrecht, die zweite Parlamentskammer wird hingegen oft auch anders ermittelt. Ein klassisches **Mehrheitswahlrecht** haben nur Großbritannien und Frankreich, doch einige Staaten haben eine Mischung.

MENSCHENRECHTE VS. POLITISCHES SYSTEM

Stand 2014 ■ EUROPA ■ ASIEN ■ AMERIKA ■ AFRIKA ■ AUSTRALIEN & OZEANEN



Die Ausprägung der **Menschenrechte** und der Zustand des Staates korrelieren. So ist in Demokratien in der Tendenz die Menschenrechtssituation besser als in autokratischen Staatsformen. Luxemburg liegt beim Schutz der Menschenrechte an oberster Stelle, Österreich im oberen Mittelfeld.



930

Althing (Isländisches Parlament seit 930)
Schon 930 trat die Versammlung in Island zu Gericht und Gesetzgebung zusammen. Die Vertreter aus den Regionen hatten Stimmrecht. Das moderne isländische Parlament wurde schließlich 1844 in Reykjavik mit gleichem Namen eröffnet.

1893

Frauenwahlrecht (1893)
In Neuseeland erhielten Frauen das aktive Wahlrecht, gewählt konnten Frauen hier aber erst ab 1919 werden. In **Österreich** wurde **1918** das **Frauenwahlrecht** eingeführt. Als letztes westeuropäisches Land erhielt Liechtenstein 1984 das Wahlrecht für Frauen.

Antike Demokratie

Griechenland. Die Wiege der Demokratie ist Symbol und Bezugspunkt der Volkssouveränität bis heute. Doch auch damals war der demokratische Zugang beschränkt. In Athen waren nur männliche Vollbürger, keine Frauen und Sklaven stimmberechtigt.

Scheindemokratie

Demokratische Strukturen, Wahlen und Gesetzgebung allein reichen noch nicht für eine funktionierende Demokratie. Eine Reihe von Staaten schränkt Bürgerrechte massiv ein, Wahlen geraten zur Farce, Journalisten werden bedroht und verfolgt. Und trotzdem beanspruchen die Staatschefs für ihr Land den Begriff der Demokratie. Doch der Schein trägt, hier wird maximal ein Demokratieschauspiel gelenkt.



Demokratie in Österreich

Österreich hat seit 1918 die Demokratie, unterbrochen von den Jahren des Dollfuß-Schuschnigg-Regimes und der Nazi-Diktatur. **25 Wahlen** zum Nationalrat gab es in diesen **knapp 100 Jahren**.

Indien

Als größte Demokratie der Welt gilt mit über **1,3 Mrd. Menschen** Indien. Nach der Unabhängigkeit und Republikgründung wurde mit der Verfassung von 1950 die Demokratie eingeführt.

Demokratische Parteien werden auch auf der Straße herausgefordert. Pegida ebnete in Deutschland den Weg für die rechtspopulistische AfD.



PEGIDA-DEMO, DRESDEN 2016

Die Unzufriedenheit der Lehrlinge und ihr Hang zum Autoritarismus

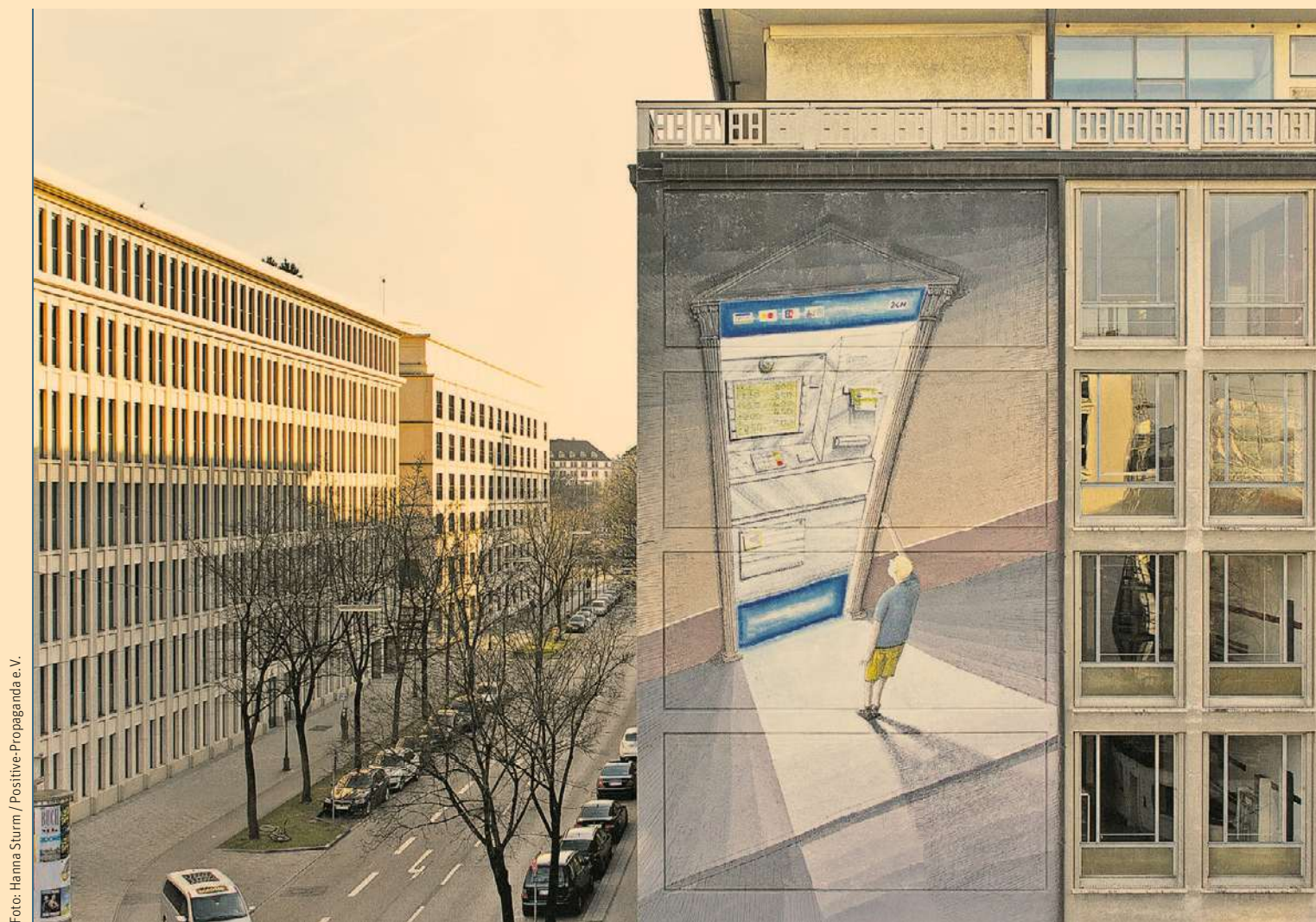


Foto: Hama Sturm / Positive-Propaganda e.V.

✘ Für Street-Art interessieren sich längst auch große Wirtschaftsunternehmen, was innerhalb der Szene als Ausverkauf kritisiert wird. Der Künstler Blu lehnt kommerzielle Anfragen grundsätzlich ab. In München malte er einen unerreichbaren Geldautomaten: „Salut“.

In die Arme des starken Mannes

Unter Lehrlingen ist der Hang zum Autoritarismus besonders ausgeprägt, wie eine neue Studie zeigt. Fast die Hälfte von ihnen erkennen in Wahlen und Parlament keinen Mehrwert. Aber woher kommt die Unzufriedenheit mit dem System?

András Szigetvari

Der Sieg Donald Trumps bei den US-Präsidentenwahlen und das Pro-Brexit-Votum haben eine weltweite Debatte darüber ausgelöst, was die Ursache für die zunehmende Unzufriedenheit der Wähler in Industrieländern ist. Perspektivlosigkeit und Angst vor sozialem Abstieg seien der Grund für die Umbrüche, argumentiert eine Denkschule.

Die Suche nach Erklärungen hat auch Österreich erfasst, seitdem der FPÖ-Kandidat Norbert Hofer nur knapp bei der Präsidentenwahl unterlegen ist.

Dabei erscheint aus österreichischer Sicht eine Gruppe von Wählern besonders interessant: Menschen mit Lehrabschluss. Eine Befragung des Sora-Instituts unter 1200 Wählern nach der ersten Bundespräsidentenwahl im Mai hat ergeben, dass 67 Prozent der Österreicher mit einer Lehre als höchster abgeschlossener Ausbildung für Hofer gestimmt hatten. Bei allen anderen Vergleichsgruppen war der FPÖ-Kandidat deutlich weniger beliebt gewesen.

Aber sind Menschen mit einem Lehrabschluss unzufriedener, und wenn ja, womit? Dazu lieferte die Befragung von Sora keine Angaben. Doch zeitgleich mit der Präsidentschaftswahl hat das Zentrum für Politische Bildung an der Pädagogischen Hochschule Wien (PH Wien) eine Untersuchung über die politischen und persönlichen Einstellungen von Lehrlingen in Österreich durchgeführt. Die Studienautoren Georg Lauß und Stefan Schmid-Heher wollten von 700 Wiener Lehrlingen wissen,

wie sie das politische System erleben, was sie von Demokratie im Allgemeinen halten und wie sie ihre beruflichen Chancen bewerten. Befragt wurden etwa angehende Köche, Kfz-Mechaniker, Tischler, Bankkaufleute und Friseur. DER STANDARD erhielt Einblick in die noch unveröffentlichte Untersuchung.

Regieren ohne Wahlen

Die erste Überraschung für die Studienautoren war, dass die überwiegende Mehrheit der Lehrlinge mit ihren beruflichen Zukunftsaussichten zufriedener war als gedacht. Die große Angst vor der Globalisierung scheint kaum vorhanden. Mehr als 80 Prozent bejahen etwa die Frage, ob ihnen ihre Ausbildung „viele Chancen für die Zukunft bietet“.

Der Sehnsucht nach dem „starken Mann“ tut dies aber keinen Abbruch. Zwar bekennen sich drei Viertel der Befragten, von denen alle über 18 Jahre waren, grundsätzlich zur Demokratie als Regierungsform. Aber 47 Prozent wünschen sich „eine starke Persönlichkeit an der Staatsspitze, die sich nicht um Parlament und Wahlen kümmern muss“. Es sei „bedenklich“, zu sehen, wie wenig Rückhalt es für diese beiden so fundamentalen Institutionen gibt, sagt Lauß.

Solche Werte sind für ihn und seinen Kollegen Schmid-Heher ein Zeichen dafür, dass der politische Autoritarismus in Österreich stärker wird. Das Institut für Jugendkulturforschung in Wien führt regelmäßige Befragungen

über die Einstellungen von Jugendlichen und jungen Erwachsenen durch. Laut diesen Jugendwertestudien ist der Anteil der Menschen, die einen starken Mann an der Spitze wollen, zwischen 2000 und 2011 von 21 auf 30 Prozent gestiegen.

Doch woher kommt der politische Frust bei Lehrlingen? Das Verblüffende ist, dass ihr individueller Optimismus und ihr negatives Gesellschaftsbild unvermittelt nebeneinanderstehen. Die persönliche Zuversicht erscheint auch nicht unbegründet. Am Arbeitsmarkt ist der Wettbewerb zuletzt zwar härter geworden – auch unter Menschen mit Lehrabschluss. Doch eine Lehre bietet nach wie vor viele Perspektiven.

Daher schlägt Lauß eine andere Erklärung als die Angst vor dem sozialen Abstieg für den Hang zum Autoritarismus vor. „Es erscheint evident, dass sich Österreich in eine Abwärtsspirale geredet hat“. Den meisten Menschen gehe es persönlich recht gut, und sie blickten optimistisch in die Zukunft. Aber weil „es schon beinahe zum guten Ton gehört, sich über Politik nur abfällig zu äußern“, erscheinen persönliche und gesellschaftliche Wahrnehmung widersprüchlich.

„Wenn jede politische Debatte in den Medien als Streit dargestellt wird, verwundert es nicht, dass die Verdrossenheit zunimmt“.

Der Ruf nach einer harten Hand wird aber nicht nur in politischen Fragen lauter. 75 Prozent der Lehr-

linge wollen, dass Disziplin und Gehorsam in der Gesellschaft wichtiger werden. Zwei Drittel können der Aussage, manchmal sei es besser, statt harter Strafen Gnade walten zu lassen, nichts abgewinnen. Ebenso viele fordern eine härtere Gangart gegen Unruhestifter.

Interessant ist, dass vor allem jene Menschen mit Demokratie wenig anfangen können, deren Antworten wenig kohärent sind, ja oft widersprüchlich erscheinen. So sehnen sich besonders jene Lehrlinge nach einem starken Mann, die mehr Disziplin fordern, es zugleich aber für gut befinden, wenn Regeln verletzt werden, damit etwas Neues entstehen kann.

„Weltbilder aus der auf Disziplin aufgebauten Industrie und der Innovationsgesellschaft prallen hier aufeinander“, meint Lauß. Diejenigen, denen es besonders schwerfalle ein Kohärenzgefühl herzustellen, sehnten sich anscheinend nach einem starken Mann, der für sie ihre Welt ordne, ergänzt Schmid-Heher.

Ruf nach Mitbestimmung

Mangelndes Demokratieverständnis, Autoritätsgläubigkeit, inkohärentes Weltbild – fragt sich, welcher Auftrag daraus erwächst. Eine Idee könnte sein, in der Schule anzusetzen. Aber politische Bildung ist für Lehrlinge bereits ein Pflichtgegenstand. Doch warum verfängt dieser Unterricht nicht stärker – ist das Fach sinnlos oder sind die Lehrer überfordert?

Schmid-Heher sieht das nicht so, ohne politische Bildung wäre die Lage „wahrscheinlich noch dramatischer“. Doch auch er sagt, dass es nicht reichen werde, den

Schülern die Bedeutung von Institutionen wie dem Parlament zu vermitteln. Ein Schlüssel zum Erfolg könnte sein, in der Schule stärker auf jene Fähigkeit zu fokussieren, die für eine Demokratie so wichtig ist: Mitbestimmung.

Wer denkt, er könne mitgestalten, ist mit der Demokratie zufriedener, wie viele Studien zeigen, so auch jene an der PH. Besonders bei Lehrlingen sei der Ansatz interessant, meint Schmid-Heher, „weil sie zu 80 Prozent ihre Ausbildungszeit in Lehrbetrieben absolvieren und Mitbestimmung nicht zu den Grundfesten des Arbeitsmarktes zählt.“

Nicht nur Schule gefordert

Aber wie die Zahlen aus der Jugendwertstudie zeigen, nimmt der Autoritarismus insgesamt zu. Der Politologe Lauß sieht daher die gesamte Gesellschaft gefordert. Sein Verdacht lautet, dass der Diskurs über Abstiegsängste selbstverstärkend wirke. Eine Gesellschaft müsse soziale Befürchtungen ernst nehmen. „Aber dazu gehört es auch, ständig zu hinterfragen, ob man sich an pessimistische Zukunftsszenarien nicht schon so sehr gewöhnt hat, dass sie das eigene Weltbild verdunkeln.“

Lauß und Schmid-Heher sehen auch die Medien gefordert. Demokratie brauche Lust an der Auseinandersetzung. „Konflikt ist der Normalzustand des Politischen, und in einer Demokratie wird er eben öffentlich ausgetragen“, sagt Lauß, „aber diese Überzeugung ist aus dem öffentlichen Diskurs in den Medien verschwunden“. Nachsatz: Ein wenig mehr gute Laune würde der Demokratie vielleicht auch guttun.



Die vergessenen Voraussetzungen für Demokratie

„Ängste treiben die Politik an“

Die Furcht vor Flüchtlingen und vor Terrorismus bedroht demokratische Grundwerte in Europa und den USA, sagt der US-Historiker **James T. Kloppenberg**. Nun ist der Zeitpunkt, da die Resilienz von Demokratien getestet wird.

INTERVIEW: Tanja Traxler

STANDARD: In Ihrem Buch „Toward Democracy“ haben Sie demokratische Entwicklungen in Frankreich, England und den USA in den vergangenen 300 Jahren analysiert – welche Charakteristika von Demokratien sind Ihnen begegnet?

Kloppenberg: Es bedarf spezieller Institutionen wie einer verfassungsmäßigen Regierung, die die Rolle der Gesetze sicherstellt. Doch das Hauptargument meines Buches ist, dass es neben diesen Institutionen bestimmte Voraussetzungen von Demokratie gibt, denen die Menschen oft nicht so viel Aufmerksamkeit beimessen, wie sie sollten. Dazu zählt das Prinzip der Volkssouveränität, das besagt, dass die Autorität dem Volk zukommt. Weiters die Verpflichtung zu Freiheit und Gleichheit. Das ist entscheidend, denn wenn es nur Mehrheitsentscheidungen gebe, können bei drei Leuten zwei beschließen, den Dritten zu versklaven. Daher bedingen sich die Verpflichtung zu Freiheit und jene zu Gleichheit gegenseitig, das eine bedarf des anderen.

STANDARD: Welche Voraussetzungen von Demokratie stehen aktuell speziell unter Druck?

Kloppenberg: Das Commitment zu Überlegungen, dass die Leute zusammenkommen und Fragen diskutieren, steht derzeit besonders unter Druck – auch in Anbetracht der Polarisierung der Politik in Europa und der USA im 21. Jahrhundert. Es gibt viele Leute, die meinen, dass Demokratie bedeutet, die eigene Position zu vertreten und sich weigern, einen Kompromiss zu finden. Doch Demokratie hat immer Kompromisse bedurft. Eine Demokratie kann nicht immer das bringen, was man selbst will. Eine weitere Voraussetzung, die aktuell besonders unter Druck steht – das gilt auch für Österreich –, ist Pluralismus und Differenzen zu akzeptieren. Die Menschen sind immer unwilliger, andere Menschen, die nicht wie sie selbst sind, zu akzeptieren.

STANDARD: Konnten Sie in Ihrer Langzeitanalyse eine Entwicklung des Demokratiebegriffs feststellen?

Kloppenberg: Ja, zum Beispiel haben wir heute ein vollkommen anderes Verständnis davon, wer Bürger ist. Keine der Nationen, die vor 300 Jahren mit Demokratie experimentierten, war gewillt, das Bürgerrecht auf Frauen auszuweiten. Man ging davon aus, dass Frauen durch ihre Männer abgedeckt werden. Eine ähnliche Veränderung war die Erweiterung der Rechte für farbige Menschen, die davon im 18. Jahrhundert ebenso ausgeschlossen waren. Im 20. Jahrhundert hat sich die Demokratie weiters von der politischen in die soziale und wirtschaftliche Sphäre



Foto: Blu

✘ Auf dem Höhepunkt der Euro- und Griechenlandkrise malte Blu sein Bild „Akropolis“ in Athen. Die meterhohen Arbeiten entstehen meist mithilfe von Kränen und Hebebühnen.

ausgeweitet. In Europa ist die Demokratie heute viel mehr entwickelt als in den USA, das merkt man etwa, wenn man die Krankenversicherungen vergleicht.

STANDARD: Können Sie aus der historischen Perspektive Vorhersagen ableiten, wie sich die Demokratie künftig entwickeln wird?

Kloppenberg: Als Historiker fühle ich mich dabei sehr unwohl. Es ist zum jetzigen Zeitpunkt fast unmöglich, hoffnungsvoll über die Tendenzen in Europa wie auch in den Vereinigten Staaten zu sein. Die Wählerschaft ist da wie dort tief gespalten. Es scheint aber breite Unterstützung dafür zu geben, die Rechte von Immigranten einzuschränken und den großzügigen sozialen Wohlfahrtsstaat zurückzufahren. Wir sind im Moment an einen Punkt einer instabilen Balance geraten.

STANDARD: Was sind Gründe dafür?
Kloppenberg: Die Politik wird von Ängsten angetrieben. Europa steht unter einem großen Druck durch die große Anzahl an Immigranten.

Die Vereinigten Staaten sind durch die unverhältnismäßige Angst vor dem Terrorismus unter Druck geraten. Man sollte bedenken, dass die Wahrscheinlichkeit viel größer ist, vom Blitzschlag getroffen zu werden, als von einem Terroristen getötet zu werden. Dennoch fürchten sich die Menschen extrem vor Terrorismus, und diese Angst scheint einen Großteil der amerikanischen Politik anzutreiben. Diese Ängste sind nicht völlig bodenlos, ich glaube nur, dass sie aus dem Lot geraten sind, gemessen an der tatsächlichen Bedrohung.

STANDARD: Welchen Einfluss könnte der neue US-Präsident auf die Entwicklung der Demokratie in den Vereinigten Staaten haben?

Kloppenberg: Die Resilienz von Demokratien wird an diesem Punkt getestet. Die Reaktion der amerikanischen Bevölkerung auf Donald Trump, auch die Reaktion der europäischen Bevölkerung auf

die rechten Demagogen, die in den vergangenen Jahren aufgetreten sind, werden entscheiden, ob diese Demokratien stabil bleiben, oder ob wir eine Periode der Unruhe erleben werden. Trump hat während seiner Kampagne klar gemacht, dass er kein klares Verständnis von der Verfassung der Vereinigten Staaten hat. Was ich aber gerne dazu sagen will, ist, dass die Verfassung ein gutes Verständnis von ihm hat. Egal, wie weitreichend die Absichten eines Präsidenten sind, es gibt Grenzen, was er tatsächlich tun kann. Ich kann auf die Frage nach der Zukunft nur mit dem Titel Ihrer Schwerpunktausgabe antworten: Die Demokratie ist gegenwärtig unter Druck.

STANDARD: Sie schreiben in Ihrem Buch auch, dass Demokratie zum weltweiten Ideal des Regierens aufgestiegen ist – warum gibt es dennoch immer wieder Rufe nach einem starken Mann?

Kloppenberg: Um das zu beantworten, müsste man sich wohl China oder den Mittleren Osten ansehen. Dort scheint es wenig Interesse an Demokratie zu geben und es sieht nicht so aus, dass sich das in der nächsten Zeit ändern wird. Aber im Westen ist der starke Mann, nach dem Leute rufen, einer, der demokratisch gewählt wird. Und wenn so ein starker Mann an der Macht bleiben will, muss er eine Wiederwahl gewinnen. Es gibt also gute Gründe, anzuzweifeln, dass ein demokratisches System so einfach außer Kraft gesetzt werden könnte. Das bekannteste Beispiel, wo das passiert ist, war Adolf Hitler. Ich denke aber, dass die Menschen nun viel alarmierter sind, die demokratischen Institutionen sind jetzt besser verankert und stabiler als sie es in den 1930er-Jahren waren.

STANDARD: Ist der Neoliberalismus eine Gefahr für Demokratie?

Kloppenberg: Ich denke, dass Demokratien Werkzeuge haben, den Markt unter Kontrolle zu bringen. Es bedarf nur der Bereitschaft der



„Demokratie kann nicht immer bringen, was man selbst will“, sagt der Historiker James T. Kloppenberg.

Foto: Harvard University

Menschen. Und das ist so frustrierend für linke Intellektuelle in den Vereinigten Staaten. Es gibt nichts Strukturelles, das die Leute davon abhält, Politiker zu wählen, die nicht zulassen, dass alle wichtigen Entscheidungen vom Markt getroffen werden. Es ist einfach nur eine Frage des politischen Willens. Der Neoliberalismus hat es geschafft, ein Klima zu schaffen, wo man immer davon ausgeht, dass die Regierung das Problem ist, und alle Probleme gelöst würden, könnte nur der freie Markt entscheiden. Aber die Menschen könnten auch Politiker wählen, die dem widersprechen. In den Vereinigten Staaten gibt es derzeit eine kulturelle Unruhe, die viele Leute spüren, weil sie meinen, dass ihre Nation von Menschen überrannt wird, die anders sind als sie. Diese kulturelle Unruhe hat zur Bereitschaft geführt, Marktkräften mehr zu vertrauen als der Regierung. Es gibt aber keinen offensichtlichen Grund dafür.

STANDARD: Was kann getan werden, um der Demokratie aus der Krise zu helfen?

Kloppenberg: Demokratie bedarf der Einsicht, dass der Gegner recht haben kann und man selbst unrecht hat. Dass das Gegenüber gewinnen kann und man selbst verlieren. Im Laufe der Geschichte hat sich gezeigt, dass das eine Art des Denkens ist, mit der sich viele Menschen nicht anfreunden konnten. Es obliegt jenen, die sich demokratischen Grundsätzen verpflichtet fühlen, zu erklären, warum wir denken, dass sie besser sind als die Alternativen.

JAMES T. KLOPPENBERG (65) ist Professor für Geschichte an der Harvard-Universität in Boston. 2016 erschien sein Buch „Toward Democracy“ (Oxford University Press, € 24,47) – eine Studie über Demokratie in Frankreich, England und den Vereinigten Staaten in den vergangenen 300 Jahren.

Vorsatz 2017:

Besser Englisch sprechen als die Politik

„Good tomorrow!“ ;)

+Babbel

Online Sprachen lernen

DEMOKRATIE
UNTER DRUCK



Das Kunstgenre Street-Art im Porträt



Foto: Hanna Sturm / Positive-Propaganda e. V.

✘ Shepard Fairey nützt die Ästhetik der Werbeindustrie für kritische politische Botschaften. Seine weltweit verbreitete „Obey Giant“-Kampagne soll den Blick für Propagandatricks schärfen. „Oil-based policy“ malte Fairey auf Einladung in München.

Zwischen Protest und Kommerz

Populismus, Teilhabe, kommerzieller Ausverkauf: In der globalen Street-Art-Bewegung spiegeln sich zahlreiche Phänomene wider, die im aktuellen Diskurs um Demokratie und deren Gefährdung zur Sprache kommen.

Stefan Weiss

Ihre Kunst wird gesprayed, gemalt, geklebt, geritzt und installiert. Die Wahl der Technik ist ebenso vielfältig wie die Wahl der Motive und die Orte des Geschehens: meterhohe Hauswände, politisch aufgeladene Sperranlagen in Krisengebieten, der öffentliche Raum in allen denkbaren Verwinkelungen.

Street-Art-Künstler wie Banksy, Blu, Mark Jenkins, Escif oder Shepard Fairey verstehen sich als Aktivisten, als Überbringer politischer Botschaften mit Mitteln der Kunst: oft humorvoll, einfach verständlich, aber niemals banal. Eine Bewegung ohne formale Proklamation, die sich seit den Nulljahren über die Metropolen aller Erdteile verbreitet hat.

Die Wurzeln der meisten Street-Art-Akteure liegen in Subkulturen, die weiter zurückreichen: Im Graffiti des Hip-Hop selbstverständlich, aber auch in der Formensprache des Punk mit seinen Garagenmagazinen und Plattencovern in Do-it-yourself-Optik. Politisch steht man links, nicht ideologisch verböhrt, aber mit der

klaren Forderung nach globaler sozialer Gerechtigkeit, jener Utopie, die unter Realo-Politikern oft nicht einmal mehr in Sonntagsreden Erwähnung findet.

Demokratie und ihre Gefährdungen sind in der Street-Art nicht nur Thema der künstlerischen Auseinandersetzung. Auch an der Bewegung selbst lassen sich wesentliche Punkte des Demokratiediskurses festmachen.

Da wäre zunächst die ästhetische Frage, ob sich Street-Art links-populistischer Mittel bedient. Zieht man in Betracht, dass sich Künstler wie Shepard Fairey bewusst an der Grafik der Werbung und politischen Propaganda orientieren, muss man sagen: ja.

Die Ingredienzien des Populismus – Verkürzung, Zuspitzung, eingängige Symbolik in Wort und Bild – werden bewusst genutzt, nicht aber ohne den eigenen Populismus durch das Mittel der Ironie einer Selbstbeschränkung zu unterziehen. Darin liegt auch der Unterschied zu vielen Formen rechtspopulistischer Propaganda.

Banksy gibt in seinem vielkopierten Bild *Flower Riot* dem Steinewerfer einen Blumenstrauß in die Hand. Escif dekoriert ein meterhohes Wandgemälde einer Blumenvase in München mit einem Muster aus Panzern, um auf die Verniedlichung deutscher Waffenexporte hinzuweisen.

Demokratie braucht diese Satire und Ironie, damit wir mit ihrem Enttäuschungspotenzial umgehen können und uns nicht der Verlockung des Autoritarismus hingeben. Street-Art unternimmt den Versuch, den Sinn für Ironie – die sonst vor allem unter globalen Bildungseliten Anwendung findet – auf die Straße zu holen und damit jedermann frei zugänglich zu machen.

Nicht verwunderlich ist in diesem Zusammenhang allerdings auch, dass Teile ebenjener Bildungseliten politisatirische Street-Art als „radical Chic“ bewundern und in Galerien kapitalistisch verwerten wollen. Diese Vermarktungstendenzen werden in der Szene kritisch unter dem Begriff

„Sell-out“ diskutiert, Gegenmaßnahmen inklusive.

Banksy – bei Auktionen ohne sein Zutun in Millionenhöhe gehandelt – verkaufte seine Bilder unerkannt auf der Straße als „Spray-Art“ für ein paar Euro, um sich über den Kunsthandel lustig zu machen. Adbuster-Aktivisten verfremden gezielt Werbeplakate und setzen damit einen Kontrapunkt zur Vereinnahmung durch die Werbeindustrie, die sich unter dem Schlagwort „Guerrilla-Marketing“ den Rebellencharme von Street-Art zunutze machen will.

Die Frage der Autorisierung

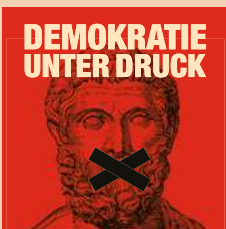
Auch das Agieren unter einem Pseudonym inklusive Geheimhaltung der Biografien ist längst nicht mehr nur der Strafverfolgung (es bleibt Vandalismus) geschuldet. Narzissmus soll – auch im Gegensatz zum Graffiti-Tagging, bei dem es primär um Anerkennung innerhalb der Szene geht – möglichst klein gehalten werden.

Nun kann man die Frage aufwerfen, ob illegal angebrachte Street-Art nicht dennoch eine Anmaßung des Künstlers darstellt und von daher per se undemokra-

tisch ist. Bedenken sollte man dabei aber auch, dass die Werbebranche die Überflutung des öffentlichen Raums mit ihren (zweifelhaften) Konsumbotschaften längst schon vollzogen hat.

Sebastian Pohl vom Münchner Kunstverein Positive-Propaganda versucht einen Mittelweg: Er lädt internationale Street-Artists ein, ihre Kunst in der Stadt mit offizieller Erlaubnis anzubringen – auch um der politisch zahnlos agierenden etablierten Kunst im öffentlichen Raum etwas entgegenzusetzen. Dass die Wahl der Motive dabei einzig den Künstlern überlassen bleibt, hält er für legitim – Künstler seien gedankliche Vorreiter, meint er. Avantgarde also?

„Nie zuvor in der Geschichte wurde so viel von so wenigen eingesetzt, um so wenig zu sagen“, meint Banksy über die etablierte Kunst der Gegenwart. Ein wenig mehr Demokratie könnte indes beiden, den Etablierten wie den Avantgarden, einen Versuch wert sein, zum Beispiel indem Künstler Bewohner schon demnächst darüber abstimmen lassen, gegen welche Missstände sich die Bilder an ihren Fassaden richten sollen.



GESCHÜTTELT, NICHT GERÜHRT

Von Julya Rabinowich

Das Jahrzehnt zwischen 2014 und 2017

Demokratie baut auf Dingen auf, für die der Hausverstand nur eine Bezeichnung haben kann: unverzichtbare Elemente eines menschenwürdigen Zusammenlebens. Unter anderem wird jedem vernünftigen Vertreter der Spezies Homo sapiens einleuchten, dass Menschenrechte ziemlich leiwand für alle sind. Diejenigen, die keinen Wert darauf legen, haben meist absolute Macht

und zweifeln nicht daran, sie zu verlieren (üblicherweise ein folgenschwerer Fehler, siehe diverse Diktatoren, die in Erdlöchern und auf dem Schafott endeten). Für ihre eigenen Rechte und Privilegien ist somit gesorgt. Die anderen sind sowieso nicht der Rede wert. Was sich der Logik aber nicht erschließt, ist, warum Menschen, die sich nicht unbedingt in einer Position befinden, die große Macht und Sicherheit bedeutet (und damit zur überwältigenden Mehrheit zählen), sich dazu verleiten lassen, die Errung-

enschaft gleicher Rechte und gleicher Wertigkeit nicht mehr ernst zu nehmen. Sie hätten lieber einen starken Arm, der ihr Schicksal in vorgezeichnete Bahnen lenkt. Gewiss entsteht das auch aus dem Gefühl der Ohnmacht, aber auch aus der Bereitschaft, Sündenböcke statt Lösungen zu suchen. Demokratie sieht sich neuen Bedrohungen ausgesetzt, autokratische Systeme haben sich so schnell etabliert, dass zwischen 2017 und 2014 ein gefühltes Jahrzehnt liegt. Besorgte Bürger, die unabhängige Bericht-

erstattung bezweifeln, aber folgenden Quellen mehr vertrauen: der Kusine des Vaters der Bäckerin oder windigen Facebook-Seiten, die sich nie in der Verlegenheit befanden, irgendwas Behauptetes je beweisen zu müssen. Genussvoll Uninformierte, die Russia Today beim Wort nehmen. Mit Trump den Klimawandel leugnen. Angebliche Gülen-Anhänger jagen. Ihnen macht es nichts aus, wenn gültiges Recht gebrochen wird. Dass es auch einmal ihr Recht sein könnte, dringt nicht in ihr Bewusstsein.

Selbstverständlichkeiten unserer Demokratie sind nicht selbstverständlich

Wo die Freiheit an ihre Grenzen stößt

Einladung zu einem Gedankenexperiment: Was, wenn in China frei gewählt werden dürfte? Würden die unter der dort inzwischen zur Regel gewordenen kapitalistischen Ausbeutung leidenden Massen nicht eine wirklich kommunistische Partei wählen? Eine Streitschrift.



Foto: Blu

✘ Blus Kommentar zum klerikalen Autoritarismus in Polen entstand 2011 in Krakau. Seit 2015 regiert die rechtskonservative Partei „Recht und Gerechtigkeit“ absolut.

Conrad Seidl

Als amerikanische Reporter im harten Nachkriegswinter 1945/46 das von Hitler befreite Europa besuchten, da wunderten sie sich über die undankbare Haltung der Befreiten: Statt sich darüber zu freuen, dass sie die Diktatur los waren und zumindest im westlichen Einflussbereich bald frei wählen durften, klagten sie über die Härte des Lebens und gaben mehr oder weniger offen zu verstehen, dass es ihnen unter den Nazis besser gegangen sei. Da gab es mehr zu essen, da standen die Wohnhäuser noch, da konnte man noch heizen.

Schlag nach bei Brecht, der hatte schon zwei Jahrzehnte zuvor formuliert: Erst kommt das Fressen, dann die Moral.

Das ist für die Satten schwer zu verstehen. Das ist für diejenigen schwer zu verstehen, denen die Demokratie eine Selbstverständlichkeit ist. Freilich rümpft unser-eins die Nase über die Diktaturen und die Diktatoren in anderen Weltgegenden – und sieht doch die meiste Zeit darüber hinweg, wenn der freie Westen mit ihnen Geschäfte macht.

Erst wenn die Diktatoren wanken, beginnt die breite Parteinahme gegen sie. In übler Erinnerung ist, wie der ORF während der Revolution in Libyen den einst von Kreisky (und führenden Journalisten Österreichs) hofierten Muammar al-Gaddafi zeitweise als den „Irren in Tripolis“ bezeichnete, diese Wortwahl zurücknahm, als sein Regime kurz die Oberhand zurückgewonnen hatte, um ihn einige Tage später, nach seinem Sturz, wieder als irren Verbrecher zu benennen.

Überhaupt dieser Arabische Frühling! Wie naiv wurde er in der freien Welt begrüßt: Da erstreiten sich selbstbewusste Menschen Freiheit und Demokratie! Dass diese Menschen eine andere Art von Bewusstsein, eine andere Vorstellung von Freiheit, einen anderen Begriff von Demokratie haben könnten, das haben damals nur wenige bedacht. Dass es Millionen von Menschen gibt, die die Perfektion der Demokratie darin sehen, dass ein strenggläubiges Volk einen Gottesstaat trägt und alle Abweichler vom rechten Glauben drangsaliert oder ermordet, das erscheint unvorstellbar.

Der wahre Glaube

Dabei ist es gerade 100 Jahre her, dass man hierzulande hingenommen hat, dass der Volkswille letztlich im Kaiser (der auch der Souverän war) repräsentiert war – und dass es auch erst 401 Jahre her ist, dass der 30-jährige Krieg ausgebrochen ist. Auch da ging es um Herrschaft des wahren Glaubens.

Heute ist hierzulande der wahre Glaube der an die Demokratie. Eine Zivilreligion, die von ihren Hohepriestern in Sonntagsreden zelebriert wird – und die vom Fußballvolk an den hohen Feiertagen, also den Wahltagen, mit mehr oder weniger Überzeugung mitgefeiert

wird. Es ist eine liberale Religion, eine, in der das vergötterte Prinzip angezweifelt werden darf, solange diese Zweifel nicht zu konkreter Umsetzung gelangen. Wenn rund um das Ernst-Kirchweiger-Haus die Parole geschmiert wird „Wenn Wahlen etwas ändern würden, wären sie verboten“, gilt das als freie Meinungsäußerung, Hakenkreuzschmiererei aber als staatsgefährdend.

Gefahr für die Demokratie darf nach aktueller Interpretation der Religionsgemeinschaft nur rechts vermutet werden. Vor 40 Jahren war es gerade umgekehrt. Aber da bestand eine sehr reale Drohung realsozialistischer Systeme noch unmittelbar an Österreichs Grenzen. Die Kommunisten sind nun weg – oder handeln nicht mehr so wie einst.

Beispiel China: Dort regiert eine dem Namen nach kommunistische Partei, es gibt weder Meinungsfreiheit noch gar demokratische Mitsprache – aber dafür einen Kapitalismus, der einige reich, viele wohlhabend macht, aber auch etliche völlig verarmen lässt.

Wer für China Demokratie wünscht, muss sich klar darüber sein, dass es diese Mehrheit der Verarmten ist, die bei einer freien Wahl wohl eine wirklich kommunistische Partei wählen würde, die eine Rückkehr zu Staatswirtschaft und Umverteilung verspricht.

Man könnte es den Ausgebeuteten auch gar nicht verdenken, wenn ihnen ein bisschen Parlamentarismus, ein bisschen Sozialdemokratie westlicher Prägung, ein bisschen Behübschung ihrer Lebensumstände nicht genug wäre. Und in Wirklichkeit ist es im Interesse des Westens, wenn die chinesische Führung eben keine demokratischen Experimente macht.

Die probiert der Westen schon selber aus. Fünf Jahrzehnte nachdem die 68er-Bewegung zu mehr kritischem Denken aufgerufen hat und seit Willy Brandt bekundet hat, man solle in allen Bereichen „mehr Demokratie wagen“, melden sich die Kritiker vor allem von rechts und proben zum Entsetzen der Linken einen destruktiven Zugang zum etablierten demokratischen System. Nach dem Grundsatz, alles abzulehnen, was man nicht versteht, wird gegen die EU und gegen TTIP, gegen die sogenannten Eliten und letztlich gegen die parlamentarische Demokratie an sich Front gemacht.

Das hängt natürlich auch damit zusammen, dass sich die Politiker nicht mehr dazu bekennen wollen, dass demokratische Teilhabe auf unterer Ebene, also etwa in der Gemeinde, eine Mitbestimmung über konkrete Projekte bedeutet, während sie auf hoher und höchster Ebene eine Mitbestimmung über ideologische Ausrichtungen (etwa: ein eher soziales oder ein eher wettbewerbsorientiertes Europa) bedeuten muss.

Und dass das keineswegs alles selbstverständlich ist. Eine Diktatur losgeworden zu sein bedeutet noch nicht, Demokratie zu haben. Oder sie gar zu lieben.



GEWINN SPIEL



TOXIC DREAMS: „Morton Feldman Says“ im Tanzquartier Wien



Foto: Tim Tom

Der STANDARD verlost 5 x 2 Freikarten für TOXIC DREAMS: „Morton Feldman Says“

Freitag, 3. Februar 2017, 19.30 Uhr
Tanzquartier Wien, MQ Wien, Halle G
www.tqw.at

Teilnahmeschluss:
Montag, 30. Jänner 2017
derStandard.at/Gewinnspiele

Der Rechtsweg ist ausgeschlossen.

derStandard.at



Von wegen Populismus

Trump und die europäische Linke

Der neue US-Präsident hat das Bedürfnis der Amerikaner, die soziale Frage endlich zu stellen, besser bedient als seine Gegenkandidatin. Das hat einiges für die progressiven Parteien in Europa zu sagen.

Leo Specht

Der Wahlsieg Donald Trumps wirft Fragen auf, die für eine moderne Linke auch in Europa von Bedeutung sind.

Zunächst jene der Konfrontation mit dem Status quo. Vor den Wahlen vom 8. November schien ein finanzielles, kulturelles und politisches Machtkartell in den USA nicht überwindbar. Hillary Clinton war die Kandidatin dieses Machtkartells, das weit in die Republikanische Partei reicht(e). Bernie Sanders' Niederlage in den Vorwahlen schien eine Bestätigung dieser Annahme. Obwohl seine Erfolge in 22 Staaten, vor allem in jenen des Mid-West und in der sozialen Abstiegsausgesetzten „middle class“, den zentralen Punkt aufzeigten, an dem dieses Machtkartell brechen konnte: die – in Europa so genannte – soziale Frage, welche in den USA als „wirtschaftliche“ diskutiert wird.

Sanders' Befund der sozialen Frage in den USA: Der Wert von Lohnarbeit sank während der letzten drei Jahrzehnte. Löhne reichen nicht mehr aus, Familien der Middle Class (Arbeiter und mittlere Angestellte) zu ernähren. Prekariat und Mehrfacharbeit haben „gute Arbeitsplätze“ verdrängt. Er trat daher für einen Mindestlohn, eine staatliche Sozialversicherung und ein Investitionsprogramm der öffentlichen Hand ein. Das Ziel war die Schaffung von Arbeitsverhältnissen, welche Versorgungssicherheit, vergleichbar jener der 50er- und 60er-Jahre des vorigen Jahrhunderts, gewährleisten.

Mit gänzlich anderen Vorzeichen formulierte Trump dieses Versprechen. Er machte sich die soziale Frage auf eine Weise zu eigen, die im konservativen Rust-Belt vermittelbar war. Dazu gehörten auch jene unappetitlichen Ausbrüche, die eine Arbeiterschaft als Kampfansage an die hegemoniale Kultur verstand, welche sie für die Verschlechterung ihrer Lage verantwortlich macht. Und da Clintons Versuch, sich Sanders' Programm anzueignen, vielen ungläubig erschien, profilierte sich Trump als Anwalt sozialer Veränderung.

Um den sozialen Anliegen breiter Schichten zu entsprechen, stilisierte sich Clinton zur Verfechterin sozialer Reformen, als progressive Populistin. Trump dagegen kultivierte das Bild des skrupellosen Entrepreneurs, der das System kennt, da er es erfolgreich für seine Ziele genutzt hatte. In dieser Rolle war er vielen ein – im Vergleich zu Clinton – glaubwürdiger Vertreter von Wandel und Veränderung.

Zu Clintons Nachteil wirkte jener Gegensatz, der zu einem der wichtigsten Herrschaftsmechanismen in den USA seit der konservativen „Gegenrevolution“ der vergangenen Dekaden wurde: der Antagonismus zwischen den wirtschaftlichen und sozialen Entwicklungen. Gemeint ist damit der – wirtschaftlich bedingte – materielle Abstieg des US-Mittelstandes, der im Schatten kultureller (sozialer) Auseinandersetzungen vor sich ging. Diese kulturellen Konflikte rührten an Grundfesten eines tradierten „American way of life“: Arbeit, ein spezifisches Bild der Familie und sozialer Aufstieg.

Die von diesen Entwicklungen Betroffenen, die amerikanische Middle Class, empfinden, dass die in Medien und der Unterhaltungs-



Foto: Escif

✘ Dass Politiker des Öfteren bildlich gesprochen „die Hosen runterlassen“, kritisiert der Spanier Escif. Das Bild „Antes/despues“ (vorher/nachher) ist in Valencia zu sehen.

industrie propagierten Kulturveränderungen – Stichwort Political Correctness – nicht ihren Lebensverhältnissen entsprechen. Weite Schichten akzeptieren einen veränderten kulturellen Code nicht mehr als verbindlich.

Trump's Auftreten entsprach nicht nur nicht diesem Code, Trump stilisierte sich zum Interpreten der Verhältnisse, die er in der Vergangenheit erfolgreich für sich genutzt hatte. Sein Schlußschluss mit dem Mittelstand war also ein doppelter: Er verstieß gegen den Code einer scheinbar hegemonialen Kultur – von Political Correctness – und versprach, Manipulationen des Systems – zuungunsten sozial Schwacher – einen Riegel vorzuschieben.

Mit anderen kulturellen – und ideologischen – Vorzeichen hat der (Vor-)Wahlkampf Sanders' dasselbe Versprechen geleistet. Es zielte auf die Verbesserung der materiellen Lebensverhältnisse der sozial Schwachen und prangerte die sich stetig vertiefende Kluft zwischen Arm und Reich an. Damit war er selbst für große Teile jener Middle Class wählbar, die nicht seine kulturellen Positionen teilten. Vor allem aber unterstützten weite Teile der Middle Class jene sozial- und wirtschaftspolitischen Vorschläge Sanders', die an den Grenzen des US-Systems rüt-

telten. So etwa die auf staatliche Finanzierungen des Bildungs- und Pensionssystems abzielenden Teile von Sanders' Programm.

Als Sanders' Kampagne der Erfolg verwehrt war, wandten sich viele systemskeptische, vor allem durch eine soziale Agenda motivierte Wähler Trump zu. Dies unterscheidet sie von jenen Millennials, die – aus kulturellen und ideologischen Gründen – hiezu nicht bereit waren. Im Ergebnis zerbrach die durch Howard Dean neu geformte, den Erfolg Obamas ausmachende Reformkoalition.

Aus sozialpolitischen, also gar nicht paradoxen Gründen ist sie –

in Teilen – nun in das Lager Trumps gewechselt. Trump versprach staatliche Hilfe für Beschäftigungsprogramme. Und er formulierte Positionen gegen jenes Machtkartell um Clinton, das ein Synonym für das Scheitern des American Dream ist. Dabei ist es völlig unerheblich, ob Trump selbst diesem Kartell angehört. Entscheidend im Wahlkampf waren seine öffentlichen Positionen, auch gegen die ihn nominierende Republikanische Partei.

Dies erklärt auch den nunmehrigen Schritt Trumps, eine eigenständige politische Kraft zu formen. Er baut weiter an einer (Gegen-)Öffentlichkeit von sozialen Medien. Und er verstärkt Mobilisierungen durch Auftritte, die der Zuspitzung von politischen

Aussagen durch Personalisierung dienen.

Daher hat sich die strategische Position der reformorientierten Linken in den USA verbessert. Sozial- und wirtschaftspolitische Reformvorschläge treffen auf ein besser aufbereitetes Terrain als 2008 oder 2012. Beide Seiten fokussierten 2016 auf die soziale Frage und auf Verteilungsgerechtigkeit. Auf der Rechten ist darüber hinaus die Hegemonie fiskal-konservativer Positionen infrage gestellt. Das nach der Wahl von einer republikanischen Mehrheit des Kongresses beschlossene Auslaufen von Sozialprogrammen für Kohlearbeiter ist beispielhaft dafür. Trump hat versprochen, die Arbeiter weiter zu unterstützen.

Ein Teil der US-Linken argumentiert daher, Trump beim Wort zu nehmen und eigene Vorschläge in dieser Auseinandersetzung zu schärfen. Die Erneuerung der Demokraten sieht sie in diesen sozialen Auseinandersetzungen. Dazu gehört, die vom Standpunkt der Linken zu unterstützenden Punkte einer Agenda Trumps mitzutragen. Darin liegt die Parallele zur reformorientierten Linken in



Leo Specht: Nicht mehr über jene die Nase rümpfen, die der Demagogie der Rechten erliegen.

Foto: privat

Europa. Auch sie hat sich von der zentristischen Polemik gegen den „Populismus“ abzugrenzen. Die Ängste der sozial Schwachen sind nicht einer kulturell regressiven Rechten zu überlassen.

Die in Österreich nun florierenden Ansagen gegen Pessimismus, Hoffnungslosigkeit und Angst sind in eine Agenda der Veränderung zu gießen. Das bedeutet, rechte Demagogie durch Programme zu kontern, die auf soziale und Verteilungsgerechtigkeit gerichtet sind und der Veränderung gesellschaftlicher Arbeit Rechnung tragen. Dazu mag gehören, nicht mehr ausschließlich Lohnarbeit im Zentrum gesellschaftlicher Reproduktion zu sehen und Arbeit neu zu bestimmen.

Es ist hoch an der Zeit, nicht mehr über jene die Nase zu rümpfen, die der Demagogie der Rechten erliegen. Denn die herrschenden Verhältnisse sind die Verhältnisse der Herrschenden. Und mit diesen hat sich die Linke, in Europa und in den USA, zu lange, zum Nachteil vieler, arrangiert.

LEOPOLD SPECHT (Jg. 1956) ist Rechtsanwalt in Wien und Mitglied des Institute for Global Law and Policy der Harvard Law School.

DEMOKRATIE UNTER DRUCK



„PRÖHL? HAST DU MICH JETZT ABER ERSCHRECKT! ICH DACHTE SCHON MEIN GELIEBTER FUSSBALLER PRÖDL TRIT ZURÜCK!“



Cartoon: Rudi Klein (www.kleinteile.at)

PRESSEAUSSCHLUSS BEI RECHTEM TREFFEN

Die Mimosen

Birgit Baumann

Natürlich wird man am Samstag etwas über das Treffen führender Rechtspopulisten in Koblenz erfahren. Es sind ja nicht alle Medien ausgeschlossen, wenn Frauke Petry, Marine Le Pen, Geert Wilders und Harald Vilimsky auftreten, um ihren Schulterschluss zu zelebrieren. Marcus Pretzell, AfD-Chef in Nordrhein-Westfalen, Ehemann von Frauke Petry und EU-Parlamentarier, hat als Veranstalter ja auch ein Interesse an Berichten.

Dennoch verweigert er vielen Journalisten den Zugang zum Kongress, was tief blicken lässt. Man könnte jetzt über das Demokratieverständnis des Scharfmachers Pretzell schreiben, von dessen rechter Veranstaltung in Koblenz sich sogar AfD-Granden distanzieren. Man könnte über die Freiheit der Berichterstattung sinnieren. Geschenk.

Es ist es nicht wert, sich in die Gedankenwelt von jemandem zu versetzen, der die Opfer vom Anschlag auf den Berliner Weihnachtsmarkt als „Merkels Tote“ bezeichnet, der immer wieder Provokation braucht, um gehört zu werden.

Aber man darf sich dennoch wundern. Die AfD nimmt sich kein Blatt vor den Mund, wenn es gegen andere geht, und Pretzell ist einer der Lautesten. Die „Lügenpresse“ greift er an, alle anderen Parteien. Überhaupt ist die AfD sehr gut im Aufzeigen von vermeintlichen Missständen.

Nur im eigenen Stall ist man recht empfindlich und schließt unliebsame Journalisten aus, um nicht kritisiert zu werden. Pretzell ist ja nicht der Einzige, der so verfährt, die AfD in Baden-Württemberg wollte beim Landesparteitag im Herbst lieber unter sich bleiben, wobei die Begründung bemerkenswert war: Man wolle nicht, dass die Presse über „abstruse Ansichten“ einiger Teilnehmer berichtet.

Das ist fast schon Satire, dennoch natürlich überhaupt nicht zum Lachen. Aber es zeigt doch recht deutlich, wie mimosenhaft wehleidig viele in der AfD sind. Und das merken hoffentlich nicht nur deren Kritiker.

WIENER PERSONALROCHADEN

Selbstlahmlegung

Petra Stuißer

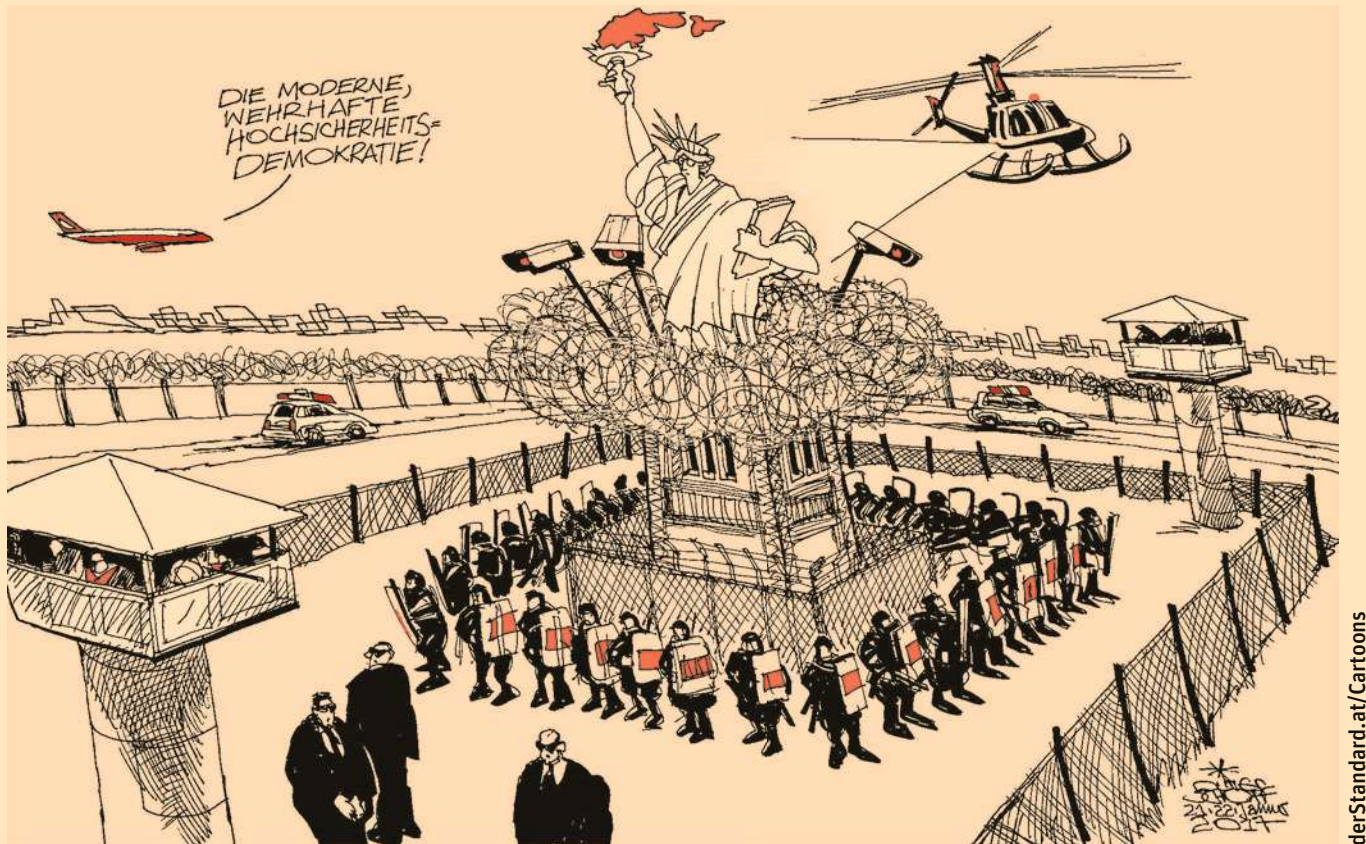
Michael Häupl hat gekreißt, und ein Mäuslein ward geboren. Im Grunde ist nicht viel mehr passiert als die Neubesetzung eines Stadtratspostens, der deshalb vakant wurde, weil Amtsinhaberin Sonja Wehsely sich selbst aus dem Spiel genommen hat. Renate Brauner, seit Jahren beliebte Hassprojektionsfläche aller Faymann-Getreuen und des Zeitungsboulevards, bleibt, wo sie ist. Detto Michael Ludwig, die personifizierte Speerspitze all jener, die Häupl und sein rot-grünes „Boboteam“ lieber heute als morgen in die politische Wüste schicken möchten. Sandra Frauenberger tauscht nur das Büro.

Der Wiener Bürgermeister und SP-Chef selbst hatte die Personalspekulationen mit seinen kryptischen Andeutungen schon vor dem Jahreswechsel angeheizt. Er stand unter Zugzwang, die Attacken des „rechten“ Parteilagers gegen die vermeintlich „Linken“ in der Stadtregierung waren voll aufgeflammt. Häupl signalisierte vor Weihnachten klar, er werde eine Lösung finden, welche die Partei weiterbringen werde. Das Gegenteil ist nun der Fall.

Wohnbaustadtrat Ludwig und jene, die hinter ihm stehen, sind gestärkt. Jürgen Czernohorsky, der Neue im Stadtrat, ist ein vielversprechendes politisches Talent. Doch die Aufgaben, die in Integrations- und Bildungsfragen auf ihn warten, sind riesengroß. Da gibt es angesichts angespannter Budgets wenig zu gewinnen und viel zu verlieren. Im Stadtschulrat folgt Czernohorsky wohl mit Bedacht ein Simmeringer Gewerkschafter nach – auch wenn dieser in bildungspolitischen Kreisen einen guten Ruf genießt. Heinrich Himmer hat Häupl einst für dessen Lehrerkritik scharf zurechtgewiesen. So etwas kommt in den Flächenbezirken immer gut an. Michael Ludwigs Auftritt vor dem Parteivorstand sah auch nicht danach aus, dass nun Friede, Freude und Harmonie in die Wiener SPÖ einkehren. Häupl müsse selbst wissen, was er in Zukunft tue, sagte Ludwig in die Mikrofone. Loyalitätsbekundungen sehen anders aus.

Man kann dem Wiener Bürgermeister nicht vorwerfen, dass er diesmal nichts probiert hätte. Tatsächlich versuchte Häupl, an größeren Personalschrauben zu drehen. Das Problem war nur: Er erhielt eine Abfuhr nach der anderen – von Getreuen, die sich nicht abmontieren lassen wollten, genauso wie von Hoffnungsträgern, die sich einen Wechsel in die Wiener Stadtregierung schlicht nicht „antun“ wollten. Das sagt einiges aus über die schwindende Strahlkraft des einst so mächtigen Mannes.

Michael Häupl hat zu lange gewartet. Er hätte schon vor einem Jahr, aber spätestens nach dem Wechsel von Werner Faymann zu Christian Kern an der Bundesspitze der SPÖ, klarmachen müssen, wohin die Reise geht: Annäherung an die FPÖ oder ganz das Gegenteil? Beharren auf die alten roten Tugenden oder Veränderung und Öffnung Richtung 21. Jahrhundert? Diese Fragen sind die Wurzeln des Wiener Lagerkampfes. Häupl hat sie bis dato nicht beantwortet. Gut möglich, dass das nun andere an seiner Stelle tun.



derStandard.at/Cartoons

Populismus pur im Weißen Haus

Die USA werden unter Trump einen nationalistischen Weg einschlagen

Alexandra Förderl-Schmid

Jetzt wissen wir mehr darüber, was uns mit Donald Trump erwartet: „America first, America first!“ Seine erste Rede nach seiner Vereidigung lässt ahnen, welchen Kurs er als 45. US-Präsident steuern wird: einen nationalistischen, der dazu führen soll, dass die Amerikaner wieder stolz sein können auf ihr Land. Trump zeichnete ein überraschend düsteres Bild der USA. „Über das Land verstreut“ lägen zerstörte Firmen „wie Grabsteine“. Außerdem forderte er von den Bürgern, wieder mehr US-amerikanische Produkte zu kaufen – das erinnert an ähnliche Appelle von Russlands Präsident Wladimir Putin. Mit ihm werde Amerika wieder stark, groß, erfolgreich werden, versprach Trump.

Nach dieser aggressiven, martialischen Antrittsrede ist klar, dass die Welt von den USA mehr Protektionismus und Isolationismus zu erwarten hat – schlicht Eigennutz. Das war auch seine Botschaft an Bündnispartner, die Trump erst gar nicht erwähnte. Er nahm nur auf „islamischen“ Terrorismus Bezug, der „vom Antlitz der Erde getilgt“ werde. Wer erwartet hatte, dass Trump nach seiner Vereidigung als 45. Präsident der USA versöhnlichere oder gar diplomatische Töne anschlagen würde, wurde enttäuscht. Offensichtlich ist er gewillt, als Rambo im Weißen Haus zu agieren. Es klingt nicht nur wie eine Drohung, wenn er ankündigt, die Zeit „leerer Worte“ sei vorbei, es sei „die Zeit der Taten“ gekommen, „Action“ sei angesagt.

Er watschte nicht nur seinen nunmehrigen Vorgänger Barack Obama ab, sondern gleich die ganze Washingtoner Klasse, die Eliten. Die Politiker seien reich geworden, das Establishment habe sich selbst geschützt, schnaubte der vom Wutbürger zum wütenden Präsidenten gewordene Trump und versprach: Der 20. Jänner werde in die Geschichte eingehen als Tag, an dem die Macht von Washington wieder zurück in die Hände des Volkes gelegt werde.

Mit dieser Rede ist Trump sich und seinen Wahlversprechen treu geblieben. Er ist von seinem populistischen Kurs, den er in den vergangenen Monaten vertreten hatte, auch auf dem Weg nach Washington nicht abgelenkt. Es war eine Rede, die auf Spaltung, nicht auf Versöhnung angelegt war und nicht dazu beitragen wird, Gräben zu schließen oder Befürchtungen zu verringern.

Die Warnungen von Wirtschafts-nobelpreisträger Joseph Stiglitz oder Investor George Soros, dass Trump ein „Möchtegern-diktator“ sei, klingen nach dieser Rede noch bedrohlicher. Es kommt nun auf die Administration und den US-Kongress an, dass diese Trump von einem Handelskrieg oder Schlimmerem abhalten. Die Hoffnungen ruhen auf dem robusten US-System der „checks and balances“.

Aber es rächt sich für die nun in der Opposition befindlichen Demokraten, dass sie dazu beigetragen haben, die Rechte der Senatsmitglieder zu beschneiden. Es stärkt den Kontroll-

impuls, dass viele Republikaner Trump noch immer skeptisch bis ablehnend gegenüberstehen. Barack Obama hat selbst dafür gesorgt, dass die Machtbefugnisse des Präsidenten ausgedehnt werden – was nun seinem Nachfolger nützt. Auf dem Papier hat der Herrscher im Weißen Haus zwar weniger Macht als der französische Präsident, aber die USA sind unbestritten die führende Weltmacht.

Die Welt außerhalb der USA wird sich auf unruhige Zeiten und darauf einstellen müssen, dass im Weißen Haus ein Populist regiert, dessen Wut zu Action wird.

KOPF DES TAGES

Eine Kopfgeburt als Gralhüterin der Demokratie



Pallas Athene beschützt das Parlament seit 1902.

Foto: Gregor Auenhammer

In fast jeder Hinsicht ist sie die personifizierte Antwort auf der Menschheit Suche nach ewiger Jugend. Denn absolut unverändert ist die Erscheinung der Göttin der Weisheit, Athene, seit dem Moment ihrer Geburt. Das begab sich laut Hesiod so: Göttervater Zeus hatte Metis, seine damalige Lebensabschnittspartnerin, nachdem er sie vernascht hatte und sie mit Zwillingen schwanger war, kurzerhand mit einem Bissen verschlungen, um die Prophezeiung zu verhindern, der ungeborene Sohn würde ihn stürzen, die Tochter ihm mindestens ebenbürtig sein.

Daraufhin aber plagten Zeus höllische Kopfschmerzen, die sich nur lindern ließen, indem Hephaistos mit einem Schwert Zeus' Kopf zerteilte. In dem Sekundenbruchteil, in dem sich der Kopf wie ein Vulkan eruptiv öffnete, entsprang diesem die Tochter – Athene als erwachsene, athletische Frau in Toga und voller Rüstung. Eine Kopfgeburt, im wahrsten Sinne des Wortes, die von Anbeginn Verstand, Bildung, Strategie, Wissen, Emotion, Mut und Einsatz für Entscheidungen im Sinn von Frieden und Weisheit in sich vereinte.

Wehrhaft wacht sie, mit einer Figur der Nike in der Rechten, einer Lanze in der Linken, seit Jahrtausenden über die Akropolis in Athen – und seit 1902 über den Parlamentarismus in Wien.

Dass sie dort der Statue der Austria vorgezogen wurde, ist dem Vielvölkerstaat und Franz Josephs Bekenntnis zu Aufklärung und Abendland zu danken. Perfekt ergänzt sie zudem Theophil Hansens klassizistische Architektur. Flankiert wird sie von Legislative und Exekutive. Ihr zu Füßen liegen anmutige Allegorien der Flüsse.

Den Menschen haucht sie Wissen und Weisheit ein. Allianzen und Seilschaften meidet sie wie auch Liebschaften. Auf dem Olymp zählt die „Jungfräuliche“ zu den obersten zwölf. Unaufgeregt und unbeirrbar wacht sie Tag und Nacht über die Res publica. An-

mutig, eloquent, bedacht, ehrlich, integer, autark, gerecht. In der Ära des Postfaktischen wäre sie, ausgestattet mit Grazie, Schönheit und immenser Intelligenz schon lange ins Abseits gemobbt.

Nur einmal war sie unachtsam. Im Spiel traf ihr Speer die Tochter ihres Ziehvaters Triton. Schuld bewusst trägt sie deshalb seitdem den Namen der Verstorbenen vor dem eigenen: Pallas.

Scharfen Blicks behütet die Göttin der Weisheit Parlament, Stadt und Land. Die Wehrhaftigkeit der absolut unabhängigen Persönlichkeit beruht aber nicht auf Kampf, sondern klar auf Verstand, Konsens und Gerechtigkeit. Sie bietet Schutz nach außen und sorgt durch weise Entscheidungen für Frieden im Inneren. Gregor Auenhammer

Interview Populismus als Ausdruck eines Vakuums: der Ideengeschichtler **Mark Lilla** über das Chaos dieser Tage. A 3

Literatur Unendliche Analyse: Der Literaturhistoriker **Peter-André Alt** stellt seine Freud-Biografie in Wien vor. A 4 & A 5

Architektur Diese verdammte Küche! Zum 120. Geburtstag der Architektin **Margarete Schütte-Lihotzky**. A 8



Foto: Escif

✘ An einem Strang ziehen, aber zu welchem Zweck? Über das komplexe Verhältnis zwischen Masse und Individuum, Demokratie und Terrorherrschaft wurde viel geschrieben. Der spanische Street-Art-Künstler Escif übertitelt sein Wandgemälde mit „Guillotina“.

Sollen wir Tina fragen?

Ist die Demokratie in Gefahr? Können wir uns das Demokratische überhaupt noch leisten? Hindern Wahlen die Fleißigen am Arbeiten? Was wäre zu tun? Und was sagt Tina dazu? – Sehr viele Fragen zum Thema Demokratie.

ESSAY: Wolfgang Weisgram

Was ist los in und mit unserer Demokratie, dass wir sie seit einigen Jahren bedroht sehen an allen Ecken und Enden? Klopft – Bankenkrise, Eurokrise, Russlandkrise, Griechenlandkrise, Flüchtlingskrise undsoweiter bis zur Globalisierungskrise – wirklich etwas Großes, Gewaltiges, Gefährliches an? Oder bilden wir uns das nur ein aus der schlechten Gewohnheit heraus, laut „Alarm!“ zu rufen bei allen möglichen Gelegenheiten?

Plant jemand – oder gar etwas – eine Machtübernahme gegen alle demokratischen Gepflogenheiten? Sollen wir denen glauben, die davor warnen, rechtspopulistische Kohorten brächten die Neuauflage der autoritären 1930er-Jahre? Oder doch denen, die meinen, eine abgehobene, mit sich und dem bloß eigenen Fortkommen ausgelastete Machtelite klammere sich auf auch undemokratische Weise ans Ruder, verteidige den Privilegiertenstatus mit Zähnen und Klauen und Tarnen und Täuschen? Gibt es nicht für

beide Sichtweisen Belegbares? Werden nicht die ewiggestrigen, nazistischen Hetzer ebenso zunehmend störend merkbar wie die weltfremden Gutmenschen, die beim Caffè Latte anmaßend ihre gegenderten Luxusproblemchen als solche des Ganzen bereden?

Ist Nachbar Viktor Orbán nicht der Wiedergänger von Reichverweser Miklós Horthy? Zeigen andererseits nicht großkoalitionäre Versulzungen bei uns und anderswo leichte – Was heißt „leichte“? – oligarchische, patrizische Züge? Und fangen die nicht sogar flugs an, hämisch zu grimassieren, wenn wir etwa an die österreichische Sozialpartnerschaft denken? Steht die zum Beispiel außerhalb des Verfassungsbogens? Oder doch jene, die so was frech behaupten? Genügt es, um die Verhältnisse diesbezüglich klarzustellen, das Kammersystem in den Verfassungsbogen hineinzuhieven, wie das 2007 geschehen ist? Und was genau ist der Unterschied zwischen Verfassung und Realverfassung? Was ist überhaupt dieser zuweilen so gerne

herbeizitierte und immer wieder hervorgekramte Verfassungsbogen? Wer stellt seine Spannweite fest, außer dem dafür einzig zuständigen Verfassungsgericht? Ist aber im vergangenen Jahr des ermattenden Präsidentenwählens nicht angedeutet worden, das Verfassungsgericht selbst habe sich außerhalb dieses Bogens gestellt? Haben das die ein, zwei Experten, die Handvoll Juristinnen und Juristen und der ganzer Schippel von Twitteranten, Facebookern und Bloggern nicht zweifelsfrei festgestellt?

War diese österreichische Präsidentenwahl – und die US-amerikanische, das britische und italienische Referendum – eine stinknormale, ja belebende, weil frischen Wind ins Muffige bringende Wahlauseinandersetzung? Eine, wie Demokraten sie sich nur wünschen können? Oder ganz im Gegenteil: ein unheilverkündendes Vorzeichen, ein Menektekel für unsere Demokratie?



Ist betont kantiges Auftreten, das funkensprühende Reiben aneinander, demokratische Notwendigkeit? Oder wäre es doch besser, sich und andere zu zügeln, um das Land ja nicht zu spalten? Müssen nun, nach geschlagenen Wahlen, Gräben zugeschüttet werden? Müssen wir – wir Österreicher in unserm Fall – in allen Auseinandersetzungen stets betonen, wie sehr wir eh auf dem Boden eines Grundkonsenses stehen? Oder klingt uns das dann doch ein wenig zu sehr nach jenem Schulterschluss, von dem wir eigentlich immer angenommen

haben, dass er eine Art Wortbildmarke autoritärer Zustände wäre?

Was also tun, jetzt, da die Gräben – bei Gott nicht nur hierzulande – weiter offen stehen? Zuschütten? Jetzt, da doch – Mein Gott, die Demokratie! – erst recht wieder Wahlen drohen? Was aber ist los mit einer Demokratie, wenn allen Ernstes gemeint werden kann, dass ideologische Differenzen

geglättet werden müssten? Und Wahlen weniger bevorstehen, sondern drohen? Haben wir uns zum Beispiel ausreichend mit den staatspolitischen Hintergedanken beschäftigt, jenem „demokratiepolitischen“ (Mein Gott, was für ein Wort!) Teufel, der die große Koalition bei ihrer Wiederverheiratung geritten hat, auf dass sie 2007 beschloss, die Legislaturperiode des Nationalrates von vier auf fünf Jahre zu verlängern, ausdrücklich deshalb, um effektiver, weil ein Jahr länger von Wahlen verschont, arbeiten zu können? Erinnert sich noch wer an 2007? Daran, dass im Jahr davor Schwarz-Blau abgewählt, Rot-Schwarz mit Verfassungsmehrheit ausgestattet, die FPÖ auf die Stärke der Grünen reduziert wurde? Hat diese Wahl damals auch schon gedroht? Oder erst jetzt, da die Legislaturperiode arbeitsintensive fünf Jahre dauert?

Ist also das Demokratische an der Demokratie – Was wäre das, wenn nicht die Wahlen? – schuld daran, dass nichts weitergeht?

► Fortsetzung auf Seite A 2

▷ Fortsetzung von Seite A 1

Wie lange müsste eine Legislaturperiode denn dauern, damit die Regierung endlich zum Arbeiten käme? Und was beförderte „Arbeiten“ in diesem Zusammenhang? Zuspruch? Einspruch? Widerspruch? Zauberspruch? Oder doch – wie wir allesamt, wenn schon nicht vermuten, so doch uns gegenseitig unterstellen – der bloße Anspruch?

Sind wir – Demokratinnen und Demokraten und mit uns unsere Art von repräsentativer Demokratie mit jedenfalls formaler Gewaltenteilung – gerade dabei, uns in ein Museumsstück zu verwandeln, auf dass unsere Kinder späterhin wenigstens was zum Erinnern haben? Oder ist bloß die See ein wenig rauer geworden in diesen Tagen, von denen sich freilich schon sagen lässt, sie möchten doch eine Spur weniger interessant sein? So rau eventuell gar, wie wir uns vor Zeiten das Demokratische an der Demokratie vorgestellt haben? Denn erleben wir nicht gerade jenes heftige, ordentlich zur Sache gehende Für und Wider, jenes offenerherzige und engstirnige und hochfahrende und kleingeistige und mutige und ängstliche und duckmäuserische und rotzfreche und jedenfalls vollmundige Hin und Her und Auf und Ab, welches die Demokratie doch eigentlich ausmacht?

Warum werden wir seekrank?

Warum werden wir seekrank dabei? Kriegen es mit dem Magen bei all der angeblichen Unappetitlichkeit um uns herum? Ist aber die Demokratie nicht genau jener Rahmen, in welchem vorgesehen ist, dass ein jeder hauen soll und stechen, solange das Hauen und Stechen nur in Worte gefasst wird? Wissen wir wirklich nicht mehr, dass dies nicht immer mit dem Florett geschehen kann? Dass Worte nicht immer mit der Goldwaage zu wägen sind?

Haben wir uns gerirrt, damals, als wir uns die Demokratie robust und allwettertauglich vorgestellt haben? Haben wir uns nicht aufgemacht einst mit der gegenseitigen Versicherung, uns wacker in den Sturm gegenläufiger Ansichten und Haltungen und Meinungen und Konzepte und Zurichtungen und Irrtümer und Richtstel-

lungen zu begeben? Und nun, da „die Populisten“ sich auf die Brust schlagen und „Huuuh!“ machen wie die isländische Fußballnationalmannschaft, zucken wir zusammen, rufen erschrocken „Huch!“ und ziehen den Schwanz ein? Verlangen Verbote, statt uns kampfesfroh ins Getümmel zu werfen?

Kann es sein, dass wir irgendwas Entscheidendes übersehen haben? Haben wir im selbstüberzeugenden Bewusstsein, die Weisheit mit silbernen Löffeln gefressen zu haben, ganz darauf vergessen, dass und wie wir uns die Ärmel hochkrempeln müssen, damit uns die silbernen Löffel nicht gestohlen werden? Vergessen auch darauf, dass die Demokratie kein Zustand sein kann, sondern immer nur ein Prozess? Also kein bestimmter Standpunkt, sondern bloß jene Prozedur, innerhalb deren Standpunkte ausgetauscht, ja, einander um die Ohren gehaut werden im Bemühen darum, je vorläufige Mehrheiten und damit Arbeitsgrundlagen zu ermitteln? Ist das Dialektik?

Darf das – das

Um-die-Ohren-Hauen – wehtun? Oder muss es das sogar? Ist es denn nicht die innerste Aufgabe des demokratischen Prozederes wehzutun? Zuvorderst dem jeweils Mächtigen? Sollte man nicht

definitionsgemäß jenen, die sich gerade zu suhlen anfangen in der Selbstgewissheit der Macht, mit sozusagen vollem G'schäft in die Parade fahren als eine Erinnerung daran, dass die exekutive Macht immer nur zu Lehen gegeben ist vom Souverän? Ist es nicht sogar das Edelste der Demokratie zu verhindern, dass Machtstrukturen verknöchern? Und war der stets so vielbeschworene Garant dafür, dass das so sei, nicht „das Volk“, mit ihm sein Repräsentant, das Parlament, und sein Muskel, die Wahl? Und nun, da dieses Volk, aufgehusst von den Populisten, genau das zu tun sich gegen den ausdrücklichen Willen aller Wohlmeinenden, Vernünftigen und Gebildeten herausnimmt (Trump, Brexit, Syriza, Cinque

Stelle etc.) oder sich anschiebt herauszunehmen (FN, AfD, FPÖ), schreien wir „Feuer!“? Ausgerechnet jetzt, da die Regierungen und deren europäische Versammlung, der Rat, Zeit brauchen, jene Arbeit zu tun, die zu machen sie bislang die Zeit noch nicht gefunden haben, drohen überall Wahlen?

Was soll man glauben? Was darf man hoffen? Was muss man erwarten von 2017, da doch Deutschland wählt und Frankreich und wahrscheinlich Österreich und es irgendwo wohl auch noch ein Referendum gibt nach dem Vorbild der Briten und Italiener? Und dabei die nunmehr wirklich greifbare Gefahr droht, dass das Volk sich in seiner Mehrheit wieder irrt und noch einmal und immer wieder? Ist das Volk, wenn nicht blöd, so doch zu blöd, das Komplexe an der zu tuenden Arbeit zu verstehen? Gibt es – oder soll es geben – eine Notbremse im demokratischen Prozedere? Und die wäre wann zu ziehen? Wenn „die Elite“ – wie man auf Populistisch gerne sagt – in unmittelbare

„Darf das – das Um-die-Ohren-Hauen – wehtun? Oder muss es das sogar? Ist es nicht die innerste Aufgabe des demokratischen Prozederes wehzutun? Zuvorderst den Mächtigen?“

Gefahr gerät, diese wegen drohender Abwahl bald nicht mehr zu sein? Aber wer – Hört man das nicht bereits? – macht dann die Arbeit? Wird der Faule wirklich erst am Abend fleißig? Bringt so was die Demokratie selbst in höchste Gefahr? Weil „populistische Forderungen“ ja stets „unrealistische Forderungen“ sind, inkompatibel mit der To-do-List? Ist deshalb die bezaubernde und so verführerische Tina zum Role-Model aller TechnokratInnen, EurokratInnen, FinanzakrobatInnen geworden? There Is No Alternative? Hat das noch einen irgendwie demokratischen Anruch? Oder klingt uns das nicht doch ein bisschen wie die säkulare Variante jenes von Heinrich Heine besungenen „Eia-popeia vom Himmel, womit man einullt, wenn es greint, das Volk, den großen Lämmel“?

Wie aber geht man in der Demokratie um mit diesen großen, oft in Zoten redenden, grundsätzlich arbeitsscheuen, völlernden, zu

Trunksucht und inakzeptablen Ausschweifungen neigenden, das Geld anderer Leute verpressenden und dann gar an Stammtischen sich sammelnden Lämmeln? Haben wir darauf endlich – Weil es uns ja seit 1986 beschäftigt, darf man schon sagen: „Endlich!“ – eine Antwort gefunden? Oder brauchen wir die gar nicht, weil die demokratische Distinktion uns doch nahelegt, den Lämmel öffentlichkeitswirksam weiterhin für einen solchen zu halten? Wir mit ihm eher keinen Umgang pflegen sollten, stattdessen weiterhin der platonischen Unlust frönen, uns mit den Gemeinen gemein zu machen?

Ist uns aber eh noch bewusst, dass die von Plato herbeigeträumte Epistokratie – die wohlmeinende Herrschaft der Gelehrten, die Technokratie auf Philosophisch – mit der Demokratie in unserem Verständnis nur so viel zu tun hat, dass man sie für deren Rückseite halten darf? Ist aber nicht tatsächlich schon wieder von einem Zensuswahlrecht die – vorderhand noch sehr theoretische – Rede? Denn was wäre die Abkehr von der Prolokrate – So nennt der Journalist Christian Ortner seine 2012 erschienene Streitschrift gegen die drohende Herrschaft der Nettoempfänger jener Beihilfen, welche die fleißigen Nettosteuerzahler erwirtschaften! – anderes, als die Demokratie umzustülpen wie einen Handschuh?

Ereignet sich ein Umbruch?

Ist uns – „uns“ jetzt im engeren publizistischen Sinn, uns „Mainstreammedien“, uns „Lügenpresse“ – wenigstens irgendwas eingefallen seit Jörg Haider's Tagen gegen Jörg Haider's Tiraden? Erinnern wir uns diesbezüglich noch ans fulminante Danebenreden? Daran, mit welch unheimlichem Instinkt dieser Jörg Haider – europaweiter Urvater der populistischen Provokateure – hineingehohlet hat in die bloß für Ritzen gehaltenen Brüche der demokratischen Selbstgewissheit? Erinnern wir uns daran, mit welch nasenrumpfender Blasiertheit wir uns darangemacht haben, den Anfängen vom Jahre Schnee zu wehren, während Haider und die Seinen ruppige Attacken geritten haben gegen die heutigen Ungeheuerlichkeiten sozialpartnerschaftlicher Selbstbedienung? Rümpfen wir nicht immer noch – halb blind durchs ständige Starren in das grelle Licht der 1930er-Jahre – über so was indigniert die Nase? Klingt, was wir da predigen Tag für Tag und Woche um Woche, aber nicht immer noch nach jener klassischen Frage, die einst Marcus Tullius Cicero dem Aufrührer, Verschwörer und Voksverführer Lucius Sergius Catilina entgegengeschleudert hat: Quousque tandem abutere, Catilina, patientia nostra? Wie lange, Catilina, willst du uns noch auf die Nerven gehen?

Hat solche entnervte Ungeduld aber Giovanni Trapattoni – der einstige Wuttrainer der Münchner Bayern – 2000 Jahre später nicht deutlich schöner, heutiger, ausgedrückt: „Was erlauben Strunz?“

Was also erlauben Grillo? Was Le Pen? Was Strache, was Farage, was Trump? Was erlauben diese Modernisierungsverlierer, Minderleister, Abstiegsgeängstigten, Bildungsfernen? Was erlauben die Ausgesteuerten? Jene Griechen etwa, die durch all die sozialen Hängematten, von denen allerorts die Rede ist, gefallen sind? Oder jene jungen arbeitslosen Spanier, die soziale Hängematten, die sie nicht einmal vom Hörensagen kennen, nie kennenlernen werden? Was erlauben die Unqualifizierten, die Unterschichtler, die

hiesigen Handaufhalter? Wissen die nicht, dass es AMS-Qualifizierungskurse gibt? Ist die Angst der Ängstlichen durch Zuwanderer, Grenzgänger, Flüchtlinge, das Bissel, was noch da wäre, auch noch zu verlieren, nicht nur blöd? Ist es bösaartig, den Populisten auf den Leim zu gehen? Was erlauben FPÖ-Wähler? Machen die Demokratie schwach wie Flasche leer?

Ereignet sich – Ich frage nur! – in unseren Tagen ein echter Zeitenwandel, ein Umbruch in technologischer, geopolitischer, soziodynamischer, insgesamt historischer Dimension? Und falls das so ist, könnte das ein Umbruch sein, der etwa mit dem Wort „Globalisierung“

nicht einmal annähernd zu beschreiben ist? Haben wir überhaupt Worte für all das, was gerade passiert? Können wir mit den gewohnten Begriffen – gerade auch politischen – darüber reden? Brauchen wir neue dafür? Geht es da ans Eingemachte der Demokratie? Wenn wir aber, sprachlos geworden, um Worte ringen, sollte man dann die Regularien des Gehörigen recht eng und das Kompendiums des Ungehörigen weit fassen? Ist es also hilfreich, auf Orbáns Konzept einer „illiberalen Demokratie“ mit zunehmend kindgerechter Sprachregulierung – Pfui! Das sagt man nicht! Red' schön! – zu antworten? Oder spricht daraus bloß jener Zustand, den der Wiener meint, wenn er sagt, einer sei wo ang'rennt?

Kann es sein, dass in einer Zeit wie der unsrigen es hoch, ja höchst an der Zeit wäre, alles infrage stellen zu sollen, weil durch das Fortschreiten dieser Zeit sowieso alles infrage gestellt wird? Müssten wir befürchten, dass diese Zeit – Rund um Europa brennt es lichterloh! Die Angelsachsen verschüsseln sich! Die Russen und die Türken haben wir verschüsselt! Und wir sind dabei, uns voneinander zu verschüsseln! – zur Unzeit gekommen ist? Dass wir also allesamt noch Zeit gebraucht hätten, Dinge zu erledigen? Wie aber müsste eine Demokratie verfasst sein, in der der Wähler dem Gewählten die Zeit gäbe zu tun, was zu tun ist?

War das Demokratische an der Demokratie ursprünglich nicht die Idee, die öffentlichen Angelegenheiten als die je eigenen zu betrachten? Wie wurde daraus jener Parteienzustand, der uns heute so quält? Verachten die aktiven und passiven Teilnehmer am demokratischen Spiel einander wirklich so, wie es klingt? Werden wir wirklich von einer Art Cosa Nostra regiert? Könnte man nicht damit beginnen, den Pallawatsch als Causa Nostra zu sehen?

Werfen wir einander wirklich ernsthaft vor, der je andere habe den Blick aufs Wirkliche verloren? Gibt es einen Möglichkeits-sinn? Einen Wirklichkeitsmenschen? Geschieht gerade – Ach, lieber Armin Thurnher! – seinesgleichen? Ist – Ach, lieber Josef Cap! – der Realismus wirklich nur eine andere Form von Traurigkeit?

Cosa Nostra und Causa Nostra meinen dasselbe? Oder bloß das Gleiche? Könnten wir darüber reden?

Oder sollen wir Tina fragen?



Wolfgang Weisgram, Jahrgang 1957, ist langjähriger Redakteur des STANDARD, Autor und Co-Autor zahlreicher Bücher. Er lebt im Burgenland. Foto: privat

ALBUM

Mag. Mia Eidhuber (Redaktionsleitung)
E-Mail: album@derStandard.at



SPÖ-Plakat Anfang der 80er: „In Zeiten wie diesen ... nichts Unmögliches versprechen, nicht unsinnige Fragen stellen“ – wurde nach Kritik mit dem Zusatz „Der ÖVP ins Stammbuch geschrieben“ versehen.

„Wir müssen nationale Gefühle kultivieren“

Identitätspolitik ist für den amerikanischen Ideengeschichtler **Mark Lilla** verantwortlich für das Chaos dieser Tage: Sie schmälert den Bürgersinn, delegitimiert Institutionen und erzeugt die Bühne für den „Clown“ Donald Trump.

INTERVIEW: *Christoph Prantner*

STANDARD: Vor etwas mehr als 100 Jahren waren Hitler und Trotzki zur gleichen Zeit regelmäßige Gäste hier im Café Central. Wenige Jahre später änderten sie den Lauf der Welt. Heute meinen viele, unsere Zeit habe eine gewisse Strukturähnlichkeit mit der untergehenden Epoche vor dem Ersten Weltkrieg. Teilen Sie diese Einschätzung?

Lilla: Die Ähnlichkeit zeigt sich für mich viel mehr in der Nachkriegszeit als in der Vorkriegszeit. Neben wirtschaftlichen Schwierigkeiten und Identitätspolitik ist die allgemeine Delegitimierung von Autorität und Institutionen heute eine augenscheinliche Parallele zu dieser Zeit. Das bezieht sich nicht nur auf die Nationalstaaten, sondern auch auf die Europäische Union. Wir sehen zudem eine Fragmentierung, ja Atomisierung des politischen Bewusstseins als solchen. Wenn wir in Europa und den USA zurückblicken, schien die Lage lange sehr stabil zu sein. Aus heutiger Perspektive allerdings sieht es so aus, als wäre gewissermaßen alles aus Pappmaché gemacht gewesen. Vor allem in Europa wurden die Bürger von einem dringenden Gefühl der politischen Heimatlosigkeit erfasst.

STANDARD: Hat diese Delegitimierung und Fragmentierung mit übersteigertem Individualismus zu tun? Ist mit Monaden mit Smartphone, die sich gewissermaßen gelegentlich tribalistisch zu bestimmten Lebensstilen bekennen, überhaupt noch eine Gesellschaft, eine Demokratie, ein Staat zu machen?

Lilla: Wir leben in einer libertären Epoche. Houellebecq porträtiert uns als Elementarteilchen, die ihre jeweils eigenen Bahnen ziehen. Was mir in den USA auffällt, und das gilt vermutlich auch für Europa, ist, wie die kulturelle Revolution der 1960er- und 1970er-Jahre Hand in Hand ging mit dem Neoliberalismus der 1980er-Jahre. Die in der kulturellen Revolution entstandene Freiheit, individuell sein Dasein zu bestimmen, bedingte eine neue liberale Ökonomie, in der die Individuen zu Konsumenten wurden. Interessant dabei ist, dass es auf beiden Seiten der Gleichung, ideologisch links wie rechts, einen eigenen Zugang für jeweils legitimierte Autorität, Institutionen und Bürgerschaft gibt. Im Gegensatz dazu gab es davor, nach dem Zweiten Weltkrieg bis in die 1960er-Jahre hinein, zwischen allen Lagern einen gemeinsamen Sinn von Staatsbürgerlichkeit. Die Identität der Einzelnen wurde damals nicht durch ethnische Zugehörigkeit, sondern durch



Foto: Robert Newald

Mark Lilla: „Was mir in den USA auffällt, und das gilt auch für Europa, ist, wie die kulturelle Revolution der 1960er- und 1970er-Jahre Hand in Hand ging mit dem Neoliberalismus der 1980er-Jahre.“

die Bürgerschaft bestimmt. Kollabiert ist dieser Bürgersinn in den USA durch vielerlei Gründe: den Vietnamkrieg, die Watergate-Affäre, das Aufkommen ethnischer und libertärer Bewegungen.

STANDARD: Also durch die Suche nach einer anderen Identität als der bürgerlichen ...

Lilla: Das ist richtig. Die Amerikaner suchen permanent danach. Wer in einer fundamental individualistischen Gesellschaft lebt, kann sich schnell ängstigen. Deshalb wird stets nach Bindungsmöglichkeiten gesucht – aber nach solchen, die nicht einschränkend sind. Identitätspolitik befriedigt das Bedürfnis, individuell zu sein, aber gleichzeitig auch das Bedürfnis, frei zu sein. Heute geht es nicht mehr um Bürgerrechte, sondern tatsächlich um meine, die ganz eigene persönliche Identität am Schnittpunkt zwischen meiner Sexualität, meiner Ethnie usw.

STANDARD: Wie passt Donald Trump in diese Gleichung?

Lilla: Der Trump'sche Populismus ist kein Ausdruck für diese Identitätspolitik und auch keine Reak-

tion darauf. Die libertäre Delegitimierung von Autoritäten hat vielmehr ein Vakuum erzeugt, in dem es kein Vertrauen in Institutionen oder etwa die Presse mehr gibt. In dieses Vakuum, in dem keine Partei Zugang zur Bevölkerung hat, tritt dieser außergewöhnliche Clown. War die liberale Agenda schon länger erschöpft, wurde bei dieser Wahl auch der Reaganismus geschlagen. Nicht nur die Demokraten, auch die Reagan-treuen Republikaner haben diese Wahl verloren. Deren Niedergang hat diesem Mann die Bühne bereitet. Der Populismus ist Ausdruck dieses Vakuums, in dem ein gewisses „Ich“ unseres Landes herausgehört wurde. Das bedeutet aber noch nicht, dass dies das wirkliche Amerika ist. Da gibt es noch viel anderes. Wir sollten also nicht zu viel in Trump hineingeheimnissen. In diesem Fall geht es nicht um die Präsenz eines Phänomens, sondern vielmehr um die Absenz vieler Dinge.

STANDARD: Müssen wir also dieses Vakuum auffüllen und die Bedingungen der Möglichkeit von Staat und Demokratie wiederherstellen?

Lilla: Das ist die zentrale Frage. Adam Michnik wurde nach dem Fall des Kommunismus von Reportern gefragt, was denn nun zu tun sei. Seine Antwort war simpel, er sagte: „Vor der Machtübernahme der Kommunisten war die polnische Gesellschaft wie ein Aquarium. Dann haben die Kommunisten Fische daraus gemacht. Unsere Aufgabe wird es sein, wieder ein Aquarium daraus zu machen.“ Wie man das anstellen soll, ist die Frage.

STANDARD: In Zeiten, in denen der Bürgersinn Gesellschaften zusammenhielt, gab es auch Bürgerpflichten. Kann man damit heute noch argumentieren?

Lilla: Wir haben diesen Bürgersinn nicht mehr. Als John F. Kennedy gewählt wurde, sagte er: „Frag nicht, was dein Land für dich tun kann, sondern frag, was du für dein Land tun kannst.“ Wie würden die Menschen heute auf diesen Ausspruch reagieren?

STANDARD: Was würden die jungen Leute sagen, Ihre Studenten?

Lilla: Die Professoren würden lachen, die Studenten würden Wow

sagen. Ich bin sehr zuversichtlich, was die Jungen betrifft – zumindest so lange, bis sie in all die Identitätspolitiken hineingezogen werden. Sie müssen einfach andere Stimmen hören. Barack Obama hat versucht, diese Stimme zu sein. Aber seine Botschaft blieb zu vage. Er setzte auf Hoffnung. Aber Hoffnung worauf?

STANDARD: Sie haben zuletzt geschrieben: „Hoffnung kann enttäuscht werden, Nostalgie ist unwiderlegbar.“ Das sei unter anderem das Erfolgsgeheimnis der Populisten. Das stimmt pessimistisch.

Lilla: Ja. Nostalgie verschwindet schlechterdings nicht, bloß weil man sie ablehnt.

STANDARD: In Europa wurden so die Ideen von Nation und Nationalstaat wieder populär gemacht.

Lilla: Ich sehe die populistischen Parteien kritisch, aber nicht das politische Gefühl, aus dem sie Kapital schlagen. In Osteuropa wurden die Menschen von Subjekten des Kommunismus unmittelbar zu Verbrauchern in einer neoliberalen Wirtschaft, ohne je die Chance gehabt zu haben, einen Bürgersinn zu entwickeln – nicht national und erst recht nicht europäisch. Der Begriff Nation ist in Osteuropa vorpolitisch. Er hängt nicht an einem Staat. In Westeuropa ist das umgekehrt. Die EU wurde ohne jeden Sinn dafür konstruiert, dass die Menschen das Bedürfnis haben, sich als Bürger mit solchen Institutionen zu identifizieren und dadurch auch Kontrolle über ihr Schicksal auszuüben. Niemand fühlt etwas, wenn er an die EU denkt. Am wenigsten Bürgerpflichten. Das verschiebt auch Verantwortlichkeiten. Wenn eine nationale Regierung versagt, wird sie abgewählt. Wenn die EU versagt, passiert nichts. Das Bedürfnis der Menschen nach Bindungen, auch nationalen, ist eine gute Sache. Das Schwierige ist, diese Gefühlslagen politisch innerhalb legitimer Institutionen zu meistern. Wir müssen diese nationalen Gefühle ernst nehmen und in gewisser Weise kultivieren, um sie zu lenken. Europa war bisher dazu schlechterdings nicht in der Lage. Ich bin pessimistisch, was die EU betrifft.

Mark Lilla (Jahrgang 1956) ist Professor für Ideengeschichte an der Columbia University in New York City und vielgelesener Beiträger auf den Meinungsseiten der „New York Times“. Am Dienstag war er Redner bei der Open Space Lecture Series von Kulturminister Drozda im Palais Dietrichstein. Zuletzt erschienen: „The Shipwrecked Mind: On Political Reaction“ (New York Review Books, 2016).



DA MUSS MAN DURCH

Die Krisenkolumne

Von Christoph Winder

Wie überlebt man vier Jahre Trump? Mit dem Motto „Prost Mahlzeit“ natürlich.

Viel ist in den vergangenen Wochen über die mutmaßlichen Auswirkungen der Präsidentschaft Trumps auf die Weltpolitik schwadroniert worden, wenig über ihre Auswirkungen auf das Ess- und Trinkverhalten der Amerikaner. Das ist ein Versäumnis. Denn man kann Gift darauf nehmen, dass sich der Umgang der Amis mit Speis und Trank unter der Regentschaft des Orangen gravierend verändert.

In der *New York Times* hat sich Regisseur Judd Apatow bereits bitter beklagt, wie schwer ihm in der Ära Trump das Abnehmen fallen werde, weil er ständig in Versuchung ist, seine Frustration durch den Verzehr von Oreokexen zu mildern. Der Comedian Bill Maher wiederum kam im November gleich nach der Wahl Trumps erstmals seit Menschengedenken mit einem Glas Tequila auf die Bühne („Drinking's fun. You hear that, kids? Drinking's fun!“), um seinen Kummer coram publico hinunterzuspülen. Da braut sich also etwas zusammen.

Der Trend, sich die Trump-Präsidentschaft unter dem Motto „Prost Mahlzeit!“ schönzufressen

und schönzuzaufen, hat natürlich bedenkliche Seiten. Der Amerikaner tendiert ja schon in normalen Zeiten zum reichlichen Nahrungsmittelverzehr und zur damit einhergehenden Rundlichkeit, außer ein paar weißen, angelsächsisch-protestantischen Aristo-Typen vielleicht, die sich von einem Blatt Rucola und einem halben Glas stillem Mineralwasser am Tag ernähren, um sich nur ja körperlich von der feisten Plebs abzuheben.

Sollte es jetzt allerdings Usus werden, sich nach jedem Trump-Tweet ein paar Oreos hineinzuschleichen oder einen Digestif hinter die Binde zu gießen, dann werden es Amerika-Touristen künftig auf öffentlichen Plätzen

immer häufiger mit vor lauter Fettsucht plötzlich platzenden Pennsylvaniern oder detonierenden Texanern zu tun bekommen. Sofern Trump natürlich überhaupt noch Touristen in die USA lässt, versteht sich. Es könnten sich ja leicht ein paar Kryptomuslime unter ihnen verstecken.

Die gute Nachricht (für die Amerikaner) ist die, dass die steigende Binnennachfrage nach Kexen, Donuts und Bourbon-Whiskey die Ökonomie ankurbeln wird und allfällige Wirtschaftskriege, die Trump vom Zaun bricht, sich leichter verkraften lassen. Ebenfalls auf der Gewinnerseite: kluge Börsianer, die sich jetzt schon reichlich mit Oreo-Aktien eindecken.



Szenen einer Ehe zwischen Mensch und Staat, zwischen Vertrauen, Freiheiten, Zerrüttung und Gewohnheit. Fotografien sind wie Spiegelbilder von Herrschaftsformen.

Aufschlagseiten besprochener Bildbände, fotografiert von Lukas Friesenbichler.



Fotografie

Kartografie sozialen Denkens

Es heißt, aus Geschichte könne man und müsse man lernen. Das Problem besteht nur meist darin, das auch ernsthaft zu wollen – respektive die Wahrheit historischer Fakten, auf die man sich vergleichend beruft – und die sozialen, ökonomischen und gesellschaftlichen Faktoren der Gegenwart auf ihre Tauglichkeit pro futuro zu prüfen. Es bedarf realiter aber weit mehr, als nur verbal einen New Deal anzukündigen und massen- und medientauglich zu beschwören, sein Land „great again“ zu machen. Diese Kritik bezieht sich auf alte Gepflogenheiten bei „sauren Wiesen“ hierzulande wie auch jenseits des großen Teiches. Wesentliche wissenschaftliche Zeugnisse der Zeitgeschichte sind Fotografien. Reale Dokumentation der Welt stellte von Anbeginn des Mediums deren Wesen dar. Trotz der Möglichkeit der Inszenierung und der Verfälschung. Man sagt, wir leben in einer Ära des Postfaktischen. Das bedeutet, dass man die aus den Fugen geratende Welt weder zu beschreiben noch zu verstehen vermag. Dem einen Riegel vorzuschieben, seien drei Publikationen der Fotogeschichte angeraten, welche die prekäre Situation des Alltags in den USA und in Österreich im 20. Jahrhundert luzide dekuivieren. Ein Vertreter der Street-Photography war **Fred Herzog**. Seine Arbeit fügt sich in denselben Duktus einer humanistisch geprägten Perspektive wie die Vertreter der vom Staat mit der Dokumentation unterschiedlicher Lebensumstände beauftragten *New Deal Photography*. Spannungsgeladen auch der vergleichende *Blick auf zwei Welten* von **Robert Haas**. Gregor Auenhammer

Fred Herzog, „Modern Color“. (Hrsg.: David Company, Michael Koetzle). € 38,- / 320 Seiten. Verlag Hatje Cantz, Berlin 2016
Peter Walther (Hrsg.), „New Deal Photography. USA 1935–1943“. € 15,- / 608 Seiten. Taschen-Verlag, Köln 2017
Robert Haas, „Der Blick auf zwei Welten“. (Hrsg.: Anton Holzer). € 35,- / 200 Seiten. Verlag Hatje Cantz, Berlin 2016. Die gleichnamige Ausstellung zeigt das Wien-Museum (Karlsplatz 8) bis 26. 2.

Gedicht

sagen wir nicht Wirklichkeit
sagen wir Leben zwischen

den Seitenblenden liegt Freude
denn gedankenlos zu sein ist

nützlich für das Schauen das Tun
an sich bezeichnet Glaube ist

haltbarer als Wissen

Dennis Trendelberend, noch unveröffentlicht.

Agenda Lesen – ab zehn

Unglaubliches Wunderkind

Wundersam ist ein aus Zeit und Sprache gefallenes Wort, zu bedächtig, zu ehrfürchtig den Dingen ihre Geheimnisse belassend. Doch alles zu erklären ist der Tod jeglichen Zaubers – und der Freude kindlichen Staunens. Es ist ein Wort wie gemacht für *Handschuh-Kid*: eine Bildergeschichte, die mit den zeichenfederartigen Früchten der Illustratorin Newman und sparsamen Dialogen von einem unglaublichen Wunderkind erzählt. Mit „zwei“ hat der Bub zu komponieren begonnen, jetzt, als „Sechsjähriger“, spielt er zwei Stücke zugleich auf dem Klavier, mit jeder Hand ein anderes. Hinter dem Wunder stehen ein ausbeuterischer Impresario und das Geheimnis der Handschuhe von Kid. Mit dem Auftauchen von Shoestring, Seiltänzer und Dieb, ändert sich alles: Die Buben freunden sich an, ein Fluchtplan wird ausgeführt. Fantasy-Graphic-Novel? Vielmehr eine fantastische Märchenbilderreise um eine gestohlene Kindheit, Verrat, Freundschaft und die Suche nach sich selbst. Das Gegenteil von cool: herzerwärmend. **Helmuth Santler**

Julie Hunt / Dale Newman, „Handschuh-Kid“. € 20,50 / 288 Seiten. Verlag Jacoby & Stuart, Berlin 2016



Thriller

Befehl zu schweigen

Paul Mendelson, Chronist der Apartheid und der Zeit danach, schreibt über die Geschichte Südafrikas in Kriminalromanen: statt Daten Details aus dem Alltag, statt Statistiken Individualschicksale, statt moralischer Phrasendrescherei Helden, die sich so ehrlich wie möglich durchs Leben schlagen und dennoch nicht ohne Schuld bleiben. 1994: Die einen jubeln über das Ende der Apartheid, andere sind voll Hass und befürchten den Untergang des Landes. Nach einem Bombenanschlag geht die Polizei einem Hinweis nach. Rast zu einer Hütte, erschießt alle Bewohner und hat Unschuldige erwischt. Colonel Vaughn de Vries kommt zu spät, sieht das Massaker an der schwarzen Familie; ihm wird befohlen, darüber zu schweigen. Jahrzehnte später wird er mit dem Mord an einer weißen Millionärin befasst. Mendelson ist trotz aller Drastik ein feinfühler Chronist von Zwischentönen. Das immer noch schwierige Verhältnis zwischen Schwarzen und Weißen ist ein Leitmotiv seiner herausragenden Werke. **Ingeborg Sperrl** (www.krimiblog.at)

Paul Mendelson, „Die Straße ins Dunkel“. Deutsch: Jürgen Bürger. € 17,50 / 395 Seiten. Rowohlt, Reinbek/Hamburg 2016



Kinderbuch

Bilder einer Zerstörung

Diese Bilder brauchen keinen Belegtext. Ihre Sprache ist deutlich und eindeutig. 1973 zum ersten Mal erschienen, haben sie in der nun vorgelegten Neuauflage nichts an ihrer Stärke verloren. *Alle Jahre wieder saust der Presslufthammer nieder* oder *Die Veränderung der Landschaft* heißt die Bildersammlung (ab vier Jahren). In sieben großflächigen Illustrationen zeigt **Jörg Müller**, wie sich ein Flecken Erde über die Jahre verändert. 1953 herrscht noch Idylle. Kühe grasen, Kinder spielen an einem Teich. Gleiche Landschaft, die Situation im Jahr 1972: Autos brettern über eine Straße, überall Beton, dazwischen ein trauriger Kinderspielplatz. Müllers aktueller Kommentar zu seiner Arbeit von damals fällt ernüchternd aus: „Heute ist der damalige Optimismus einer Zukunftsskepsis und einem viel größeren Umweltbewusstsein gewichen, aber die Zerstörung geht ungebremst weiter, allenfalls mit einem schlechten Gewissen.“ Nicht nur der Satz sollte nachdenklich machen – die Bildersammlung wirkt. **Peter Mayr**

Jörg Müller, „Alle Jahre wieder saust der Presslufthammer nieder oder Die Veränderung der Landschaft“. € 25,70 / 7 Bildtafeln, Fischer-Verlag, Frankfurt/Main 2016



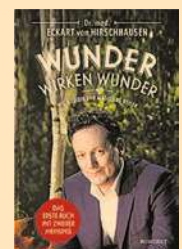
Bestseller

SPIEGEL – Belletristik

- (1) Sebastian FITZEK
Das Paket
Droemer/Knaur, € 20,60
- (2) Joanne K. ROWLING
Harry Potter und das verwunschene Kind
Carlsen, € 20,60
(neu) Elena FERRANTE
Die Geschichte eines neuen Namens
Suhrkamp, € 25,70
- (3) Elena FERRANTE
Meine geniale Freundin
Suhrkamp, € 22,70
- (4) Nele NEUHAUS
Im Wald
Ullstein Hc, € 22,70
(neu) Douglas PRESTON, Lincoln CHILD
Demon. Sumpf der Toten
Knaur, € 20,60
- (5) Simon BECKETT
Totenfang
Wunderlich, € 23,60
(neu) Martin WALSER
Statt etwas oder Der letzte Rank
Rowohlt, € 17,50
- (10) Jilliane HOFFMAN
Insomnia
Wunderlich, € 20,60
(7) Charlotte LINK
Die Entscheidung
Blanvalet, € 23,70

SPIEGEL – Sachbuch

- (1) Eckart VON HIRSCHHAUSEN
Wunder wirken Wunder
Rowohlt, € 20,60
- (2) Roger WILLEMSSEN
Wer wir waren
S. Fischer, € 12,40
- (3) Peter WOHLLEBEN
Das geheime Leben der Bäume
Ludwig, € 30,90
- (4) Andrea WULF
Alexander von Humboldt und die ...
C. Bertelsmann, € 25,70
- (12) Gerhard WISNEWSKI
verheimlicht – vertuscht – vergessen 2017
Kopp, € 15,40
- (6) Horst LICHTER
Keine Zeit für Arschlöcher!
Gräfe und Unzer, € 17,50
- (5) Peter WOHLLEBEN
Das Seelenleben der Tiere
Ludwig, € 20,60
- (11) Dalai Lama
Der Appell des Dalai Lama an die Welt
Benevento, € 4,99
- (8) Carolin EMCKE
Gegen den Hass
S. Fischer, € 20,60
- (7) Andreas ENGLISCH
Franziskus
C. Bertelsmann, € 25,70



„Diese verdammte Küche!“

Die Wiener Architektin und Widerstandskämpferin **Margarete Schütte-Lihotzky** setzte sich ihr Leben lang für eine soziale und menschenwürdige Welt ein. Zum 120. Geburtstag wird nun ihrer gedacht.

Wojciech Czaja

Kommen Sie rein, kommen Sie rein!“ Kaum ist die Wohnungstür geöffnet, ist die 100-jährige Margarete bereits in der Küche verschwunden. „Nehmen Sie schon mal Platz, ich bin gleich da.“ Wenig später kommt sie mit einem Tablett mit Kaffee und Kuchen ins Wohnzimmer getrappelt. „Wo sind Sie denn? Ich sehe ja fast nichts mehr.“ Setzt sich aufs Sofa, schnauft einmal durch und legt los. „Nun sagen Sie! Was wollen Sie denn wissen?“

Margarete Schütte-Lihotzkys wechselhaftes Leben überdauerte ein Jahrhundert. 1897 geboren, 2000 im Alter von stattlichen 103 Jahren verstorben, gilt sie bis heute als unangefochtener Mythos der Architekturgeschichte des 20. Jahrhunderts. Die Nachschlagerwerke rühmen sie als „erste Architektin Österreichs“, als „Pionierin der sozialen Architektur“, als „Erfinderin der Frankfurter Küche“, als „Aktivistin der Frauenbewegungen“, als „Heldin des Widerstands gegen die Nazi-Diktatur“. Morgen, Sonntag, wird sie anlässlich ihres 120. Geburtstags mit einer Lesung im Wiener Filmcasino geehrt.

Die Architektin, Stadtplanerin und Widerstandskämpferin Schütte-Lihotzky ist mit Adolf Loos, Béla Bartók und Max Reinhardt befreundet. Sie arbeitet in Wien und Frankfurt, wo sie sich vor allem im sozialen Wohnbau engagiert, in Rotterdam, Paris, Sofia, Moskau und Magnitogorsk. Sie unternimmt Reisen nach Chicago, nach Japan und nach China, wo sie für das chinesische Unterrichtsministerium Richtlinien für den Bau von Kindergärten erstellt. 1939 wird sie an die Académie des Beaux Arts nach Istanbul berufen.

„Es war schön“, sagt sie im Interview. „Ich habe Herbert Eichholzer kennengelernt und mich seiner antifaschistischen Widerstandsgruppe angeschlossen. Doch ich konnte dort einfach nicht bleiben.“ In ihren 1985 erschienenen Erinnerungen aus dem Widerstand schreibt sie dazu: „Oft fragten mich nach 1945 verschiedenste Leute, auch solche, die keineswegs Nazis waren, warum ich denn aus dem sicheren Ausland nach Wien gefahren bin. Immer wieder empört mich diese Frage, immer wieder bin ich entsetzt über die mir so fremde Welt, in der diese Frage überhaupt eine Frage ist.“

Nach nur wenigen Wochen in Wien, wo sie im Untergrund gegen das Nazi-Regime zu kämpfen beginnt, wird Schütte-Lihotzky verhaftet. Sie wird ins Gestapo-Hauptquartier am Morzinplatz ge-

bracht. Sie wird verhört, geschlagen und gefoltert. Nach einigen Monaten in der Gefängniszelle muss sie sich vor dem Berliner Volksgericht verantworten. „Endlich betreten die Mitglieder des Volksgerichtshofes den Saal. Es waren sieben Gestalten, wie sie für einen Film nicht hätten typischer ausgewählt werden können“, schreibt sie in ihren Memoiren. „Hinter diesen gespenstischen Gestalten prangte ein großes Hitlerbild.“

Schütte-Lihotzky wird zu Tode verurteilt. Der Enthauptung, die ihren Kollegen widerfahren ist, entkommt sie nur knapp, indem ihr Mann Wilhelm Schütte im türkischen Unterrichtsministerium in Ankara für sie einen Arbeitsvertrag mit Briefpapier und Stempel fälscht. Nachdem das Nazi-Deutschland damals um die Gunst der neutralen Türkei buhlte, wird Schütte-Lihotzkys Todesurteil zu 15 Jahren Zuchthaus umgewandelt. „Eine Lebensrettung aus lauter glücklichen Umständen und Zufällen. Wäre ein einziger dieser Umstände ausgefallen ... ich wäre seit Jahrzehnten tot.“

Margarete Schütte-Lihotzky sitzt auf der Couch, erzählt aus ihrem Leben, nimmt einen Schluck Kaffee. Über ihre unzähligen Wohnbauten und Kindergärten in Deutschland und Russland, über ihre Tätigkeit in Kuba, in der DDR sowie für die Uno, über die ihr aufgrund ihrer kommunistischen Vergangenheit entgegengebrachte Ignoranz im Österreich der Nachkriegsjahre spricht sie wenig. Die stets mit ihr in Verbindung gebrachte Frankfurter Küche jedoch, die mit ihren kurzen Wegen, ausgewählten Materialien und wohl überlegten Handgriffen den Alltag vieler Frauen revolutionierte und die in den Frankfurter Wohnsiedlungen der späten Zwanzigerjahre rund 10.000 Mal gebaut wurde, erwähnt sie mit keinem einzigen Wort.

Die unausweichliche Frage. Es muss sein. Wie sind Sie eigentlich damit umgegangen, dass Ihre Arbeit so oft auf die Frankfurter Küche reduziert wird? Das beschwingte und beredete Lächeln

erstarrt. Kurz wird der Kopf geschüttelt. Dann wird lauter Ärger in die Stimme gepresst: „Wenn ich gewusst hätte, dass alle immer nur davon reden, hätte ich diese verdammte Küche nie gebaut!“ Schweigende Sekunden der Reue.

„Margarete Schütte-Lihotzky war nicht nur eine großartige und unverzichtbare Architektin“, sagt die Wiener Schauspielerinnen Katharina Stemberger, „sondern vor allem auch eine Pionierin im Widerstand gegen böse Kräfte. Sie war frei von jedem Dogma und hat mit Mut und Vitalität in die Zukunft geblickt – auch in solchen Momenten, wo es für sie kaum noch eine Zukunft zu geben schien.“ Stemberger wird am morgigen Sonntag aus Schütte-Lihotzkys Memoiren lesen. Die Jubiläumsveranstaltung geht auf eine Initiative der Bezirksvertretung Margareten zurück.

„Angesichts der politischen Situation, die heute in vielen Teilen der Erde zu beobachten ist und die die Demokratie mehr und mehr zu

untergraben droht“, so Stemberger, „ist Schütte-Lihotzkys Erbe hochaktuell. Die Nationalstaatlichkeit blüht, der Rassismus und Rechtsextremismus nimmt zu, und wenn ich mir die weltweit zynischen Ungenauigkeiten über angebliche Wirtschaftsmigration ansehe, die vor laufender Kamera breitgetreten werden, dann komme ich aus dem Speiben nicht mehr heraus.“

Wie dereinst die Wiener Architektin Margarete Schütte-Lihotzky, meint Stemberger, müsse uns klar werden, dass wir alle einen aktiven und realen Beitrag für jene Welt leisten müssen, in der wir leben wollen. „Das ist in nur wenigen Köpfen und Herzen angekommen. Die neoliberale Biedermeier-Blase, in der wir heute leben, wird bald platzen.“

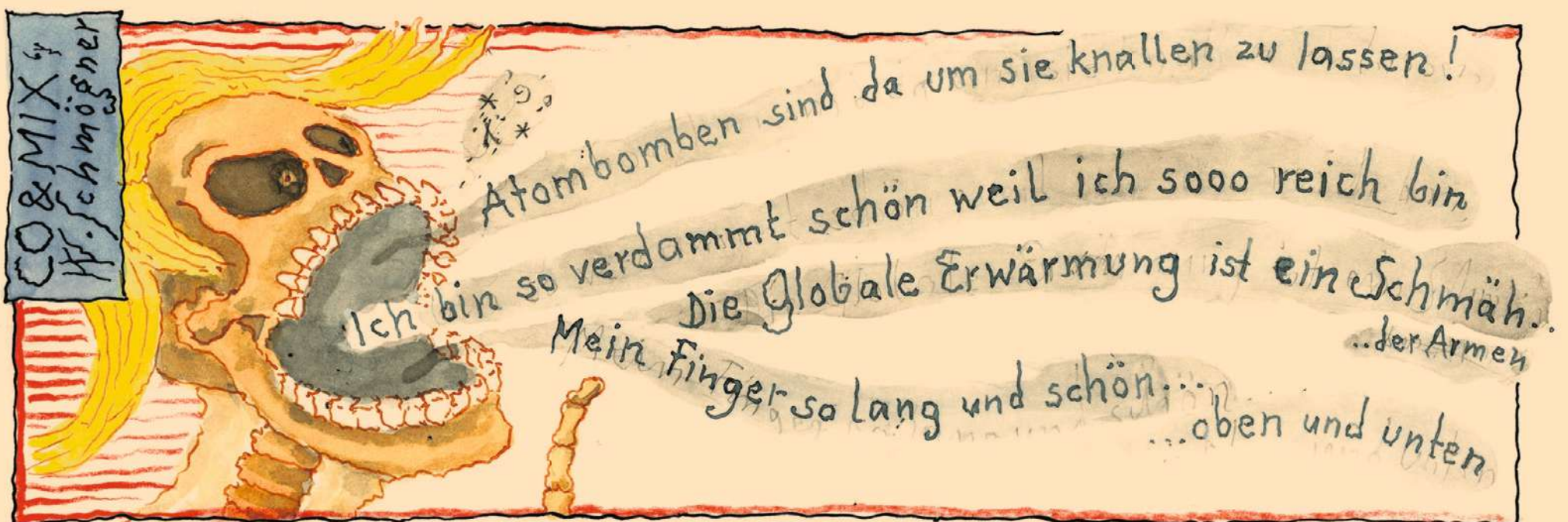
„Und jetzt? Zum 120. Geburtstag von Margarete Schütte-Lihotzky“, Sonntag, 22. Jänner, um 11 Uhr. Begleitet wird die Veranstaltung von Kurzdokus (Robert Rotifer, Uwe Bolius, Robert Angst) und Musik (Maren Rahmann). Filmcasino, Margaretenstraße 78, 1050 Wien.



Fotos: Rudolf Semlitz

Erste Architektin Österreichs, Erfinderin der Frankfurter Küche, Heldin des Widerstands: Margarete Schütte-Lihotzky (1897–2000) in ihrer Wohnung in Wien-Margareten: „Warum ich aus dem sicheren Ausland nach Wien gefahren bin? Immer wieder empört mich diese Frage.“

DEMOKRATIE
UNTER DRUCK





Bezahlte Anzeige



Foto: Mark Jenkins

✘ Die Klebebandfiguren des US-Künstlers Mark Jenkins treiben in Flüssen, baumeln von Dächern oder stecken wie hier den Kopf in die Wand. Die Installation in Washington erinnert auch an Arbeiten des österreichischen Künstlers Erwin Wurm.

„Holacracy wird heiß diskutiert“

Was demokratische Elemente in Firmen bringen

INTERVIEW: Karin Bauer

STANDARD: Die Auflösung der hierarchischen Kasten in die einen, die anschaffen, und die anderen, die ausführen: der Anfang von Demokratie in der Firma?

Lang: Das hat Elemente einer Demokratie, die uns aus unserer Republik bekannt sind. Das ist eine Anmutung, wird dem politischen Begriff aber nicht gerecht. Es geht auch nicht darum, sondern um etwas Drittes: Mehr Selbstorganisation wird zugelassen, um in Organisationen flexibler, verantwortlicher, schneller zu werden. Das ist das Hauptmotiv für die neuen Elemente in den Unternehmensorganisationen.

STANDARD: Die Macht verteilt sich damit aber ein Stück weit von oben nach unten ...

Lang: Ja, allerdings bleibt die Summe der Macht gleich, sie verschiebt sich lediglich. Das bedeutet Machtspiele und -strategien in anderer Form. Abgeschafft ist Machtgerangel dadurch nicht. Es sind einfach neue Stakeholder, Lobbyisten und Interessen im Spiel. Das hat immer zwei Seiten ... Es können auch Parallelorganisationen entstehen – das kennen wir ja auch aus der Sozialpartnerschaft und ihren Ausformungen in Unternehmen.

STANDARD: Wo ist die Negative?

Lang: Dort, wo Chefs „demokratisch“ gewählt werden, geht es auch um Wählergunst und damit um neue wechselseitige Abhängigkeiten, um das Vermeiden von populärer Entscheidungen, um die Balance zwischen Machterhalt und langfristigen Denken. Diese Phänomene sehen wir auch in Firmen, in denen mit der Beurteilung der Führungskräfte durch Mitarbeiter wirklich etwas gemacht wird. Wo solches Feedback nicht nur ein „happy sheet“ ist. Da stellen sich dann Beurteilungs- Bewertungs- und Gratifikationsfragen anders.

STANDARD: Sie beraten Unternehmen, die sich der Holacracy widmen wollen. Wo liegen die Heilerwartungen, wo, damit verbunden, die Missverständnisse?

Lang: Holacracy wird heiß diskutiert. Die einen schwärmen von „Organisationen ohne Hierarchie“. Andere sprechen von „Sozialromantik“. Es wird an einem heiklen Thema gerüttelt: Verantwortung. Denn Holacracy hinterfragt unseren Umgang mit (Eigen-)Verantwortung in Organisationen fundamental. Abhängigkeit von wenigen Entscheidern an der Spitze wird durch Holacracy aufgelöst. In Holacracy sind alle eingeladen, für ihren Verantwortungsbereich Letztverantwortung zu übernehmen. Salopp: Jeder führt. Es geht um dezentrale Autorität, es geht um verteilte Verantwortung.

Der alte Chef dient aus

Mitbestimmung, flache Hierarchien und Selbstorganisation. Chefs müssen ihre Macht teilen. Demokratie in Staaten unter Druck – und in den Betrieben am Erwachen?

Denkt man an klassische Zusammenarbeit in Unternehmen, haben wahrscheinlich nur wenige Menschen dabei ein Rugby-Match vor Augen. Eine Standardsituation aus diesem Spiel verleiht aber einer – gar nicht mehr so neuen – Organisationsform ihren Namen: Im angeordneten Gedränge, auf Englisch „scrum“, wird das Spiel nach kleineren Regelverstößen neu gestartet. Die Spieler stellen sich einander gegenüber auf, verschachteln sich dann ineinander und versuchen auf Anordnung des Schiedsrichters durch gemeinsames Drücken den Gegner wegzuschieben, um den Ball für das eigene Team freizugeben. Vom Sportplatz ins Unternehmen übertragen, meint die Analogie, dass Teams als kleine, selbstorganisierte Einheiten arbeiten und von außen nur eine Richtung vorgegeben bekommen – die Taktik, wie sie das Ziel erreichen, bestimmen die Teams aber selbst.

Unternehmer, die sich dafür entschieden haben, Prozesse nicht mehr hierarchisch, sondern agil zu gestalten, sprechen gerne vom „Ende des Managements, wie wir es kennen“.

Das sagt auch Brian Robertson mit seinem Buch über *Holacracy* – dem derzeit vermutlich meistdiskutierten Werk zur Neugestaltung von Organisationen. Es geht um ein „neues Betriebssystem für

Organisationen“, das vor allem auf eines abzielt: Arbeit zu organisieren und nicht die Menschen, die diese Arbeit verrichten. Damit wird Holacracy zu einer Organisationspraxis, der ein fundamental anderes Paradigma zugrunde liegt. Während herkömmliche Organisationen seit über 100 Jahren versuchen, Koordination und Ordnung über Managementhierarchien zu erreichen, basiert Holacracy auf den Prinzipien der verteilten Autorität und Selbstorganisation.

Die Grundidee: In einem über Holacracy organisierten Unternehmen hat ein Organisationsmitglied keine hierarchische Position, sondern meist mehrere Rollen. Verschiedene Rollen, die zur Erfüllung von Aufgaben zusammengehören, werden in sogenannten Kreisen zusammengefasst. Organisationsmitglieder gehören häufig mehreren Kreisen an, daher handelt es sich bei Kreisen auch nicht um Teams. Führung wird bei Holacracy ganz anders konzipiert: So etwas wie „meine Chefin“ oder „mein Mitarbeiter“ gibt es nicht mehr. Autorität wird verteilt, d. h. einzelne Rollen tragen Letztverantwortung für Entscheidungen. Alle Führungs- und Koordinationsaufgaben werden in mehreren Rollen und Prozessen strukturiert. Und in speziell designten

Meetings werden Entscheidungen nach neuen Spielregeln getroffen. Die Verantwortung bleibt dabei bei der jeweiligen Rolle, und gleichzeitig kann die Gruppe bei Entscheidungen mitwirken.

Holacracy hat ihre Wurzeln in der Soziokratie und in agilen Bewegungen wie eben Scrum.

Rundherum und in ihrem Gefolge ist viel die Rede von „demokratischer Organisation“ in Unternehmen, von Augenhöhe, Mitbestimmung und -gestaltung. Die gute alte Mitarbeiterbefragung soll auch nur mehr dort eingesetzt werden, wo mit den Ergebnissen tatsächlich etwas gemacht wird. Und überhaupt: Die jungen Generationen wollen ja sowieso keinen Chef mehr und nehmen

Funktionen, gespeist mit dem Wissen und der Expertise von gestern nicht mehr ernst – höchstens um permanent Feedback und Anerkennung zu erhalten. Plus: Die Teilung in jene, die Chefs sind, denken und anschaffen und jene, die keine Chefs sind und nicht denken und ausführen, ist eh von vorgestern. Dazwischen arbeiten schon Pioniere, bei denen die Führungskräfte tatsächlich „von unten“ gewählt werden oder die ihre Bosse gleich ganz abgeschafft haben.

Zieht tatsächlich Demokratie in Unternehmen ein? Matthias

Lang, „evolutionary catalyst“, also Gründer und Miteigentümer des Holacracy-Beratungsunternehmens *dwarfs and giants*, appelliert zur Vorsicht bei begrifflichen Schubladen zwischen „den Polaritäten Hierarchie und Demokratie“. Ja, die Verteilung von Verantwortung in Organisationen ändere sich gerade, allerdings erinnert er an die Motive dafür: Firmen wollen und müssen agiler, flexibler, „antwortfähiger“ werden, dazu auch Kaskaden hierarchischer Freigabe umgehen und folglich Macht (etwa an Teams) abgeben. Zudem gehe es um Mitarbeiterzufriedenheit und Sinnerleben durch Entscheidungsfreiräume und natürlich auch um die Attraktivität als Arbeitgeber mit neuen „demokratischen“ Schlagworten.

Interessant dazu der *Hernstein-Management-Report* (750 befragte Manager): Das Gros sagt, der stärkste Veränderungsdruck komme nicht von der Digitalisierung oder vom Markt, sondern „von innen mit Ansprüchen an Teilhabe, Mitbestimmung und Selbstorganisation“.

Die Befragten gehen davon aus, dass Führung dezentraler wird, sich die Hierarchien verflachen und klassische Linienführung von Führung durch Projekte und laterale Führung ersetzt wird. 30 Prozent erwarten, dass klassische Führung ganz durch Selbstführung ersetzt wird. (kbau)



MATTHIAS LANG kommt aus der systemischen Beratung, ist Kogründer von *dwarfs and giants*, dem ersten „Holacracy-Provider“ in Österreich. Foto: A. Chitsazan

Persönliche Erinnerungen an das Leben in einem autoritären Staat



Foto: Shepard Fairey

✘ Die weltweite Propagandakampagne „Obey Giant“ („Gehorche dem Riesen“) des US-Grafikdesigners Shepard Fairey verfolgt einzig den Zweck, Menschen für die Mechanismen von Propaganda zu sensibilisieren. Als triviales Motiv diente ihm das Gesicht eines Wrestlers.

Ein Tagestrip für ein Buch

Autoritarismus – das geht auch ganz leise und ohne staatliche Zensur. In Singapur sind es die Menschen selbst, die die Zensur für den Staat übernehmen. Erinnerungen an eine Forschungsreise für die Diplomarbeit.

Lara Hagen

„Pack das Buch lieber in deinen Rucksack“, sagte mein singapurischer Begleiter am Rückweg unseres gemeinsamen Tagestrips in die nächstgelegene malaysische Stadt. Wie einen Schatz trug ich es im Sackerl vor mir her – denn schließlich musste ich es auch lange genug suchen und dafür eine Landesgrenze überqueren. Obwohl ich mittlerweile einige Wochen im südostasiatischen Tigerstaat wohnte und mich in meiner Diplomarbeit mit dem autoritären System Singapurs auseinandersetzte, hatte ich das für viele Einheimische selbstverständliche Verstecken, Verheimlichen und Vergessen noch nicht verinnerlicht. Ich hatte schließlich auch noch keine Konsequenzen zu spüren bekommen – anders als mein Begleiter und viele andere Gesprächspartner: ein paar Tage Gefängnis für eine Demonstration, Überwachung wegen langjährigen Engagements gegen die Todesstrafe, Geldstrafen für bestimmte Blogbeiträge. Konsequenzen, die man eben hinnehmen musste, sagten sie mir.

Für Südostasien-Reisende ist Singapur ein Traum: alles blitzblank, geregelter Verkehr, gängiges Streetfood neben riesigen Shoppingtempeln mit allen Fastfoodketten und Geschäften, denen man nach Wochen im malaysischen Dschungel oder am thailändischen Strand gerne einen Besuch abstattet. Moderne Gebäude und perfekt geplante Gärten neben Stadtteilen, in denen man denkt, mitten in Indien oder Chi-

na zu stehen. Dass es hier neben der Todesstrafe auch noch immer die Prügelstrafe gibt, Homosexualität gesetzlich nicht geduldet wird, dass es für die Presse sogenannte „out of bounds markers“ gibt – von der Regierung definierte Tabubereiche, über die besser nicht berichtet wird – sowie Jugendliche, die für Youtube-Videos ins Gefängnis gehen – das verschwindet hinter der schönen Fassade. Ein antidemokratisches Regime – die allermeisten denken an andere Länder als an Singapur.

Das effektivste System ist nicht das mit der aufwendigsten Zensur, sondern jenes, das gar keine nötig hat – das war die These, die mich zum Thema und auf diese Reise brachte. Nun saß ich hier mit dem neu erstandenen Buch und merkte, was diese Worte heißen: Das Buch war in Singapur nicht verboten. „Aber“, versicherte mir mein Begleiter, „du kannst noch lange danach suchen. Kein Buchgeschäft wird es verkaufen oder für dich bestellen.“ Es sind die Menschen selbst, die in Singapur die Zensur für den Staat übernehmen. Auch das hatte ich in Wien schon gelesen, konnte es vor Ort aber Tag für Tag erleben. Zum Beispiel, als sich am weltweiten Tag gegen die Todesstrafe fünfzehn Leute in einem kleinen Raum zum Gedenken an Opfer trafen, während sich draußen lange Schlangen vor den Einkaufszentren bildeten – das neue iPhone kam auf den Markt und beherrschte das nationale Interesse.

Die Stabilität und den Wohlstand wertschätzen, lieber nichts riskieren und tun, was laut Regierung getan werden muss: Glau-

man der Peoples Action Party, die den Staat seit seiner Gründung 1965 regiert, gehören eingeschränkte Freiheitsrechte eben zu den Abstrichen, die für erfolgreiches Zusammenleben in Kauf genommen werden müssen. Kein Wunder: Denn zu Beginn stand das kleine Land ohne Rohstoffe, aber mit einer potenziell explosiven ethnischen Vielfalt da. Das „Überleben“ wurde zur wichtigsten Regierungsrationalität, und so

wurde von A bis Z alles von der Regierung durchgeplant. Auch heute noch wird vorgeschrieben, wie viele Familien mit malaysischen, indischen oder chinesischen Wurzeln in welchem Wohnblock wohnen dürfen.

Wir passierten mittlerweile die Grenze, und das Buch war tief im Rucksack verstaut. Der britische Autor Alan Shadrake widmet sich darin ausführlich der Todesstrafe in Singapur und gibt unter ande-

rem ein Gespräch mit dem ehemaligen einzigen Henker des Landes wider. Natürlich sah die Regierung die Harmonie in Singapur gefährdet. Für Shadrake hieß das mehrere Wochen Gefängnis und horrende Geldstrafe. Das Buch las ich in den folgenden Tagen nicht wie die andere Lektüre draußen in den Parks, sondern im Zimmer daheim. Irgendwie hatte ich mich doch an die Realität vieler Singapur gewöhnt.

DEMOKRATIE
UNTER DRUCK



Personaler ringen um Wandel

Hays: Change-Kompetenzen sind Thema Nummer eins

Wien – Die Digitalisierung ändert die Handlungsfelder für Personalverantwortliche (HR): Der neue HR-Report des Personaldienstleisters Hays sieht für Österreich die Weiterentwicklung der Unternehmenskultur auf dem ersten Platz. Topthemen Nummer zwei und drei sind hierzulande mit jeweils 34 Prozent der Ausbau des Talentmanagements sowie die Mitarbeiterbindung. Anders als in Deutschland oder in der Schweiz hat die Vorbereitung der Mitarbeiter auf die digitale Transformation noch nicht den vergleichbar hohen Stellenwert.

Für den HR-Report befragte das Institut für Beschäftigung und Employability (IBE) erneut knapp 600 Unternehmen.

Die wichtigste Herausforderung bei der Gestaltung des digitalen Wandels sehen die Befragten in Österreich im Managen der immer komplexer werdenden Zusammenarbeit ihrer Mitarbeiter, etwa bei Projekten. Die bestehende

Führungskultur an flexible Arbeitsmodelle anzupassen wird als zweitwichtigste Herausforderung bewertet (52 Prozent).

Die Bereitschaft der Mitarbeiter zu fördern, sich aktiv auf Veränderungen einzulassen ist das Feld, auf dem die Befragten den höchsten Handlungsbedarf sehen (75 Prozent).

Hier sind, wie die Umfrageergebnisse zeigen, in erster Linie mentale Kompetenzen notwendig, deren Vermittlung aber als schwierig erachtet wird: 64 Prozent betrachten es zudem als schwierig, die Mitarbeiter auf die Veränderungen in der Arbeitswelt vorzubereiten und ihre Eigenverantwortung zu stärken.

Die gute Nachricht von Mark Frost, Geschäftsführer von Hays Österreich: „Beinahe 60 Prozent der befragten Unternehmen planen weitere Neueinstellungen.“ Nur zwölf Prozent stellen derzeit nicht ein und planen dies auch nicht. (kbau)

Mybizz: Hilfe & Training fürs Gründen

Wien – Wie verdient man Geld? Wie findet man Kunden? Wie komme ich zu Geld? Was muss ich formell beachten?

Unternehmensgründungen werfen eine Menge Fragen auf. Manfred Reichl lässt sie erneut von Unternehmern, Beratern, Experten beantworten – und in Cases ausarbeiten: Das Unternehmertraining Mybizz geht im Februar in Wien in den zweiten Durchgang und die Türen stehen erneut allen offen – Hürden und Zugangsbeschränkungen gibt es nicht. An drei Tagen wird abgedeckt, was zu wissen und zu tun ist: Am ersten Tag ist dies das Pitchtraining, am zweiten Tag Verhandlungstraining und am dritten Tag Projektmanagement. Jeder Tag wird dann mit einer umfangreichen Q&A-Session zu allen Themen des Tages abgeschlossen.

Mybizz startet am 13.2.2017. Details zum Programm, Infos und Anmeldung unter: www.mybizz.at



Karola Niederhuber und Reinhold Moritz in ihrem Wohnzimmer, wo sie zwischen neuen und alten Möbelstücken, aber ganz ohne Bilder an der Wand leben.

Das war einmal eine komplett abgerockte Wohnung

Das Schauspielerpaar **Karola Niederhuber** und **Reinhold Moritz** wohnt mit Tochter Ilvie in einer Altbauwohnung im neunten Bezirk, die in Eigenregie renoviert wurde. Was ihnen noch fehlt, ist ein Balkon.

PROTOKOLL: Franziska Zoidl

„Vor 14 Jahren, als diese Wohnung frei wurde, war das hier eine Kategorie-C-Wohnung. Das war eine komplett abgerockte Wohnung mit hundert unterschiedlichen Böden. Reini, gelernter Elektriker, hat dann ein halbes Jahr wie ein Wahnsinniger gehackelt und das meiste selbst oder mit Freunden gemacht – Heizungen eingebaut, die ganze Elektrik neu gemacht, die Böden rausgerissen, bei der Küche einen Mauerdurchbruch gemacht und ein Bad eingebaut.“

2011 sind wir zusammengezogen. Gemeinsam haben wir dann die 94 Quadratmeter große Wohnung farblich neu gestaltet. Mit der Geburt unserer Tochter Ilvie vor drei Jahren wurde aus unserem Büro ein Kinderzimmer. Überhaupt verändert sich bei uns ständig etwas: Demnächst wollen wir uns eine neue Küche zulegen. Es wird eine Ikea-Küche werden, aber mit Elementen vom Tischler.

Generell gefällt uns bei Möbeln ein Mix aus Alt und Neu. Es darf nicht zu glatt sein. Manche unserer Möbel stammen aus Berlin, wo Karola einige Zeit gelebt hat. Andere haben wir vom Trödler oder wurden uns von Freunden geschenkt. Unsere Krenzenz etwa haben wir von einer Freundin aus dem Burgenland bekommen. Das war das Hochzeitsgeschenk ihrer Mutter. Wir haben sie unter fachkundiger Anleitung restauriert.

So wie heute schaut es hier nicht aus, sobald unsere Tochter daheim ist. Wir haben erst vor einer Stunde, nachdem wir Ilvie in den Kindergarten gebracht haben, überhaupt mit dem Aufräumen begonnen und dabei die „Autobahnen“, die sie derzeit mit ihrer Kleidung am liebsten durch die ganze Wohnung baut, weggeräumt.

Im Sommer ist diese Wohnung toll, weil es im Altbau auch bei der größten Hitze kühl bleibt. Außerdem ist es hier herrlich ruhig, wenn nicht gerade, so wie jetzt, irgendwo in der Nachbarschaft eine Baustelle ist. Zwei entscheidende Nachteile hat unsere Wohnung aber: Sie ist relativ dunkel, weshalb wir auf Farben an den Wänden setzen: Lila, Grün und Rosa zum Beispiel. Der zweite Nachteil:

Die Zimmer sind schlauchförmig aneinandergereiht. Jedes Zimmer ist also ein Durchgangszimmer. Aber in gewisser Hinsicht passt die Anordnung auch: Vorne, in der Küche ist immer urviel los, weil wir oft Besuch von Theaterleuten haben. Und je weiter es nach hinten geht, umso privater und ruhiger werden die Räume. Seit Ilvies Geburt leisten wir uns

außerdem einen besonderen Luxus: Damals wurde die Wohnung direkt unter uns frei. Wir haben sie angemietet und nutzen sie nun als unser Büro.

Bilder hängen bei uns keine an der Wand. Das ist in der Wohnung ein bisschen problematisch mit dem Gemäuer, das sehr brüchig ist. Am ehesten würde uns eine Wand mit vielen kleinen Bildern gefallen, die ein großes Bild ergeben.

Wovon wir träumen? Wir hätten so gerne einen Balkon! Allein die Vorstellung, dass man einfach die Tür aufmachen und den Frühstückskaffee draußen trinken kann, macht uns glücklich. Aber ob wir das jemals schaffen? Dafür ist nämlich das Einverständnis sämtlicher 30 Eigentümer in unserem Haus nötig – und die sind laut Hausverwaltung über die ganze Welt verstreut. Einige sollen nicht einmal mehr auffindbar sein. Aber das wird unser großes Projekt für 2017.

Unsere Wohnung mit Balkon – das wäre schon recht nahe an unserem Wohntraum. Und falls dieser Traum irgendwann einmal Wirklichkeit wird, dann würden wir auch gleich einen kleinen Durchgang bauen, damit die Zimmer separat begehbar sind.“

Karola Niederhuber, geboren 1976 in Linz, studierte an den Performing Arts Studios Vienna und war u. a. bei den Berliner Kammerspielen und am Schauspielhaus Wien engagiert. Im Fernsehen zu sehen war sie u. a. in *Soko Donau* und im Landkrimi *Der Tote am Teich*. 2015 erschien ihr Gedichtband *Der rote Hut*. **Reinhold Moritz**, geboren 1966 in Eisenstadt, wurde am Wiener Graumann-Theater ausgebildet und war u. a. am Landestheater Linz und am Volkstheater Wien engagiert. Er spielte im Film *Atmen* und in *Copstories* mit. Ab 23. Jänner sind die beiden in *Die großen Kinder unserer Zeit* im Theater Drachengasse zu sehen.

WOHNTRÄUME in 1140 Wien



- 2-4 Zimmer Wohnungen
- Balkone und Terrassen
- Hochwertige Ausstattung
- Tiefgarage im Haus
- Ausgezeichnete Verkehrsanbindung

Kaufpreis ab EUR 186.000,-
HWB 26 kWh/m²a

Für nähere Informationen kontaktieren Sie bitte Frau Barbara Mayrhofer unter +43-1-512 76 90-414 oder b.mayrhofer@ehl.at

www.wohnung.at

Wir leben Immobilien.



STANDARD EXKLUSIV

WOHNEN AM BAUMGARTNER-CASINO-PARK

1140 WIEN



Hütteldorfer Straße 329 /
Linzer Straße 290

FERTIGSTELLUNG
MITTE 2018

Symbolfoto, HWB 39 kWh/m²a



INFORMATIONEN
02236 865 068
mail@seeste.at

Ein Projekt der Firmengruppe



WWW.SEESTE.AT

Das Hohe Haus wird saniert und zieht in ein Übergangsquartier

Ein Parlament findet Unterschlupf

Abgeordnete und Parlamentsmitarbeiter müssen für drei Jahre umziehen, weil der historische Bau am Ring saniert wird. Sie kommen in Pavillons auf dem Heldenplatz und im Bibliothekshof unter. Das Hohe Haus gelobt eine Entrümpelung.

Lukas Kapeller

Das Parlament rückt nah an die Hofburg. Wer nun Alexander Van der Bellen im Machtrausch vermutet, sei beruhigt. Die Annäherung ist nur eine räumliche.

Die Nationalratssitzungen werden ab dem Sommer sogar in der Hofburg selbst, im Großen Redoutensaal abgehalten. Für die Sitzungen des Bundesrats soll der Saal optisch verkleinert werden. Der parlamentarische Hintergrundbetrieb wird in dieser Zeit größtenteils in sogenannten Pavillons laufen. Insgesamt drei temporäre Büropavillons werden gerade hochgezogen, zwei dreistöckige auf dem Heldenplatz und ein vierstöckiger im Bibliothekshof. Die Büros werden nach einem Baukastensystem errichtet.

Schnörkellose Quader auf dem Heldenplatz – zu viel für manche. Der Chefredakteur von *krone.at* tobte kürzlich auf Twitter, die „Bonzenschachteln“ würde er, vorgeblich aus optischen Gründen, am liebsten „wegsprengen“. In der Parlamentsdirektion zeigt man sich hingegen als zufriedener Kunde. Der stellvertretende Parlamentsdirektor Alexis Wintoniak ist schon mit dem C-Wort unglücklich. Denn

„Container“ seien die temporären Unterkünfte nicht. „Das ist schon ein anderes Feeling“, schwärmt er im STANDARD-Gespräch.

Es ist ein großer Apparat, der unter Wintoniaks Ägide übersiedelt. 770 Personen werden sich insgesamt auf Wanderschaft begeben. Rund 450 Arbeitsplätze werden in den drei Büroboxen mit insgesamt 11.450 Quadratmeter Nutzfläche untergebracht sein. Hier sind Büros für Abgeordnete sowie für die Mitarbeiter der Klubs und der Parlamentsdirektion geplant. 400 Mitarbeiter beschäftigt allein die Parlamentsdirektion, die Hälfte arbeitet für die Legislative, die andere in der Administration, etwa Reinigung, Technik und Sicherheit.

Gibt es für alle in der Parlamentsdirektion auch in den kommenden drei Jahren genug zu tun, wo man doch in kleinere Pavillons zieht? „Ja, weil wir unsere Techniker für den Umbau vor Ort brauchen und diese mit der Bauaufsicht und dem Generalplaner an der Sanierung mitwirken“, sagt Wintoniak. Außerdem müssten auch die Plenarsitzungen in der Hofburg betreut werden. Er erin-

nert außerdem daran, dass die Nebengebäude des Parlaments – die in der Reichsratsstraße, Bartensteingasse, Löwelstraße, Doblhoffgasse gelegenen sowie das Palais Epstein – weiterhin genutzt werden und auch diese in Schuss gehalten werden müssten.

Höchstens 352,2 Millionen Euro soll die Sanierung des 134 Jahre alten Theophil-Hansen-Hauses kosten, das haben die Parteien einstimmig beschlossen. Die Ausgaben für die drei Jahre im Ausweichquartier schlagen mit bis zu 51,4 Millionen Euro zu Buche.

Die Nebengebäude seien der Hauptgrund, warum ein Umzug in eine bestehende Immobilie, etwa die ehemalige WU, nicht gewählt wurde. „Das wäre für den Betrieb des Parlaments nur möglich, wenn der gesamte Betrieb abgesiedelt worden wäre. Es gibt kein Parlament, in dem man zwischen zwei Ausschüssen mit der Straßen- oder U-Bahn fahren muss.“

Für die parlamentarischen Mitarbeiter bedeuten die Pavillons eine Entrümpelung ihrer Büros. „Wir haben je acht Kartons bekommen“, erzählt eine Mitarbeite-

rin. 60 Prozent ausmisten, 30 Prozent digitalisieren, zehn Prozent einpacken, nennt Wintoniak als Ziel. Manche lieb gewonnenen, aber altmodischen Einrichtungen wird es nach der Rückkehr nicht mehr geben. Bis heute werden etwa Akte im Parlamentsgebäude via Rohrpost verschickt. Nur bei der Sicherheitsarchitektur gibt man sich in der Parlamentsdirektion schmallippig. Diese sei komplex, aber nicht für die Öffentlichkeit bestimmt. In den Pavillons wird es aber Eingangskontrollen und wohl auch Schleusen geben.

Für den Bau der Ausweichquartiere zeichnet die Strabag gemeinsam mit Lukas Lang Building Technologies verantwortlich. Die vorwiegend aus Holz bestehenden Pavillons liefert Lukas Lang, die Strabag baut Betonkerne mit Stiegenhaus und Aufzug. Technisch gesehen sei es für Lukas Lang einerlei, ob man – wie bei früheren Aufträgen – eine Siedlung von Einfamilienhäusern am Schwarzlsee bei Graz, ein Kinderhospiz im Burgenland oder Parlamentsbüros am Heldenplatz errichtet, sagt Geschäftsführer Christian Leitner zum STANDARD. Die Beobachtung des Baufortschritts sei allerdings etwas intensiver, erzählt er und lächelt. Die

Firma mit Sitz in Wien-Hietzing baut die Pavillons wie alle ihre Häuser nach dem Matador-Prinzip. Holzbauteile werden an die Baustelle geliefert und vor Ort verschraubt. Träger, Säulen und Dach sind aus Holz, Schraub- und Steckverbindungen aus Stahl.

Das Baukastensystem habe für das Parlament den Vorteil, dass Büros sich auch nach Fertigstellung noch leicht vergrößern oder verkleinern ließen, selbst äußere Umbauten seien nachträglich möglich. Vor allem aber sei die Modulbauweise ökologisch nachhaltig, da sich die Bauteile wiederverwenden lassen, sagt Leitner. „Das Ziel ist natürlich, dass die Komponenten nacher in einer anderen Weise eingesetzt werden.“ Das temporäre Parlament würde sozusagen eine Gebäude-Reinkarnation erleben. „Man könnte zehn schöne Kindergärten daraus bauen“, sagt Leitner.

Erst einmal stehen drei Jahre mit diesen Maschinenräumen der parlamentarischen Demokratie vor der Tür. Vor der Premiere in der Hofburg kündigt Wintoniak interne „Trockenübungen“ an. Man werde zum Beispiel „eine Sitzung des Nationalrats, des Bundesrats, eine Ausschusssitzung und einen Staatsbesuch simulieren“.



Foto: Sebastian Pohl

Keine Street-Art, aber als Motiv interessant: Im politischen Straßenkampf der Zwischenkriegszeit spielten Graffiti eine gewichtige Rolle. Heute duellieren sich Subkulturen, Gangs und Aktivisten.



STANDARD EXKLUSIV

www.derrosenhuegel.at
T. 050 626 - 6886



Frei finanzierte Eigentumswohnungen

- Wohnungsgrößen von 50 – 163 m²
- Großzügige Freiflächen: jede Wohnung mit Balkon, Terrasse oder Eigengarten
- Moderne Architektur eingebettet in eine grüne Parklandschaft
- Tiefgarage, Fitnessraum, Saunen, Fahrradgaragen u.v.m.
- Raumhöhe: 2,7 m

IMMOVATE
DER ROSENHÜGEL
member of ubn